

ödp

<i>Schulunterricht: Kompetenztraining verdrängt Bildung</i>	30
<i>Mittelstand: Börsenlogik ersetzt Inhaberkultur</i>	34
<i>Politische Kommunikation: Gewaltfreiheit statt Polemik!</i>	44

Das ÖDP-Journal
Nr. 168 November 2015

Ökologie Politik

ÖP-EXTRA:
FLUCHT UND ASYL
ab S. 58

Kühlungsborn

Inklusion

INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: Pariser Klimagipfel	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: INKLUSION

Erfahrungsbericht Wie es ist, schwerbehindert zu sein von Hagen Neugebauer	10
Barrierefreiheit Gelebte Inklusion als Markenthema der ÖDP von Marina Fraas	14
Inklusionsbotschafter „Zu einem besseren Miteinander beitragen“ Interview mit Marina Fraas	16
Inklusionsprojekt Nicht ganz normale Stadtführungen von Jan Altnickel	20
Neue Rahmenbedingungen Eine Chance für uns alle Ottmar Miles-Paul	23

BILDUNGSPOLITIK

Neue Schulbuch-Studie Angestaubte Lehrbuchweisheiten von Patrick Brehm	26
Schule und Unterricht „Bildung ist mehr als Kompetenztraining“ Interview mit Prof. Dr. Jochen Krautz	30

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Börsenlogik contra Inhaberkultur Niedergang des deutschen Mittelstands von Paul Holmes	34
--	----

FAMILIENPOLITIK

Betreuungsgeld Keine Gleichberechtigung für selbst betreuende Eltern von Dr. Johannes Resch	38
---	----

LANDWIRTSCHAFT

Agro-Gentechnik „Kein Erfolg, sondern neue massive Probleme“ Interview mit Rosi Reindl	42
--	----

KOMMUNIKATION

Politische Kommunikation in Frieden Giraffenpolitik im Wolfsrudel von Pablo Ziller und Dr. Hermann Schweiger	44
--	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Gabriela Schimmer-Göresz	48
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	49
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	50
Verbände	51
Sonderseiten Flüchtlingspolitik	58
Neues aus der ÖDP	64
Zur Diskussion gestellt: Quo vadis, ÖDP? von Florence von Bodisco	66
Presseticker	68
Leserbriefe	70

Liebe Leserinnen und Leser,

das Wort „Inklusion“ ist heute in aller Munde. Die Begrifflichkeit findet sich auch im Grundsatzzprogramm der ÖDP. Dort heißt es: „Den Menschen mit Behinderungen sollen gleiche Chancen und gleichberechtigte Teilhabe an der Gemeinschaft gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention zuteilwerden.“

Der Inklusionsbegriff berücksichtigt unsere Gesellschaft in ihrer Heterogenität. Heterogenität wird in dieser Begrifflichkeit auf die körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Menschen bezogen. Wer einmal mit behinderten Menschen zusammengearbeitet hat, der weiß, wie bereichernd deren Erfahrungen für das eigene Leben und Erleben sein können. Daher ist ein Ausschluss (Exklusion) von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft der falsche Weg, um uns in eine solidarische gesellschaftliche Richtung zu weisen. Gerade jungen Menschen darf die Erfahrung, gemeinsam mit behinderten Gleichaltrigen zu lernen, nicht verwehrt werden. Daher sind gemeinsame Bildungseinrichtungen in jedem Fall ein guter Ansatz. Auch Sportvereine oder andere Freizeitaktivitäten können Brücken bauen. Die „Schwachen“ können ganz stark sein, wenn sie nicht alleine gelassen werden, wenn sie als gleichberechtigt wahrgenommen, nicht ausgegrenzt und ihre Fähigkeiten von uns allen wertgeschätzt und gefördert werden.

Diese Ausgabe der ÖkologiePolitik steht unter dem Titel „Inklusion“. In der ÖDP gibt es viele Mitglieder mit Behinderungen und sie wünschen sich von unserer Partei, dass wir ihre Anliegen aufnehmen und in die politische Öffentlichkeit tragen. Die Gründung eines Arbeitskreises (siehe Seite 56) ist daher ein sinnvoller Ansatz, um sich dieses umfangreichen Themas anzunehmen. Auch muss den Anliegen behinderter Menschen mehr Gehör verschafft werden. Das betrifft ganz konkret auch die ÖDP, wenn es z. B. um die in dieser Ausgabe geäußerte Forderung geht, Elektroautos mit Geräuschen auszustatten, damit behinderte und nicht behinderte Menschen diese ausreichend wahrnehmen können.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe und schon jetzt Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in das Jahr 2016!

Es grüßen Sie herzlich

Pablo Ziller

Günther Hartmann



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

Pariser Klimagipfel

Seit der vorindustriellen Zeit ist die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre unseres Planeten von 278 auf 400 ppm (parts per million) gestiegen. Eine Zunahme um 40 %, die in den Ozeanen und den Polarregionen bereits grundlegende Veränderungen in Gang gesetzt hat. Bleiben die CO₂-Emissionen auf dem derzeitigen Niveau von 36 Gigatonnen pro Jahr (Stand 2013), wird sich die Situation der Ökosysteme dramatisch verschärfen. Bis 1980 lassen sich Schwankungen in der Häufigkeit von Starkregen noch mit natürlichen Faktoren erklären. Seit 1980 fand ein Anstieg solcher Rekord-Regenereignisse in Europa um 30 % statt. Durch die Erwärmung kann mehr Wasser verdunsten und dies führt dann zu erhöhten Niederschlägen. Auch Stürme und Hagel werden zunehmen. Andere Regionen der Welt sind von großer Trockenheit bedroht.

Die vom Menschen verursachte globale Erwärmung lässt die Zahl starker Hitzewellen auch bei uns ansteigen. Rekordheiße Monate sind bereits jetzt fünfmal so oft zu verzeichnen, als sie in einer Welt ohne Klimawandel auftreten würden. Solche Hitzeextrema könnten bis zum Jahr 2100 im Sommer auf 85 % der globalen Landflächen auftreten, wenn weiterhin so viel CO₂ emittiert wird wie heute. Zudem würden 60 % der Landflächen von Hitzeereignissen einer Intensität betroffen, wie sie heute so gut wie nie vorkommen. Mit der Zunahme heißer Tage, an denen der Tageshöchstwert der Temperatur 30 °C oder mehr beträgt, sinken die Temperaturen auch nachts nicht mehr unter 20 °C. Diese „Tropennächte“ treten bislang in unseren Breiten im Gegensatz zu den heißen Tagen noch selten auf.

In der Fischerei, Land- und Forstwirtschaft werden die veränderten Witterungsbedingungen die Erträge verringern und den Schädlingsbefall verstärken. Die Brandgefahr steigt. Infolge des Klimawandels können neben allergenen Pflanzen auch wärmeliebende Tierarten vermehrt Auslöser von gesundheitlichen Gefährdungen oder Beeinträchtigungen sein.

Die 21. Internationale Klimakonferenz wird im Dezember in Paris stattfinden. In den Vorverhandlungen

wurde deutlich: Das 2-Grad-Ziel soll erneut wie beim Kyoto-Protokoll beschlossen werden. Aber die Summe aller freiwilligen „beabsichtigten national festgelegten Beiträge“ zum Klimaschutz (engl. INDC) aller Einzelstaaten soll im Paris-Protokoll durch nicht verpflichtende, jederzeit widerrufbare „Beiträge“ aller Staaten ersetzt werden. Außerdem reichen die von den Staaten bisher vorgelegten Klimaziele nicht aus, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Nimmt man die Selbstverpflichtungen aller G7-Länder als alleinigen Maßstab, würde sich die Welt auf einen Temperaturpfad von über 3 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts begeben.

Ein informelles Ministertreffen in Paris hat vor einem Monat einen weitgehenden Konsens dazu erreicht, dass es im 5-Jahres-Rhythmus Nachbesserungen für die in Paris vereinbarten Ziele der Staaten geben soll. So lassen sich neue Handlungsspielräume nutzen, die technologische Durchbrüche bei der Nutzung der Wind- und Sonnenenergie sowie von Speichertechnologien bringen können. Dieser Ansatz muss zum Bestandteil des Vertragstextes werden.

Die EU will derzeit keine Verpflichtung zu einer Zielverschärfung alle 5 Jahre akzeptieren und hat keine einheitliche Position zur Dekarbonisierung. Vor allem Polen ist dagegen. Mit dem Energiewende-Kompromiss der Bundesregierung ist aber auch das deutsche CO₂-Einsparziel nicht mehr erreichbar. Die USA und China wollen sich jetzt beim Klimagipfel erstmals gemeinsam für Klimaschutz einsetzen.



Foto: Kurt F. Dominik/pixelio.de

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

EU: Erneuerbare Energien auf dem Vormarsch

Die EU hat sich bis zum Jahr 2020 auf verbindliche Einsparziele für den Anteil an Erneuerbaren Energien von 20 % und für den Anteil der Nutzung Erneuerbarer Energien im Verkehrssektor von 10 % verpflichtet. Im Juni 2015 veröffentlichte dazu die Europäische Kommission ihren Fortschrittsbericht. Die EU-Staaten erreichten im Jahr 2014 einen Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch von 15,3 % und im Verkehrssektor einen Anteil von 5,7 %.

» <http://tinyurl.com/nog8mzq>

Energiewende ungeeignet für CO₂-Einsparziel

Mit dem Energiewende-Kompromiss der Bundesregierung ist das deutsche CO₂-Einsparziel nicht mehr erreichbar. Statt mit einer Klimaabgabe auf alte Kohlekraftwerke Geld einzunehmen, zahlen wir nun den Kraftwerksbetreibern Geld. Dabei ist aufgrund der Überkapazitäten in Deutschland und Europa nicht davon auszugehen, dass die eingeplanten Kohlestrom-Reserven jemals sinnvoll genutzt werden können. Statt der geplanten 22 Mio. t CO₂ wird der Kraftwerkssektor nur noch 12,5 Mio. t weniger CO₂ verursachen. Dafür soll die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ausgebaut werden. Für die Mehrkosten soll der Strompreis für die Stromverbraucher deutlich steigen. Mit den Einnahmen durch die Klimaabgabe sollten zusätzliche Zertifikate aus dem europäischen Emissionshandel stillgelegt werden. Das entfällt nun. Rechnet man das mit ein, lassen sich effektiv nur maximal 3 Mio. t CO₂ einsparen. Der Bundesverband Solarwirtschaft schlägt vor, die Förderung mit fossiler Energie betriebener KWK-Anlagen auf die Heizperiode zu beschränken.

» <http://tinyurl.com/nugl7vy>

» <http://tinyurl.com/pvfvvx4>

Veränderte Strömungsrichtung im Pazifik

Im Jahr 2015 hat sich der Pazifik besonders stark aufgeheizt. In den nächsten Monaten werde die Wassertemperatur an seiner Oberfläche 2 Grad über dem Durchschnitt liegen, heißt es in der Prognose der

National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA). Die ungewöhnliche Strömung, die daraus resultiert – El Niño genannt –, könnte zur stärksten seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1950 werden. Bis zum kommenden Frühjahr wird das Wetterphänomen möglicherweise andauern, bei dem die Oberfläche in einem Teil des tropischen Pazifiks monatelang mindestens 0,5 Grad über dem Durchschnitt liegt, woraufhin sich die Strömungsrichtung – normalerweise von Peru nach Indonesien – umkehrt. Die dann von Südostasien nach Südamerika fließenden riesigen Mengen warmen Wassers können in großen Teilen der Erde Wetterextreme hervorrufen.

» <http://tinyurl.com/omjvpf9>

G7 wollen Meeres-Vermüllung bekämpfen

Die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten haben anlässlich ihres Gipfels Anfang Juni 2015 in Elmau einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Vermüllung der



Foto: Hieron/pixelio.de

Meere beschlossen und sich ausdrücklich zu konkreten Maßnahmen verpflichtet. Zurzeit befinden sich schätzungsweise 100 bis 142 Mio. t Abfälle in den Meeren. Etwa Dreiviertel davon bestehen aus Kunststoffen. Jährlich kommen derzeit bis zu 10 Mio. t hinzu.

» <http://tinyurl.com/ngf2yrl>

Brasilien rodet doppelte Fläche des Saarlands

Wie brasilianische Medien unter Berufung auf Regierungsangaben berichten, wurden zwischen August 2013 und Juli 2014 insgesamt 5.000 km² Regenwald komplett abgeholzt – das entspricht der doppelten Fläche des Saarlands. Dabei enthalten die Zahlen allerdings nur die von den Bundesbehörden dokumentierte Vernichtung kompletter Flächen. Der Kahlschlag in einzelnen



Bundesstaaten blieb unberücksichtigt. Höhepunkt der Rodungen war 2004 mit damals 28.000 km². In den 10 Jahren wurden durch die Rodung rund 600 Mio. t des in der Biomasse gebundenen CO₂ freigesetzt.

» <http://tinyurl.com/pdp8532>

Bundesländer-Ranking für Inklusion in Schulen

Dass die Zahl der Schüler mit Behinderung an Regelschulen steigt, aber auch, dass es weiter gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt, zeigt die im September 2015 veröffentlichte Studie „Inklusion in Deutschland – Daten und Fakten“ der Bertelsmann Stiftung. So liegt z.B. der Inklusionsanteil in Schleswig-Holstein bei 60,5 % und in Hessen bei 21,5 %. Schauplatz der Inklusion sind hauptsächlich Hauptschulen und Gesamtschulen. Nur jeder Zehnte der knapp 71.400 Förderschüler in den Schulen der Sekundarstufe lernt an Realschulen oder Gymnasien. Fazit: Inklusion in Deutschland macht Fortschritte. Zum gemeinsamen Lernen ist es aber noch ein weiter Weg. Inklusion ist vor allem an weiterführenden Schulen und in der Ausbildung oft noch ein Fremdwort.

» <http://tinyurl.com/q3sr8c9>



den sofortigen Stopp der Verhandlungen über TTIP. Wir widersprechen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, wenn sie behaupten, TTIP würde dem Mittelstand nutzen. Das Gegenteil ist der Fall. Zentrale Elemente des geplanten Abkommens wie die Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS), die Vereinheitlichung von Normen und Standards sowie die Marktöffnung im Bereich der Kultur, der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Ausschreibungen nutzen vor allem den Interessen globaler Konzerne, die mit besserer Kapital- und Personalausstattung kleine und mittelständische Unternehmen vom Markt verdrängen werden.“ Auf der Website der Kampagnen befinden sich weitere Infos und ein Online-Formular zu ihrer Unterstützung.

» www.kmu-gegen-ttip.de

Familien: Nicht jammern, sondern klagen!

Der „Deutsche Familienverband“ (DFV) und der „Familienbund der Katholiken“ (FDK) fordern alle sozialversicherten Eltern unterhaltspflichtiger Kinder zu einem „Aufstand“ auf, der auch vom „Verband Familienarbeit“ unterstützt wird. Eltern sollen bei ihrer gesetzlichen Krankenversicherung eine Reduzierung ihrer Beiträge beantragen, weil die bisherigen Beiträge als überhöht angesehen werden. Nach dem zu erwartenden ablehnenden Widerspruchsbescheid ist die Voraussetzung einer Klage beim zuständigen Sozialgericht gegeben, deren Bearbeitung auf Antrag bis zur Entscheidung von drei ähnlichen beim Bundessozialgericht (BSG) anhängigen Berufungsverfahren zurückgestellt werden kann. Musterbriefe gibt es auf der Kampagnen-Website.

» www.elternklagen.de



Spanier dürfen Wald wieder abfackeln

Bis zum Jahr 2005 brannten in Spanien regelmäßig Wälder nieder – sehr oft Brandstiftung, um die Flächen für den Immobilienboom freizumachen. Als die sozialdemokratische Regierung ein Gesetz angekündigt hatte, dass es für 30 Jahre unmöglich machen sollte, abgebrannte Flächen umzunutzen, brannte 2005 so viel Wald wie nie ab: 170.000 ha. Danach gingen die Brände deutlich zurück. Dieses Gesetz hat die konservative Regierung nun wieder aufgehoben. Abgebrannte Ge-

biete können wie früher für das Bauen oder auch für die Landwirtschaft umgewidmet werden, wenn es im „öffentlichen Interesse“ liegt. Umweltschützer glauben, dass dadurch der bisherige Rekord gebrochen und bald mehr Wald als 2005 abgebrannt wird – fatal in einem Land, das besonders unter Klimaveränderungen und einer starken Desertifikation leidet.

» <http://tinyurl.com/pmxglqr>

BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

Wildtiere im Zirkus

In den Jahren 2003 und 2011 hat der Bundesrat die Bundesregierung in zwei Entschlüssen beauftragt, die Haltung von Wildtieren im Zirkus zu verbieten, doch seither hat das zuständige Bundesministerium diesbezüglich nichts unternommen. Eine repräsentative Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung zeigte, dass zwei Drittel der Deutschen Wildtiere im Zirkus nicht mehr zeitgemäß finden. Dieses Ergebnis wurde durch zwei weitere repräsentative Umfragen bestätigt. 18 europäische Staaten haben bereits alle oder bestimmte Wildtiere im Zirkus verboten. International anerkannte Wildtierexperten sind sich darin einig, dass Wildtiere keinesfalls artgerecht im Zirkus leben können. Die Bundesärztekammer forderte ein Verbot.

Schreiben Sie deshalb bitte an den Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, Unter den Linden 71, 11011 Berlin, christian.schmidt@bundestag.de:

Sehr geehrter Herr Minister,
angesichts des immensen Tierleids und der Gefahr für die Öffentlichkeit, wie sie der durch einen Elefanten verursachte Tod eines 65-Jährigen in diesem Jahr nochmals aufzeigte, appelliere ich an Sie, ein Verbot von Wildtieren im Zirkus umzusetzen. Sicher ist Ihnen bekannt, dass der Bundesrat, die Bundestierärztekammer und auch die Mehrheit der Bevölkerung ein solches Verbot unterstützen. Bitte handeln Sie umgehend, um dem Tierleid und dem Risiko für die Öffentlichkeit zu begegnen, indem Sie Wildtiere in Zirkussen verbieten. Vielen Dank!

Anmerkung zu einem Leserwunsch nach fertigen, heraustrennbaren Briefen, die nur noch unterschrieben werden müssen: Dies ist nicht sinnvoll, weil es keinen guten Eindruck macht. Die Brieftexte sollten sogar von den Absendern leicht abgeändert werden. Je persönlicher, desto überzeugender wirkt der Brief.

Offener Brief im Zorn

Sehr geehrte Präsidenten und Regierungschefs!

Ihr habt mit eurer jahrzehntelangen Kriegs- und Ausbeutungspolitik Millionen Menschen im Mittleren Osten und in Afrika ins Elend gestoßen. Wegen euch flüchten weltweit die Menschen. Jeder 3. Flüchtling in Deutschland stammt aus Syrien, Irak und Afghanistan. Aus Afrika kommt jeder 5. Flüchtling. Eure Kriege sind auch Ursache des weltweiten Terrorismus. Statt ein paar 100 internationale Terroristen wie vor 15 Jahren haben wir jetzt über 100.000. Wie ein Bumerang schlägt eure zynische Rücksichtslosigkeit jetzt auf uns zurück.

Wie üblich denkt ihr nicht daran, eure Politik wirklich zu ändern. Ihr kuriert nur an den Symptomen herum. Die Sicherheitslage wird dadurch jeden Tag gefährlicher und chaotischer. Immer neue Kriege, Terrorwellen und Flüchtlingskatastrophen werden die Zukunft unseres Planeten bestimmen. Auch an Europas Türen wird der Krieg eines Tages wieder klopfen. Jeder Geschäftsmann, der so handeln würde, wäre längst gefeuert oder säße im Gefängnis. Ihr seid totale Versager.

Die Völker des Mittleren Ostens und Afrikas, deren Länder ihr zerstört und ausgeplündert habt, sowie die Menschen Europas, die jetzt unzählige verzweifelte Flüchtlinge aufnehmen, zahlen für eure Politik einen hohen Preis. Ihr aber wascht eure Hände in Unschuld. Ihr gehört vor den Internationalen Strafgerichtshof. Und jeder eurer politischen Mitläufer müsste eigentlich den Unterhalt von mindestens 100 Flüchtlingsfamilien finanzieren.

Im Grunde müssten sich die Menschen dieser Welt jetzt erheben und euch Kriegstreibern und Ausbeutern Widerstand leisten. Wie einst Gandhi – gewaltlos, in „zivilem Ungehorsam“. Wir müssten neue Bewegungen und Parteien gründen. Bewegungen für Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Die Kriege in anderen Ländern genauso unter Strafe stellen wie Mord und Totschlag im eigenen Land. Und die euch, die Verantwortlichen für Krieg und Ausbeutung, für immer zum Teufel jagen. Es reicht! Haut ab! Die Welt wäre ohne euch viel schöner.

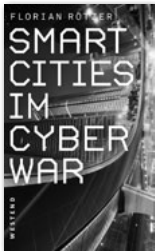
Jürgen Todenhöfer

» <http://tinyurl.com/mwkvhyh>

Bücher

Infrastruktur & Hackerangriffe

Florian Rötzer
Smart Cities im Cyberwar
 Westend, August 2015
 256 Seiten, 14,99 Euro
 978-3-86489-112-0



Täglich wehren die deutschen Bundesbehörden 3.000 Cyberangriffe ab – und einige nicht. Computersysteme sind nicht sicher. Sie lassen sich hacken, manipulieren und lahmlegen. Trotzdem nimmt die Digitalisierung stetig zu. Schon der Ausfall des Stromnetzes kann katastrophale Folgen haben, weil alles miteinander zusammenhängt. Je digitaler die lokale, regionale und nationale Infrastruktur, desto anfälliger ist sie für Cyberangriffe. (gh)

Politikmarketing & Rhetorik

Dushan Wegner
Talking Points oder die Sprache der Macht
 Mit welchen Tricks Politiker die öffentliche Meinung steuern
 Westend, September 2015
 240 Seiten, 16,99 Euro
 978-3-86489-095-6



Warum sagt Angela Merkel kaum Konkretes und steht dennoch als klug da? Welche rhetorischen Tricks benutzt Wolfgang Schäuble? Warum verhalf das inhaltsleere „Yes We Can“ Barack Obama zum Wahlsieg? Die von „Spin-Doctors“ entwickelten Formulierungen wirken wie normale Sprache, sind aber psychologisch optimierte sprachliche Waffen. Der Autor ist Insider und zeigt, wie erfolgreiche Politiker damit arbeiten und Menschen dazu bringen, ihnen zu vertrauen. Ein Buch für alle, die hinter die Kulissen blicken und vielleicht selbst einmal so agieren wollen. (gh)

Terrorismusbekämpfung & Profit

James Risen
Krieg um jeden Preis
 Gier, Machtmissbrauch und das Milliardengeschäft mit dem Kampf gegen den Terror
 Westend, September 2015
 320 Seiten, 17,99 Euro
 978-3-68489-107-6

Seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 führt die US-Regierung einen endlosen und sehr teuren „Krieg gegen den Terrorismus“ ohne Aussicht auf Erfolg. Doch für einige Konzerne ist das ein Milliardengeschäft. Bisher kostete er die USA geschätzte vier Billionen Dollar. Der Autor, Journalist bei der New York Times und zweifacher Pulitzerpreisträger, zeigt auf, wer die Akteure und Profiteure sind. Und er erzählt von Rechtsbrüchen und Vertuschungen, von Verschwendung und Irrationalität, von einem Krieg gegen Normalität, Anstand, Wahrheit, Freiheit und Demokratie. (gh)



Geldverwertungslogik & Ideologie

Fabrian Scheidler
Das Ende der Megamaschine
 Geschichte einer scheiternden Zivilisation
 Promedia, März 2015
 272 Seiten, 19,90 Euro
 978-3-85371-384-6



Der Begriff „Megamaschine“ dient dem Autor als Metapher für ein ökonomisches, politisches, militärisches und ideologisches System, das vor einem halben Jahrtausend in Europa entstand und inzwischen die Welt beherrscht. Er zeigt, dass Europa nicht nur Ausgangspunkt von Wissenschaft, Fortschritt, Freiheit, Demokratie und Wohlstand war, sondern diese von Beginn an auch mit Gewalt, Ungleichheit und Naturzerstörung verbunden waren. Kern des Systems ist die endlose Akkumulation von Kapital. Mensch und Natur werden zu Rädchen in einem dynamischen Getriebe. Doch der Glaube daran bröckelt. Eine Transformation steht bevor. (gh)

Wachstum & Postwachstum

Le Monde diplomatique (Hrsg.)
Atlas der Globalisierung
 Weniger wird mehr
 taz, Juli 2015
 176 Seiten, 16,00 Euro
 978-3-937683-57-7



Wer sich einen breiten Überblick über den Themenbereich Post-

wachstum verschaffen will, der wird an diesem Werk nicht vorbeikommen. Der Postwachstumsatlas beleuchtet die zahlreichen Facetten des Themas auf eine spannende Art. Er behandelt ausführlich in diversen kurzen und verständlichen Artikeln, garniert mit schönen Grafiken, die Krisen des Wachstums und leitet darauf aufbauend in die Sphäre des Postwachstums über. Leider arbeitet er sich dabei letztendlich zu sehr an Einzelbeispielen ab, das große Modell fehlt! Die Analyse des Problems ist demnach gut, doch an politischen Lösungen auf der Makroebene, eingebettet in ein kluges Konzept, mangelt es leider in diesem Werk. (pz)

Klimawandel & Klimaschutz

Anja Paumen, Jan-Heiner Kupper
It's the Planet, Stupid!
 Sieben Perspektiven zum Klimawandel
 Oekom, September 2015
 272 Seiten, 24,95 Euro
 978-3-86581-739-6



Was können wir gegen den Klimawandel tun? Diese Frage richteten die beiden Autoren an sieben Experten: Hartmut Graßl, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Hans-Werner Sinn, Mathias Binswanger, Meinhard Miegel, Enoch zu Guttenberg und Wulf Schiefelhövel. Einig sind sich alle darin, dass der Klimawandel die aktuell größte Herausforderung der Menschheit darstellt, doch dann führen die verschiedenen Blickwinkel zu verschiedenen Konzepten. Neben den Interviews beinhaltet das Buch eine ausführliche Einleitung über die Ursachen des Klimawandels, eine Zusammenfassung der Kernaussagen der Interviewpartner und Handlungsempfehlungen. (gh)

Green Economy & Ressourcenverbrauch

Kathrin Hartmann
Aus kontrolliertem Raubbau
 Wie Politik und Wirtschaft das Klima anheizen, Natur vernichten und Armut produzieren
 Blessing, August 2015
 448 Seiten, 18,99 Euro
 978-3-89667-532-3



Nachhaltigkeit ohne Konsumverzicht, allein durch mehr Effizienz und technischen Fortschritt – darauf setzen die Verfechter der Green Economy. Doch was nützt es, wenn die Automotoren weniger Sprit verbrauchen, dafür aber

mehr gefahren wird? Rebound-Effekt nennt man dies im Fachjargon. Die Autorin wendet sich entschieden gegen die Vorstellung, man müsse nur ein bisschen an ein paar Stellschraubchen drehen, um die Probleme zu lösen. Unsere Umweltprobleme sind politische Probleme. Sie erfordern grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, die politisch erkämpft werden müssen. (gh)

Architektur & Ressourcenverbrauch

Daniel Fuhrhop
Verbieta das Bauen!
 Eine Streitschrift
 Oekom, August 2015
 192 Seiten, 17,95 Euro
 978-3-86581-733-4



Beim Bauen wird bisher nur der Energiebedarf während der Nutzung betrachtet. Dass das Bauen selbst mit einem hohen Energie-, Rohstoff- und Flächenverbrauch verknüpft ist, wird konsequent ausgeblendet. Zieht man das in die Betrachtungen ein, dann zeigt sich schnell, dass es meist wesentlich besser ist, unseren Gebäudebestand zu sanieren und umzubauen, statt Neubauten zu errichten. Das Buch bringt dies auf die provokante Forderung, Neubauten zu verbieten. Und es stellt 50 „Werkzeuge“ vor, wie sich unser Gebäudebestand besser nutzen lässt. (gh)

Islam & Christentum

Navid Kermani
Ungläubiges Staunen
 Über das Christentum
 C. H. Beck, September 2015
 303 Seiten, 24,95 Euro
 978-3-406-68337-4



Ein gläubiger Muslim versenkt sich mit poetischem Blick in die christliche Bildwelt und gelangt so zu einem tieferen Verständnis auch seiner eigenen Religion, die traditionell bilderlos ist. Der Autor, ein mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnete Schriftsteller, beschreibt staunend eine Welt voller Opfer und Klage, Liebe und Wunder, Unvernünftigkeit und Abgründigkeit, Menschlichkeit und Göttlichkeit: ein Christentum, das für ihn eine überwältigende Schönheit aufweist. So kommt es, dass ein Muslim Christen einen Blick auf ihre eigene Religion eröffnet. Ein tolles Weihnachtsgeschenk! (gh)

Erfahrungsbericht

Wie es ist, schwerbehindert zu sein

Zurzeit ist das Wort „Inklusion“ in vieler Munde. Doch kaum jemandem ist bewusst, was es konkret bedeutet, mit einer schweren Behinderung leben zu müssen, und welche Benachteiligungen und Herausforderungen sich daraus in allen Lebensbereichen ergeben: in Schule, Beruf und Freizeit. Ein schwerbehindertes ÖDP-Mitglied kann davon berichten.

von Hagen Neugebauer

Seit fast 20 Jahren bin ich Mitglied der ÖDP. Wegen ihres menschenfreundlichen und wertorientierten Image bin ich im Januar 1996 eingetreten und schrieb bereits im Sommer 1996 einen Artikel in der ÖkologiePolitik, in dem ich die Situation vor allem junger Schwerbehinderter, die kaum die Chance haben, einen Job oder eine Ausbildungsstelle zu bekommen, schilderte. Des Weiteren schickte ich der Bundesprogrammkommission und ÖDP-Prominenz Vorschläge zur Förderung von Schwerbehinderten. Ich forderte alternative Wohnformen, die Gleichberechtigung aller Schwerbehinderten bei Anträgen, welche in das Schwer-

Einige Kollegen meiner Hörschädigtenschule – ich machte 1996 in Essen das Fachabitur Wirtschaft, Höherer Handelsschulabschluss – sind noch immer arbeitslos und waren nie beschäftigt. Sie haben nach dem Fachabitur und einer anschließenden kaufmännischen Ausbildung in einem Berufsbildungswerk an der Berufsschule für Hörschädigte in Essen sogar den Abschluss als staatlich geprüfter Betriebswirt

blick und rechtlicher Gehörlosigkeit. Zudem erkrankte ich bereits zweimal an manisch-depressiv-schizoaffektiven Psychosen und erlitt

*„Sinnesbeeinträchtigt“ zu sein,
ist oft schwerwiegender als an einer „normalen“
körperlichen Behinderung zu leiden.*

eine traumatische Psychose mit bis heute andauernder Verletzlichkeit. Letztere hängt sicherlich mit meiner sozialen Isolation zusammen – und damit, dass ich 2001 mit der Prognose konfrontiert wurde, innerhalb von zehn Jahren völlig zu erblinden, was sich aber nicht bewahrheitete.

Ich war Beamtenanwärter im Widerruf im Bibliothekswesen und Auszubildender als Bürokaufmann in einem Berufsförderungswerk, musste beide Ausbildungen aber wegen Erkrankungen abbrechen. Meiner ehemaligen gehörlosen Ärztin Dr. Inge Richter, die jetzt im Ruhestand ist, verdanke ich, dass ich nach der abgebrochenen Beamtenlaufbahn mein Fachabitur nachholen konnte, und bin ihr zu tiefst dankbar, da sie mir in weiteren Krisen ambulant und stationär half.

*Im Gymnasium musste ich trotz
meiner fortschreitenden Hörbeeinträchtigung
Diktate mitschreiben.*

behindertenrecht fallen, sowie einheitliche Regelungen bei der Feststellung von der Gewährung von Nachteilsausgleichen für Sinnesbehinderte (rechtliche Blindheit und Gehörlosigkeit) – bundesweit, europaweit und am besten weltweit.

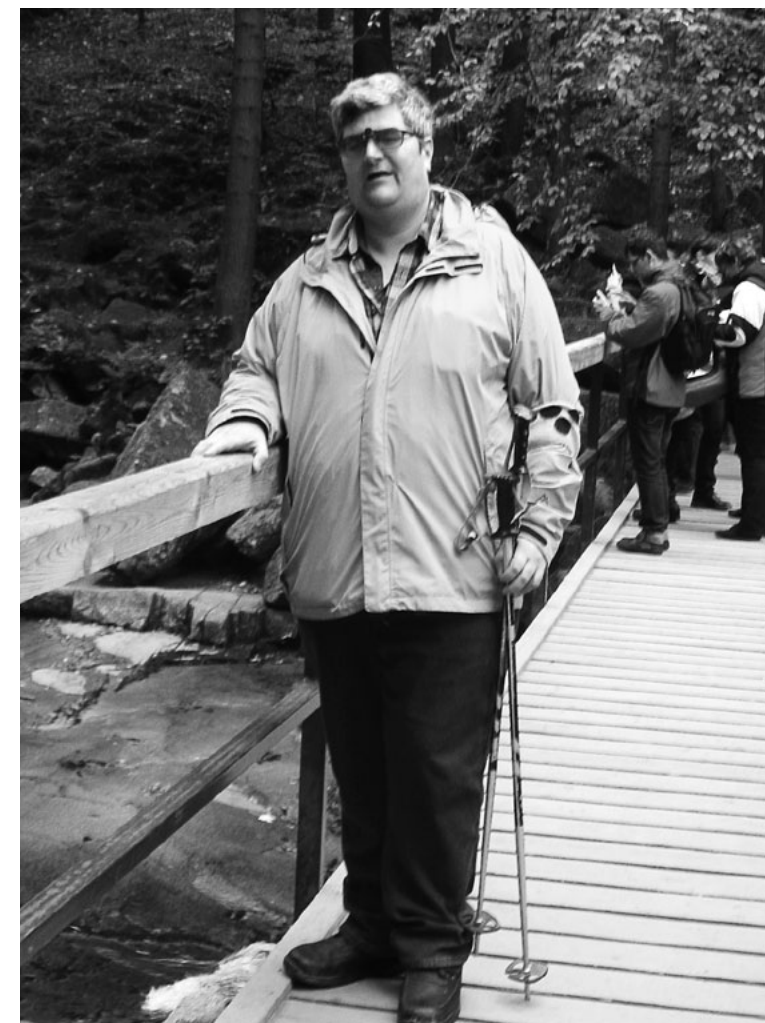
gemacht – und sind immer noch arbeitslos. Dabei waren sie psychisch und körperlich stark belastbar – im Gegensatz zu mir. Ich habe das Usher-Syndrom: eine angeborene Neigung zur Taubblindheit, Typ 3, eine Gesichtsfeldverengung mit Tunnel-

Dass sie in unserer Gesellschaft als gehörlose Ärztin erfolgreich „inkludiert“ wurde, grenzt heute noch an ein Wunder. Menschen wie sie und auch der taubblinde katholische Diakon Peter Hepp beweisen, dass Inklusion durchaus machbar ist und gelebt werden kann, auch bei Menschen mit Sinnesbehinderungen.

Benachteiligung in der Schule

Ich tat mich wie viele schwerbehinderte Menschen schwer, mich in meiner Entwicklung frei zu entfalten. Im Gymnasium musste ich trotz meiner fortschreitenden Hörbeeinträchtigung sogar Diktate mitschreiben und wurde vom Klassenverband als „Bekloppter“ oft geschnitten und ausgegrenzt. So musste ich nach der 6. Klasse das Gymnasium verlassen und besuchte fünf weiterführende Schulen für Hörbehinderte. In meinem Lebenslauf machte ich dann aus den fünf Schulen drei, weil mir das die Berufsberaterin nach dem Fachabitur riet.

Das Manko, „sinnesbeeinträchtigt“ zu sein, ist oft sogar schwerwiegender als an einer „normalen“ körperlichen Behinderung zu leiden. Junge schwerbehinderte Menschen müssen oft in Internaten leben, wenn sie weiterführende Schulen, Berufsbildungswerke und Berufsförderungswerke besuchen möchten – so wie ich in Bamberg, München, Essen, Neckargemünd und Heidelberg. Wenn die Internate an den Wochenenden schließen, müssen diese Jugendlichen mit der Bahn nach Hause fahren. So musste ich bereits als 13-Jähriger jede Woche am Freitag 300 km von München nach Coburg – und am Sonntag wieder zurück. Dadurch fällt es Schwerbehinderten nicht leicht, einen wohnortnahen Freundeskreis



Hagen Neugebauer leidet am Usher-Syndrom, einer angeborenen Neigung zur Taubblindheit. Die bayerischen Behörden verweigern ihm aber bis heute das Taubblindengeld, dabei würde er in Niedersachsen sogar als blind eingestuft.

*Vom Klassenverband wurde ich als
„Bekloppter“ oft geschnitten und ausgegrenzt.*

aufzubauen und zu festigen. Oft überfordert sie das und sie erkranken wie ich damals.

Den Wohnort müssen Schwerbehinderte vielfach schon nach der Grundschule verlassen, da eine

individuelle Betreuung angeblich heute noch nur an entsprechenden Förderschulen möglich ist. Ich stimme dem nicht zu! Heute besteht die Möglichkeit, z.B. bei Legasthenie, angeborener Lese- und

Rechtschreibschwäche, im Fach Deutsch und Englisch bei leichter geistiger Behinderung und Lernbehinderung in bestimmten Fächern um eine Stufe besser benotet oder von der Benotung befreit zu werden. Früher war es nur Kindern mit Handlähmung möglich, sich in EDV und Textverarbeitung von der Benotung befreien zu lassen, heute gibt es häufiger Ausnahmen.

Benachteiligung im Berufsleben

Die gesellschaftliche Stellung von Menschen mit Behinderung ist nur mit der Einführung eines Gesetzes

zur Teilhabe zu verbessern. Denn Schwerbehinderte, die Assistenz am Ausbildungs- und Arbeitsplatz benötigen, haben nicht nur Probleme mit der Bewilligung ihrer Anträge, sondern arbeiten wegen der Kos-

Schwerbehinderte, die Assistenz am Ausbildungs- und Arbeitsplatz benötigen, arbeiten oft fast umsonst. Das ist Ausbeutung pur!

ten der Assistenz auch oft fast umsonst. Das ist Benachteiligung und Ausbeutung pur! Hinzu kommt, dass behinderte Menschen, die in

gemeinnützigen und gemeinwohlorientierten Unternehmen beschäftigt sind, deutlich weniger netto verdienen als Menschen, die nicht behindert sind und in „normalen Firmen“ arbeiten, obwohl sie die

gleiche Arbeit und Leistung vollbringen. So benötigen behinderte Menschen, auch wenn sie arbeiten, oftmals zusätzliche Sozialleistungen, da sie von ihrem Nettoeinkommen allein nicht leben können.

Benachteiligung im öffentlichen Raum

Blinde und hochgradig sehbehinderte Menschen sind im Straßenverkehr auf ihr Gehör angewiesen – da stellt sich ein Elektro-Auto, egal wie ökologisch effektiv es auch ist, als akute Gefahr dar. Auch Elektro-Autos sollten Lärm machen, damit sie der Sinnesbehinderte besser wahrnehmen kann. Wie wäre es, nur Elektro-Autos zu bauen, die künstlich Lärm erzeugen? Und die Barrierefreiheit ist für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer trotz vieler Neuerungen im Baurecht und trotz öffentlicher Förderprogramme noch nicht sehr ausgeprägt. Zudem sollte für Polizisten das Erlernen des internationalen Fingeralphabets und wichtiger Grundgebärden Pflicht sein.

Benachteiligung im Studium

Will ein Schwerbehinderter studieren, ist das fast nur mit einem Fernstudium möglich. Doch auch da gibt es Präsenzveranstaltungen und Prüfungen mit Anwesenheitspflicht. Auch diese Studiengänge

sind auf nicht sinnesbehinderte und nicht allgemeinbehinderte Studierende ausgerichtet. So musste ich wochenlang im Internet surfen, bis ich etwas Geeignetes gefunden hatte: ein Studium zum Heilpraktiker mit privater Prüfung, um ein mündiger Patient zu werden und nützliche medizinische Kenntnisse zu erwerben, sowie ein Studium zum Psychologischen Berater. Bildung sollte für alle – und damit auch für Behinderte – ein Recht sein!

Wichtig ist auch, dass Schwerbehindertensendungen wie „Selbstbestimmt!“, „Sehen statt Hören“, „Menschen – das Magazin“ und „Stolperstein“ staatlich ausreichend gefördert werden. Videotext-Untertitel sind zu erweitern, weil sie Millionen Schwerhörige, Gehörlose und CI-Träger dringend brauchen. Die Situation ist heute zwar schon bedeutend besser als vor einigen Jahren, aber es werden hauptsächlich Informationssendungen untertitelt und nur wenige Sendungen für die Seele.

Benachteiligung durch hohe Kosten

Das Gesetz zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen sollte nicht nur eine einheitliche Rechtslage für Schwerbehinderte – wie das drin-

Geld scheitern – trotz knapper Kassen wegen der Griechenlandhilfen!

Letztes Jahr starteten die bayerische Opposition und der „Bayerische Blinden- und Sehbehindertenbund“ (BBSB) eine Initiative für die Einführung eines „Nachteilsausgleichs“ – ähnlich wie ein „Kleines Blindengeld“ für hochgradig Sehbehinderte, die noch nicht rechtlich

falls eine Petition für ein kleines Blindengeld und eine Besserstellung rechtlich gehörloser Menschen fordern! Und schwerbehinderte ÖDP-Mitglieder sollten stärker in die Programmfindung einbezogen werden.

Inklusion ist ein langer, beschwerlicher Prozess, der auf keinen Fall am Geld scheitern sollte. Es gibt viele schwerbehinderte Menschen,

Gehörlosengeld gibt es in Bayern nicht.

Und das neue Taubblindengeld erhalten nur wenige.

blind sind, worunter in Bayern immerhin 7.000 Menschen wie ich fallen. Es handelte sich um eine Summe unter 150 Euro/Monat, aber der Bayerischen Staatsregierung war das zu teuer und so lehnte sie die Anträge zweimal ab.

Eine hochgradige Sehbehinderung verursacht hohe Kosten. Ich z.B. brauche alle zwei Jahre eine neue Brille, weil sich meine Sehschärfe immer etwas verschlechtert. Gehörlosengeld gibt es in Bayern auch nicht. Und das neue bayerische Taubblindengeld erhalten nur wenige. Ich muss zusätzlich viel Geld für Hörgerätebatterien ausgeben. Es gibt ungefähr 40.000 rechtlich Gehörlose in Deutschland, die

die Großes, Bleibendes und Bestehendes erschaffen haben. Und dass es solche Menschen immer wieder gibt, ist nur durch eine erfolgreiche Inklusion in der Gesellschaft möglich. Jeder kann mithelfen! „Wer Großes schaffen will, muss den ersten Schritt tun“, sagt ein chinesisches Sprichwort. Und das ist auch wichtig für die ÖDP: Der erste große Schritt ist das geplante Bundesteilhabegesetz. Aber bevor das beschlossen ist, sollte die ÖDP sich nicht scheuen, mit kleinen Schritten den Prozess zu unterstützen! ■

Dr. Inge Richter – eine gehörlose Ärztin

Es gibt Menschen, die trotz ihrer Behinderungen große Leistungen erbringen und von unserer Gesellschaft voll inkludiert wurden. Die Ärztin Dr. Inge Richter ist solch ein leuchtendes Beispiel. Und ich hatte das Glück, über 22 Jahre ihr Patient zu sein. Am 8. Mai – dem „Tag der Befreiung!“ – 2015 verabschiedete sie sich im Alter von 61 Jahren in den Ruhestand. Als Ärztin für Psychiatrie und Neurologie leitete sie seit 1988 am „Klinikum am Europakanal Erlangen“ die damals erste Abteilung für hörgeschädigte Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen. Bis heute gibt es erst eine zweite vergleichbare Einrichtung – in Norddeutschland.

Richters Engagement ist es zu verdanken, dass viele Menschen gesünder wurden. Die stationäre und ambulante Umgebung ihrer Abteilung war genau auf die Bedürfnisse hörgeschädigter Menschen eingerichtet. Später wurden dann auch Hör- und Sehbehinderte aufge-

nommen – so wie ich. Man wurde dort immer respektvoll behandelt. Die Therapien waren vielseitig, die Therapeuten sprachen deutlich und waren sehr freundlich. Weil sie selbst von Geburt an gehörlos ist und den psychischen und sozialen Druck aus ihrem eigenen Leben gut kennt, konnte Richter sich gut in die Psyche ihrer Patienten einfüllen. Sie hat mich in schweren Krisen immer ernst genommen und meinen privaten, schulischen und beruflichen Weg begleitet. Sie und ihr Team ermöglichten mir, nach einer abgebrochenen Bibliotheksassistentenanwartschaft das Fachabitur nachzuholen.

Für ihr jahrelanges ärztliches Engagement und die gute Zusammenarbeit mit sozialen Trägern zeichnet sie der Regierungsbezirk Mittelfranken im November 2015 mit der „Bezirksmedaille“ aus. Sie betreute allerdings Patienten aus dem gesamten deutschsprachigen Raum. Und ihr Wirken wird im Ruhestand bestimmt noch fort dauern!

Auch Elektro-Autos sollten Lärm machen, damit sie der Sinnesbehinderte besser wahrnehmen kann.

gend notwendige Gesetz für einheitliche Bestimmungen zu Nachteilsausgleichen wie das Blindengeld, Taubblindengeld und anzustrebende Gehörlosengeld – beinhalten, sondern auch den ethischen Wert und das Selbstbild schwerbehinderter Menschen revidieren und revolutionieren. Und es sollte nicht am lieben

noch eine kleine Resthörigkeit haben wie ich und Hörgerätebatterien für superstarke Hörgeräte kaufen müssen.

Solidarität mit Schwerbehinderten

Die ÖDP sollte sich mit dem BBSB solidarisch zeigen und gegebenen-

Hagen Neugebauer, Jahrgang 1973, lebt mit Gehörlosigkeit, hochgradiger Sehbehinderung, psychischer Beeinträchtigung und Herzschwäche. Nach dem Fachabitur machte er eine Fernausbildung zum Bürosachbearbeiter und später ein Fernstudium zum Heilpraktiker. Parallel ist er seit 15 Jahren bei einer Integrationsfachfirma beschäftigt. In die ÖDP trat er 1996 ein.



hagen.neugebauer@t-online.de

Barrierefreiheit

Gelebte Inklusion als Markenthema der ÖDP

Über Behinderungen redet man kaum, denn es ist vor allem die Leistung, die in unserer Gesellschaft zählt, nicht die Erkrankung, nicht das Leid und nicht die Resignation. Aber immer mehr zieht die Inklusion in unser Denken ein. Doch was bedeutet dieser berühmt-berüchtigte Begriff? Warum passt er gut zur ÖDP? Und wie müsste demnach ein Parteitag aussehen?

von Marina Fraas

Als soziologischer Begriff bedeutet „Inklusion“ eine Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und in der er gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben kann – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Bildung, eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen. Die UN-Behindertenkonvention definiert die Rechte behinderter Menschen als Menschenrechte, fordert die Anerkennung von behinderten Menschen als vollwertige Mitglieder in der Gesellschaft und konkretisiert die universellen Menschenrechte für deren spezielle Bedürfnisse und Lebenslagen.

Das Menschenbild der ÖDP läuft damit konform, da es auf christlich-humanistischen Werten fußt, auf den Prinzipien der Toleranz, der Gewaltfreiheit, der Gewissens- und Meinungsfreiheit, der Gerechtigkeit und Solidarität. Die ÖDP trägt diese Werte nach außen. Eine inklusive Gesellschaft berücksichtigt die Interessen des Einzelnen, sei es mit oder ohne Beeinträchtigung, wie auch der Gemeinschaft in gleichem Maße. Jeder Mensch soll seine Begabungen entfalten können, dabei

jedoch das Gemeinwohl im Blick haben. Die Achtung und Einhaltung der Menschenrechte ist dabei essenziell.

Um Inklusion ins ÖDP-Programm aufzunehmen, muss sichergestellt sein, dass Menschen mit Behinderung auch im Sinne der Inklusion behandelt werden: ohne

derartig gerecht zu gestalten. Nicht jeder kann problemlos den Anlass eines Schreibens per Post entschlüsseln. Eine barrierefreie Internetseite wäre daher unumgänglich. Es sind noch eine leichtere Sprache, Piktogramme, Brailleschrift (Blindenschrift), eine große Schrift und eine Hörversion hinzuzufügen. Dies gilt

Das Menschenbild der ÖDP läuft mit der Inklusion konform, da es auf christlich-humanistischen Werten fußt.

Mitleid und Schamgefühle, auf Augenhöhe. Da die ÖDP Werte wie OFFENHEIT, TOLERANZ und GEMEINSCHAFT großschreibt, sollte sie Themen der Behindertenpolitik behandeln – gerade weil dies Menschen mit Behinderung am Herzen liegt. Und sie sollte darüber nachdenken, wie ihre Veranstaltungen für diese Menschen zu gestalten sind.

Barrierefreie Veranstaltungen

Für die Durchführung einer barrierefreien Veranstaltung ist ein Vorlauf von rund sechs Wochen ratsam. Schon die Einladungen sind behin-

auch für die Flyer sowie die Partei- und Wahlprogramme.

Die Anreisebeschreibung sollte immer die Möglichkeiten des barrierefreien öffentlichen Personennahverkehrs enthalten. Da auch einige mit dem Auto anreisen, ist an Parkmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zu denken. Ein behindertengerechter Zugang ist an öffentlichen Veranstaltungsorten zwar fast immer gegeben, aber auch die Veranstaltungsräume sollten sich auf stufenlosen Wegen erreichen lassen. An Treppen und schwierigen Stellen müssen Handläufe vorhanden sein. Eine gute

Ausleuchtung und Akustik ist ratsam. Die Stühle sollten großzügig verteilt sein, die Durchgänge breit genug für Rollstühle. Rollstuhlplätze und Sitzplätze für Behinderte in

nehmern Vegetarier, Veganer, Diätetiker oder Allergiker. Das Essen muss in Schrift und Bild gekennzeichnet werden, das Buffet bzgl. Höhe und Platz auch für Rollstuhl-

der Bundesgeschäftsstelle bei Doris Hüben-Holomos.

Das Ziel eines inklusiven Zusammenlebens ist idealistisch und visionär zugleich. Gemeinsam mit allen Menschen, die guten Willens sind, soll diese Vorstellung von einem guten Leben für alle in die Tat umgesetzt werden. Menschen mit Behinderungen sollen als Teil der Gesellschaft betrachtet und als Mitglieder oder Sympathisierende in unserer Partei mit aufgenommen werden. Dafür sind so viele Barrieren wie möglich abzubauen und so viele Menschen wie möglich zu erreichen. Mit ständigem Rückbesinnen auf die Grundsätze und Werte der ÖDP lässt sich dieses Ziel ver-

Der Bedarf an technischen Hilfsmitteln und Gebärdensprach- bzw. Schriftdolmetschern ist im Vorfeld abzufragen.

Podiumsnähe wären angebracht. Auch der Podiumszugang müsste barrierefrei sein, um an Debatten teilnehmen zu können. In den Pausen sollten Sitztische für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen bereitgestellt werden. Eine Behindertentoilette ist ein Muss.

Manche Menschen mit Behinderung brauchen eine Assistenz. Die erledigt die Tätigkeiten, welche aufgrund der Behinderung nicht selbst ausgeführt werden können. Deshalb sollte für die Veranstaltung der Assistenzbedarf abgefragt werden. Sichergestellt werden muss auch, ob ein Blindenführhund in allen Räumen erlaubt ist. Des Weiteren ist der Bedarf an technischen Hilfsmitteln und Gebärdensprach- bzw. Schriftdolmetschern im Vorfeld abzufragen.

Der Inhalt der Veranstaltung sollte mit Bild- und Schriftbegleitung umrahmt und wenn notwendig in Gebärdensprache übersetzt werden. Die Referenten sollten ihre Präsentationen oder Vorträge in Bild und Schrift vorlegen – wenn möglich auch in leichter Sprache – und ausreichend Handouts zur Verfügung stellen. Die Dokumentation der Veranstaltung sollte später im Internet in Wort, Ton und Bild abrufbar sein.

Beim Essen ist es erforderlich, nach spezieller Kost zu fragen. Nicht selten sind unter den Teil-

fahrer erreichbar sein. Zum Essen sind Tische und Stühle notwendig. Bei mehrtägigen Veranstaltungen braucht es barrierefreie Unterkünfte mit behindertengerechten Zimmern. Auch hier ist gegebenenfalls eine Assistenz einzuplanen. Wo-

Die ÖDP richtet ein Diskussions- und Informationsforum ein, um politische Inklusionsthemen in Angriff zu nehmen.

möglich besteht auch Bedarf an der Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen. Ist dies alles geklärt, dann steht einer barrierefreien Veranstaltung nichts mehr im Weg.

Barrierefreie Diskussionen

Inklusion soll in der gesamten ÖDP Einzug halten. Es besteht zum einen die Absicht, sich darüber intensiver auseinanderzusetzen. Zum anderen soll diese Diskussion einfacher und behindertengerechter werden. Das Internet – Skype, Chat, Facebook, Twitter – stellt eine Alternative zu beschwerlichen Reisen dar. Die ÖDP-Bundesgeschäftsstelle richtet deshalb mit dem Projektmanagementprogramm „Basecamp“ ein Diskussions- und Informationsforum ein, um politische Inklusionsthemen in Angriff zu nehmen. Wer mitmachen will, melde sich in

wirklichen. Die ÖDP als politische Kraft kann die Inklusion vorantreiben. Jedem Menschen mit allen Facetten eine Möglichkeit bieten, Inklusion zu leben – mit diesem Ziel läuten wir eine neue Ära ein! ■

Marina Fraas, Jahrgang 1990, erlitt im Alter von 20 Jahren einen Schlaganfall und hat seither eine halbseitige Hemiparese und Restaphasie. Trotz Behinderung studiert sie Psychologie, erreichte den Bachelor und strebt den Master an. In die ÖDP trat sie 2014 ein. Außerdem ist sie seit 2014 für die „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland“ als Inklusionsbotschafterin aktiv.



marina.fraas@yahoo.de

Inklusionsbotschafter

„Zu einem besseren Miteinander beitragen“

Unter dem Motto „Eigene Erfahrungen einbringen – die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen!“ läuft seit Anfang des Jahres 2015 das Modellprojekt „InklusionsbotschafterInnen – Vernetzung von UnterstützerInnen auf dem Weg zur Inklusion“. Als Inklusionsbotschafterin viel unterwegs ist seither auch ein ÖDP-Mitglied.

Interview mit Marina Fraas

ÖkologiePolitik: Frau Fraas, was ist eine Inklusionsbotschafterin?

Marina Fraas: Zunächst einmal bedeutet das Wort „Inklusion“ eine Gesellschaft, in der das gegenseitige

die Lobby für Menschen mit Behinderung. Ein Inklusionsbotschafter sollte über den eigenen Tellerrand hinausblicken können, die Belange anderer beeinträchtigter Menschen

„Aufgrund meiner eigenen Erfahrungen möchte ich möglichst vielen Menschen die Vision ‚Inklusion‘ näherbringen.“

Akzeptieren aller Menschen gegeben ist und alle gleichberechtigt und selbstbestimmt an der Gemeinschaft teilhaben können – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Bildung und unabhängig davon, ob mit oder ohne Behinderung. Der Titel „Inklusionsbotschafterin“ ist ein Modellprojekt, durchgeführt von der „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland“ (ISL) und gefördert von der „Aktion Mensch“: Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen führen unterschiedliche Projekte durch und wirken aktiv in der Öffentlichkeit, in Verbänden, in Gremien oder in Organisationen mit, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Sie bringen eigene Erfahrungen ein und stärken

mit berücksichtigen und somit zeigen, dass Inklusion möglich ist.

Wie wird man Inklusionsbotschafterin?

Auf der Internetseite der ISL kann man sich jedes Jahr dafür bewerben. Zur Jahresmitte werden die Bewerber – Menschen mit ganz verschiedenen Behinderungen – dann zum Inklusionsbotschafter gewählt.

Welche Art von Behinderung haben Sie?

Im Alter von 20 Jahren riss mich ein schwerer Schlaganfall aus dem normalen Leben. Ich habe mich nach fast zwei Jahren stationärer und ambulanter Therapie zurückgekämpft, studiere nun Psychologie und möchte irgendwann ambulant eine Neuropsychologie-Praxis eröffnen. Ich kenne das Leben von beiden Seiten und weiß, wie hart es ist.



Foto: Marina Fraas

Marina Fraas, Jahrgang 1990, erlitt im Alter von 20 Jahren einen schweren Schlaganfall und lebt seither mit einer halbseitigen Hemiparese und Restaphasie. Trotz Behinderung studiert sie Psychologie, erreichte den Bachelor und strebt den Master an. 2014 trat sie in die ÖDP ein. 2014 wurde sie außerdem von der „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland“ zur Inklusionsbotschafterin gewählt. In dieser Funktion war sie unter anderem am 11. September 2015 zu Gast beim Bürgerfest von Bundespräsident Joachim Gauck in Schloss Bellevue.

<http://tinyurl.com/o3tw5b9>

Beeinträchtigt Sie der Schlaganfall noch oder sind Sie wieder völlig gesund?

Was heißt „völlig gesund“? Das ist eine Frage der Sichtweise. Die Übergänge zwischen Gesundheit und Krankheit sind fließend. Ich definiere Gesundheit als subjektiven Zustand des Wohlbefindens, nicht als berufliche Leistungsfähigkeit. Medizinisch oder rechtlich betrachtet, werde ich nie wieder „völlig gesund“ sein, da mein Schlaganfall zu einer chronischen Erkrankung geführt hat. Mein rechter Arm ist gelähmt, aufgrund einer Halbseitenparese kann ich nur langsam laufen, zudem habe ich noch eine Sprachstörung. Die lange Reha war für mich überaus wichtig. Meine Motivation habe ich dabei nie verloren, auch wenn ich von vielen Seiten das genaue Gegenteil spürte. Meine Familie und mein Freund standen jedoch immer hinter mir – und tun das heute noch, was für mich sehr wichtig war und wofür ich ihnen sehr dankbar bin. Jede Woche gehe ich jetzt noch in die Ergo- und Physiotherapie, um meine Fähigkeiten zu verbessern und „Verschüttetes wieder freizulegen“. Da meine Mutter Naturheilpraktikerin ist, habe ich mich auch der Naturheilkunde zugewandt, finde aber trotzdem die Schulmedizin essenziell wichtig. Es ist faszinierend, wie sich das Gehirn nach so einem „Schlag“ wieder verändern kann, welche Plastizität da noch vorhanden ist. Santiago Ramón y Cajal sagte einmal: „Solange das Gehirn ein Geheimnis ist, wird auch das Universum ein Geheimnis bleiben.“

Was motivierte Sie dazu, Inklusionsbotschafterin zu werden?

Aufgrund meiner eigenen Erfahrungen und meiner veränderten Sichtweise auf das Leben möchte

ich möglichst vielen Menschen die Vision „Inklusion“ näherbringen und sie überzeugen, dass Inklusion möglich ist. Sie sollte ganz natürlich zur Gesellschaft gehören. Ich will dazu beitragen, dass ein besseres Miteinander entsteht. Aber das geht nur, wenn beide Seiten offen aufeinander zugehen. Wer sein Ziel

tät sorgen. Nicht nur für die soziale Teilhabe der Menschen mit Behinderung setze ich mich ein, sondern auch für deren Partizipation. In den verschiedenen Selbsthilfegruppen, in denen ich aktiv bin, wirkt mein Inklusionsstreben in vielerlei Hinsicht. In psychologischen Gesprächen, Vorträgen, Workshops etc.

„Es mangelt an Beratungsstellen und -zentren, an qualifizierten Menschen, die sich mit Behindertenpolitik auskennen.“

kennt, der findet auch einen Weg. Und mein Weg und der vieler anderer ist, Inklusion zu leben, damit sie nicht nur eine leere Worthülse bleibt.

Welche Schwerpunkte setzen Sie in Ihrer Arbeit?

Ein Schwerpunkt ist das Tätigsein im Behindertenbereich. Eine erfolgreiche Eingliederung in die Gesellschaft kann für Menschen mit Behinderung jeder Art – sei es körperlich, seelisch und geistig – sozial und auch psychisch für Stabili-

versuche ich, neue Möglichkeiten zu finden, um die Inklusion voranzutreiben. Das von mir entwickelte Inklusionsstricken ist hierfür ein Beispiel. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist meine politische Arbeit in der ÖDP. Dafür ist vor allem das positive Menschenbild der Partei entscheidend. Und Themen wie die „Entschleunigung der Gesellschaft“, auch wenn die in der Inklusion eine etwas andere Bedeutung haben. Ideal wäre es, wenn ein Bundesarbeitskreis entstünde, der



Foto: Uta Herbert/pixello.de

sich mit Inklusion befasst und das Thema in der ÖDP verankert und durch die ÖDP in der allgemeinen Politik voranbringt.

Was ist Inklusionsstricken?

Ich habe das Stricken für mich neu entdeckt. Mit Strickrahmen, -ring und -liesel kann man beinahe alles einhändig stricken: Mützen, Schals, Handschuhe, Socken, Stulpen, Decken, Kissenbezüge. Man braucht nur ein Quäntchen Kreativität dazu. In den Selbsthilfegruppen stoße ich auf großes Interesse. Die kreativen Fähigkeiten von beeinträchtigten Menschen sollten bekannter werden. Deshalb fragte ich bei MyBoshi an, ob sie sich ein Projekt vorstellen könnten, das Stricken als Mittel der Inklusion zu unterstützen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg und ein starker Wille ist allmächtig, heißt es in einem Zitat von Swami Vivekânanda.

Wollten Sie schon vor Ihrem Schlaganfall Psychologin werden?

Nein, das wollte ich nicht. Ich wusste nach dem Schulabschluss überhaupt nicht, was ich machen

sollte. So folgte ich schließlich dem Ratschlag eines Bekannten und begann, „Internationales Management“ zu studieren – auch weil da Fremdsprachen dabei waren. Im Oktober 2009 begann der Studiengang in Hof, im Mai 2010 erreichte mich dann der schwere Schlaganfall. Meine Fremdsprachenkenntnisse waren alle weg – und vieles andere auch. Ich war schlagartig bei „null“ angelangt, jemand hat „Neustart“ gedrückt – und ich hatte Gelegenheit, viel über mein Le-

„Es mangelt an Verständnis für die Forderung nach mehr Selbstbestimmung und gleichberechtigter Teilhabe.“

ben nachzudenken. Die Werte, die mir wichtig waren, veränderten sich völlig. Materielles, Geld, Macht und Prestige waren plötzlich nicht mehr wichtig, umso mehr dafür Gesundheit, Freunde, Familie und Liebe. Studieren wollte ich trotzdem wieder, jetzt aber Psychologie!

Warum Psychologie?

Weil das mit mir, mit meinen Erfahrungen und mit meinen Bedürfnissen zu tun hat. Und in der Neuropsychologie, vor allem in der Nachsorge, besteht noch erheblicher Bedarf. An der Hochschule Magdeburg/Stendal habe ich den Studiengang Rehabilitationspsychologie letzten September mit meiner Bachelor-Thesis erfolgreich abgeschlossen. In der Forschungsarbeit ging es um chronische Aphasiker und wie diese die psychosozialen

Folgen während ihrer Krankheit bewältigen. Ein ziemlich schwieriges, aber mir vertrautes Thema. Von Oktober 2014 bis September 2015 absolvierte ich ein einjähriges Praktikum im Bezirkskrankenhaus Bayreuth, um die Theorie in die Praxis umzusetzen. Im Oktober 2015 begann ich in Dresden mit der Fortsetzung meines Studiums, um den Master zu erreichen. Mein Fernziel ist, mich irgendwann selbstständig zu machen und eine ambulante Praxis für Neuropsychologie zu führen. Aber jetzt ist erst einmal Aufklärung über Inklusion angesagt!

Ist die mangelhafte Inklusion eine Folge fehlenden Wissens oder mehr fehlenden Willens?

Von beidem. Der politische Einfluss der Lobbygruppen ist im Ungleichgewicht. Die Pharmakonzerne haben z.B. sehr viel Einfluss, die Menschen mit Behinderung dagegen wenig. Es mangelt an Beratungsstellen und -zentren, an qualifizierten Menschen, die sich mit Behindertenpolitik auskennen, an

Weiterbildungen im Inklusionsbereich und an vielem mehr. Zudem wollen sich nur die wenigsten Menschen mit Krankheit und Sterben auseinandersetzen. Ich will nicht

also in der deutschen Gesellschaft immer wichtiger.

Sind alle Behinderten gleich schlecht inkludiert? Oder gibt es besser und schlechter Inkludierte?

„Behinderte Menschen gehen mit ihrer Behinderung verschieden um. Viele ziehen sich zurück, isolieren sich und resignieren.“

sagen, dass das mangelnde Wille ist, sondern eher eine gewisse Verdrängung. Und das Resultat ist dann das fehlende Wissen. Wenn wir alle aufeinander ein kleines Stückchen zugehen, kann diese Wissenslücke geschlossen werden. Die meisten Kenntnisse werden wie meistens in der Praxis gewonnen – nicht in der Theorie.

Wo besteht der größte Handlungsbedarf?

Überall. Vor allem in der Politik ist der Geist der UN-Behindertenrechtskonvention in großen Teilen noch nicht angekommen. Deutschland hat zwar die Konvention unterzeichnet, doch die Umsetzung fehlt. Die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen sind im Sozialrecht bisher unzureichend etabliert. Es mangelt an Verständnis für die Forderung nach mehr Selbstbestimmung und gleichberechtigter Teilhabe. Die Struktur muss sich wandeln! Rechtliche und administrative Hindernisse müssen abgebaut werden! Die Rechte müssen besser vermittelt werden! Die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben muss zugänglicher gemacht und ausgeweitet werden! Die Zahl der Menschen mit altersbedingten Behinderungen nimmt ja durch den demografischen Wandel immer mehr zu. Zudem steigt die Zahl chronischer Erkrankungen. Das Thema „Behinderung“ wird

Das ist unterschiedlich. Körperlich Erkrankte sind oft besser inkludiert als psychisch Erkrankte. In einen Rollstuhlfahrer können sich die Leute besser einfühlend als in einen Suchtkranken oder Schizophrenen. Voreingenommenheit verhindert die Inklusion. Ich kenne Menschen mit Einschränkungen, die sich vollkommen zurückziehen: einen Sprachgestörten, der nicht mehr aus dem Haus geht, weil er für betrunken gehalten wird. Einen Schädel-Hirn-Verletzten, der motorisch vollkommen gesund ist, dessen Konzentrationsvermögen aber stark eingeschränkt ist. Es kommt auch auf den Wohnort an: In Großstädten ist Behinderung viel norma-

„Es braucht Offenheit, Mut und Selbstbewusstsein, um einige Schritte aufeinander zuzugehen. Dazu will ich beitragen.“

ler als in ländlichen Gebieten – und Barrierefreiheit ebenso. Behinderte Menschen gehen mit ihrer Behinderung auch verschieden um. Viele ziehen sich zurück, isolieren sich und resignieren. Teilweise betrachten sie ihre Behinderung primär als Verlust ihrer Leistungsfähigkeit, aus der sie ihr Selbstwertgefühl gespeist haben. Bei Nichtbetroffenen entsteht oft Mitleid oder Scham. Es braucht Offenheit, Mut



Foto: Jeroen van den Broek/shutterstock.com

und Selbstbewusstsein, um einige Schritte aufeinander zuzugehen. Dazu will ich beitragen. Auch wenn ich bei einigen Menschen abprallen werde, ein paar überzeuge ich den-

noch. Erich Fromm sagte einmal: „Wenn das Leben keine Vision hat, nach der man strebt, nach der man sich sehnt, die man verwirklichen möchte, dann gibt es kein Motiv, sich anzustrengen.“ Und Mahatma Gandhi: „Wir selbst müssen die Veränderung sein, die wir in der Welt sehen wollen.“ Also, lasst uns anfangen!

Frau Fraas, herzlichen Dank für das interessante Gespräch!



Foto: Günther Hartmann

Vorbildlich: Beim Münchner Open-Air-Festival „Oben ohne“ wurden die Texte aller Songs von einer Gebärdendolmetscherin für Gehörlose kommuniziert – was auch oft wesentlich faszinierender war als die Bühnenshow mancher Band.

Inklusionsprojekt

Nicht ganz normale Stadtführungen

Stadtführer zu sein, ist eine anspruchsvolle Tätigkeit. Da muss man sehr viel wissen. So etwas schaffen Menschen mit Behinderung nicht! Was, wenn doch? In Heidelberg gibt es seit 2011 die „Stadtführungen in Leichter Sprache“. Hier wagen Menschen unbekannte Wege und entdecken neues Land. Sie stoßen auch auf Barrieren, lassen sich davon aber nicht entmutigen.

von Jan Altnickel

Meine Damen und Herren, ich darf Sie herzlich zu unserer Stadtführung begrüßen. Mein Name ist Willi Jakob und das ist mein Kollege Andreas Sand. Wir zeigen Ihnen heute die schöne Altstadt von Heidelberg.“ Gesagt, getan: Die beiden Stadtführer erklären ihren Gästen ausgewählte Sehenswürdigkeiten in der Heidelberger Altstadt. Ausgehend von der Alten Brücke verläuft die Route über die Heiliggeistkirche, das Haus zum Ritter, den Universitätsplatz und verschiedene andere Stationen bis hin zur St. Peterskirche. Hier werden die Gäste verabschiedet und man wünscht sich einen guten Heimweg.

Klingt alles nach einer normalen Stadtführung, alltägliche Routine in der anziehenden Stadt am Neckar. Und wenn alles normal erscheint, dann ist das gewiss ein gutes Zeichen. Denn es soll normal sein, dass auch Menschen mit Behinderung vor einer Gästegruppe ihre Heimat- und Lieblingsstadt vorstellen können.

Doch normal ist hier längst (noch) nicht alles. Die Stadtführer der „Heidelberger Stadtführungen in Leichter Sprache“ arbeiten,

wenn sie gerade keine Gäste durch die Stadt führen, wegen ihrer Beeinträchtigungen größtenteils in den Heidelberger Werkstätten der Lebenshilfe Heidelberg e.V. und gehen dort einfachen Tätigkeiten nach. Eine Stadtführung zu machen, ist in diesem Kontext etwas Besonderes: Die Menschen erleben Abwechslung, sehen sich neuen Herausforderungen gegenüber, erfahren Selbstwirksamkeit – z.B. durch die Vermittlung von Informationen und das „Führen“ anderer Menschen durch die Stadt – und können nicht zuletzt eigenen Interessen nachgehen. Sie nehmen mit der Tätigkeit als Stadtführer eine aktive, anerkannte Rolle in der Gesellschaft ein, zeigen sich mit ihren Fähigkeiten und erfahren in dieser Hinsicht gesellschaftliche Normalität.

Motto: "Herausfordern ohne zu überfordern"

Das Ansetzen bei den Stärken und Ressourcen der Menschen hat für die „Heidelberger Stadtführungen in Leichter Sprache“ oberste Priorität. Es wird nicht erwartet, dass ein Stadtführer die Inhalte zu allen Stationen einer Tour fehlerfrei und komplett wiedergeben kann. Viel-

mehr achten die Fortbilder und Betreuer der Stadtführungen darauf, dass jeder das ihm Mögliche leisten kann und sich gegebenenfalls zwei oder drei Gästeführer die verschiedenen Stationen aufteilen. „Herausfordern, ohne zu überfordern“, ist hierbei ein bedeutender Grundsatz. In wöchentlich stattfindenden Trainings werden die (aktuell) vier Männer und eine Frau kontinuierlich fortgebildet und auf ihre Einsätze vorbereitet. Diese regelmäßige Begleitung übernehmen Mitarbeiter der Offenen Hilfen der Lebenshilfe Heidelberg e.V. in Zusammenarbeit mit den Heidelberger Werkstätten der gleichen Organisation.

Diese Einrichtungen trugen maßgeblich dazu bei, dass aus dem in einer Abschlussarbeit am Sonderpädagogischen Institut der Pädagogischen Hochschule Heidelberg konzipierten Projekt eine dauerhafte kulturelle und vor allem auch inklusive Bereicherung der Stadt Heidelberg wurde. Der inklusive Ansatz spielte in dem Projekt von Anfang an eine zentrale Rolle: Menschen mit Behinderung sollten genauso die Möglichkeit haben, als Stadtführer zu arbeiten, wie Menschen ohne.



Fotos: Jan Altnickel

Nun gibt es aber für die Ausbildung von Gästeführern allgemein verbindliche DIN-Standards, welche Menschen mit einer (geistigen) Behinderung praktisch ausschließen, da die finanziellen Forderungen und Leistungsanforderungen von ihnen nicht erfüllt werden können. So war der dem Heidelberger Projekt grundlegende Gedanke, ein Ausbildungs- und Fortbildungskonzept zu entwickeln, welches ein einfacheres Lernen und Arbeiten

als Stadtführer ermöglichen sollte. Gleichzeitig mussten wichtige Fragen wie die Verdienstmöglichkeiten, die Trägerschaft sowie die Organisation und Abwicklung der Stadtführungen geklärt werden.

Bisher nur Trinkgeld als finanzielle Anerkennung

Als Träger und Organisator boten sich die Offenen Hilfen an, während die Heidelberger Werkstätten ihre Mitarbeiter für die Stadtführungen

freistellen und Räumlichkeiten für die regelmäßigen Fortbildungen bieten. Diese gelungene Kooperation stellte sich als wichtige Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung des Projekts heraus.

Die Frage der Verdienstmöglichkeiten der Stadtführer konnte und kann dagegen nur unzureichend geklärt werden: Als Bezieher staatlicher Leistungen, die häufig ergänzend zum geringfügigen Werkstattlohn gezahlt werden, finden sich Menschen mit Behinderung nicht selten in komplizierten finanziellen Umständen wieder. Unter diesen Umständen war die Schaffung einer einheitlichen Zuverdienstmöglichkeit für die Stadtführer leider nicht möglich. Es musste also nach einer alternativen Würdigung der Arbeit gesucht werden.

Die praktikabelste Lösung war der Hinweis an die Gäste, dass ein Trinkgeld gegeben werden kann. Auch wenn das nicht viel ist, freuen sich die Stadtführer über jegliche Anerkennung und Wertschätzung ihrer Arbeit. Es sollte daraus jedoch nicht der Schluss gezogen werden, dass man an den bestehenden Verhältnissen nichts verändern muss, weil die Stadtführer ja zufrieden sind. Vielmehr ist es an den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, die Arbeits- und Zuverdienstmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung zu erweitern und ihnen diese Möglichkeiten bekannt zu machen. Inklusion heißt: offene Türen für jeden – auch für Menschen mit Behinderung.

Symbolische Brücke zwischen zwei Arbeitswelten

Die „Heidelberger Stadtführungen in Leichter Sprache“ ermöglichen Menschen mit Behinderung, auf individuellem Niveau als Stadtführer tätig zu sein. Gut ist, dass die betref-

fenden Menschen damit mehr Möglichkeiten in der Gesellschaft haben. Die aufgedeckten Problemfelder jedoch fordern die Allgemeinheit, insbesondere aber Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft, zum Handeln auf.

Heidelberger Stadtführungen in Leichter Sprache

- Touren: durch die Heidelberger Altstadt
- Gruppengröße: 3 – 15 Personen (größere Gruppen werden geteilt)
- Preis: 70 Euro pro Gruppe
- Dauer: 1,5 Stunden
- Länge der Wegstrecke: 3 km
- Rollstuhlfahrer: Wegstrecke durchgängig barrierefrei
- Gehörlose: Kommunikationsassistenten in deutscher Gebärdensprache möglich

Weitere Infos:
<http://tinyurl.com/nuwo5wv>
 Anmeldung: stadtfuehrung@offene-hilfen-heidelberg.de



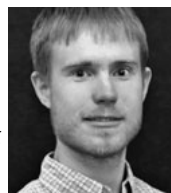
Fotos: Jan Altnickel

Es gibt zwar heute schon mehr Betätigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung außerhalb der Werkstätten als noch vor zehn Jahren, doch lassen sich diese Möglichkeiten bei Weitem nicht mit denen der meisten Akteure auf dem ersten Arbeitsmarkt vergleichen. Die „Heidelberger Stadtführungen in Leichter Sprache“ schlagen eine symbolische Brücke zwischen den zwei Arbeitswelten. Jede Verstärkung dieser Brücke wird dabei ausdrücklich begrüßt – sei es durch konkrete Unterstützung am Heidelberger Projekt oder aber durch ähnlich gelagerte Initiativen und Weiterentwicklungen des Ansatzes. Nicht nur einzelne Menschen – ob mit oder ohne Behinderung – profitieren von solchem Engagement, sondern die Gesellschaft als Ganzes. Denn jede Brücke bringt Men-

schen zusammen und leistet damit einen Beitrag zur Stärkung des Miteinanders.

Willi Jakob, Andreas Sand und ihre Kollegen genießen es, mitten in dieser Gesellschaft ihre Fähigkeiten entdecken und entfalten zu können. Sollte diese Möglichkeit nicht für jeden Menschen normal sein? ■

Jan Altnickel, Jahrgang 1985, studierte Sonderpädagogik und befindet sich derzeit in Ausbildung zum Jugend- und Heimerzieher. Die „Heidelberger Stadtführung in Leichter Sprache“ begleitet er schon seit ihrer Entstehung engagiert. In der ÖDP ist er seit 2010 Mitglied.



jan.altnickel@yahoo.de

Neue Rahmenbedingungen

Eine Chance für uns alle

Meist wird der Begriff „Inklusion“ im Zusammenhang mit der schulischen Inklusion behinderter Kinder verwendet, doch dahinter verbirgt sich ein umfassendes Konzept, das sich an der UN-Behindertenrechtskonvention orientiert und sämtliche Lebensbereiche berührt: Es geht um Menschenrechte und um die gleichberechtigte Teilhabe behinderter und nicht behinderter Menschen.

von Ottmar Miles-Paul

Wer sich mit der Behindertenpolitik intensiver beschäftigt, wird schnell merken, dass Begrifflichkeiten hier eine wichtige Rolle spielen, denn deren Verwendung hat häufig mit dem Blick auf behinderte Menschen und den damit verbundenen, oftmals tief verwurzelten Vorurteilen zu tun. Dies beginnt damit, ob man von „Behinderten“, „behinderten Menschen“ oder „Menschen mit Behinderungen“ spricht. Hier bevorzuge ich den Begriff „behinder-

te Menschen“, was der Slogan der Behindertenbewegung „wir sind nicht behindert, wir werden behindert“ verdeutlicht. Die früheren Begriffe „Krüppel“ oder „Invalide“ vermittelten demgegenüber den Blickwinkel darauf, was behinderte Menschen nicht können, anstatt auf deren Möglichkeiten zu schauen. Seit der Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 13. Dezember 2006 wird in Deutschland nun verstärkt der international schon weit

Barrierefreiheit in sämtlichen Bereichen

verbreitete Begriff der „Inklusion“ statt des bisher häufig verwendeten Begriffs der „Integration“ verwendet. Wer nun denkt, „Prima, dann rede ich statt von Integration jetzt eben von Inklusion“, macht es sich jedoch zu leicht. Dass alter Wein in neuen Schläuchen serviert wird, beobachten viele behinderte Menschen und deren Verbände. Ausgehend vom Begriff der „Exklusion“,

gen, unter denen wir zusammen leben, arbeiten, lernen oder unsere Freizeit verbringen. Wurde es dem rollstuhlnutzenden Kind z.B. beim Leitbild der Integration zwar zugestanden, die gleiche Schule wie die Nachbarkinder zu besuchen, geht es bei der Inklusion auch darum, dass die Rahmenbedingungen von Anfang an so gestaltet werden, dass dieses Kind gleichberechtigt auf gleicher Augenhöhe ohne Barrieren und mit der Unterstützung, die dieses benötigt, teilhaben kann. Barrierefreiheit in sämtlichen Bereichen und breit gedacht bis hin zu Gebärdensprache, einer leichten Sprache und barrierefreien Internetseiten ist dabei ein zentraler Bestandteil.

Es geht aber auch darum, dass behinderte Menschen, die Assistenz und Unterstützung bekommen, die sie brauchen, und auf eine Willkommenskultur stoßen. Denn was nützt es behinderten Menschen, wenn sie z.B. statt in einer Einrichtung für behinderte Menschen in der eigenen Wohnung leben könnten, wenn sie dort nicht die Hilfen bekommen, die sie für die Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben benötigen? Das Konzept der Inklusion geht also weit darüber hinaus, dass Türen für behinderte Menschen in die Gesellschaft geöffnet werden. Vielmehr müssen die Rahmenbe-

dingungen der Inklusion auch darum, dass dieses Kind gleichberechtigt auf gleicher Augenhöhe ohne Barrieren und mit der Unterstützung, die dieses benötigt, teilhaben kann. Barrierefreiheit in sämtlichen Bereichen und breit gedacht bis hin zu Gebärdensprache, einer leichten Sprache und barrierefreien Internetseiten ist dabei ein zentraler Bestandteil. Es geht aber auch darum, dass behinderte Menschen, die Assistenz und Unterstützung bekommen, die sie brauchen, und auf eine Willkommenskultur stoßen. Denn was nützt es behinderten Menschen, wenn sie z.B. statt in einer Einrichtung für behinderte Menschen in der eigenen Wohnung leben könnten, wenn sie dort nicht die Hilfen bekommen, die sie für die Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben benötigen? Das Konzept der Inklusion geht also weit darüber hinaus, dass Türen für behinderte Menschen in die Gesellschaft geöffnet werden. Vielmehr müssen die Rahmenbe-

dingungen der Inklusion auch darum, dass dieses Kind gleichberechtigt auf gleicher Augenhöhe ohne Barrieren und mit der Unterstützung, die dieses benötigt, teilhaben kann. Barrierefreiheit in sämtlichen Bereichen und breit gedacht bis hin zu Gebärdensprache, einer leichten Sprache und barrierefreien Internetseiten ist dabei ein zentraler Bestandteil. Es geht aber auch darum, dass behinderte Menschen, die Assistenz und Unterstützung bekommen, die sie brauchen, und auf eine Willkommenskultur stoßen. Denn was nützt es behinderten Menschen, wenn sie z.B. statt in einer Einrichtung für behinderte Menschen in der eigenen Wohnung leben könnten, wenn sie dort nicht die Hilfen bekommen, die sie für die Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben benötigen? Das Konzept der Inklusion geht also weit darüber hinaus, dass Türen für behinderte Menschen in die Gesellschaft geöffnet werden. Vielmehr müssen die Rahmenbe-

dingungen der Inklusion auch darum, dass dieses Kind gleichberechtigt auf gleicher Augenhöhe ohne Barrieren und mit der Unterstützung, die dieses benötigt, teilhaben kann. Barrierefreiheit in sämtlichen Bereichen und breit gedacht bis hin zu Gebärdensprache, einer leichten Sprache und barrierefreien Internetseiten ist dabei ein zentraler Bestandteil. Es geht aber auch darum, dass behinderte Menschen, die Assistenz und Unterstützung bekommen, die sie brauchen, und auf eine Willkommenskultur stoßen. Denn was nützt es behinderten Menschen, wenn sie z.B. statt in einer Einrichtung für behinderte Menschen in der eigenen Wohnung leben könnten, wenn sie dort nicht die Hilfen bekommen, die sie für die Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben benötigen? Das Konzept der Inklusion geht also weit darüber hinaus, dass Türen für behinderte Menschen in die Gesellschaft geöffnet werden. Vielmehr müssen die Rahmenbe-

dingungen geschaffen werden, dass Teilhabe von Anfang an und gleichberechtigt stattfinden kann und die Menschenrechte behinderter Menschen umfassend geachtet werden. Hierfür haben z.B. die Bundesregierung, fast alle Landesregierungen und eine Reihe von Kommunen erste Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention entwickelt.

Nutzen für nicht behinderte Menschen

Der Kampf für eine inklusive Gesellschaft knüpft also nahtlos an die vielen Aktivitäten von Behindertenverbänden, Parteien, Parlamenten, Beiräten und Behindertenbeauftragten an, die sich für die gleichberechtigte Teilhabe einsetzen. Doch auch für nicht behinderte Menschen bietet das Konzept der Inklusion viele interessante Aspekte, denn es geht darum, dass alle gleichberechtigt am Leben unserer Gesellschaft teilhaben können, ob behindert oder nicht.

■ Barrierefreie Gebäude und Verkehrsmittel nutzen auch Eltern mit Kinderwagen, ältere Menschen oder Menschen mit Beinverletzungen.

■ Eine Schule, welche die Bedürfnisse und das Lerntempo der Schüler achtet und diese individuell fördert, kommt allen Kindern und Jugendlichen zugute.

■ Wohnungen, die so gestaltet sind, dass man nicht ausziehen muss, wenn man plötzlich nicht mehr richtig gehen kann, bieten ein langfristiges Zuhause.

■ Unterstützungsangebote, die zu Hause und an anderen Aufenthaltsorten erbracht werden können, verhindern, dass behinderte und ältere Menschen in sogenannte „Heime“ umziehen müssen.

Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Dies klingt zwar vernünftig und einleuchtend, doch in der Realität sind wir noch weit von der Umsetzung entfernt:

■ Es werden immer noch sogenannte „Heime“, spezielle Werkstätten

für behinderte Menschen und Sonderschulen gebaut und saniert.

■ Diejenigen, die behindert sind oder Einschränkungen erleben, müssen oftmals hart im Dschungel der verschiedenen Zuständigkeiten und für die benötigte Unterstützung kämpfen.

■ Täglich entstehen neue Barrieren, während der Abbau der bestehen-

den nur langsam voranschreitet. So gibt es z.B. viele Geschäfte, die ein bis zwei Stufen vor ihrem Eingang haben, welche leicht durch Rampen überwunden werden könnten.

Deshalb tut sich gerade in Deutschland noch eine starke Kluft zwischen der von vielen Politikerinnen und Politikern in Sonntagsreden propagierten Inklusion und der Lebenswirklichkeit auf. Deshalb ist es gerade so wichtig, dass behinderte Menschen selbst deutlich machen, wo es noch hakt und was konkret getan werden muss. Denn sie erleben die Barrieren und fehlenden Hilfen tagtäglich im Alltag und sind die besten Selbstvertreter für ihre Belange. Der Kampf für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland wird also noch lange währen und fordert uns alle.

UN-Fachausschuss kritisiert Deutschland

Dringenden Handlungsbedarf für den Weg zur Inklusion hat der Fachausschuss für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bei der Anhörung Deutschlands im März 2015 in Genf mit seinen Empfehlungen dem Bund, den Ländern

und damit auch den Kommunen ins Stammbuch geschrieben. Konkrete Übergangspläne zum Abbau von Sondereinrichtungen und für die Inklusion in die regulären Bereiche wie Schule, Arbeit und beim Wohnen stehen dabei ganz oben.

Sei es die Möglichkeit für behinderte Menschen, ihre Hilfen und Assistenz selbst in Form eines persönlichen Budgets zu organisieren. Sei es die gezielte Förderung der Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt statt der Unterbringung in speziellen Werkstätten für behinderte Menschen mit einem beschämenden monatlichen Durchschnittsverdienst von 185 Euro. Oder sei es die Möglichkeit für behinderte Kinder,

Regelungen für eine weitgehend barrierefreie Gestaltung geschaffen wurden. In Schweden wurden die herkömmlichen Behinderteneinrichtungen in den 1990er-Jahren abgeschafft und durch Angebote in kleinen Häusern mit maximal fünf bis sechs Bewohnern bis hin zur Persönlichen Assistenz in der eigenen Wohnung ersetzt. In London sind die Taxis für Rollstuhlnutzer barrierefrei zugänglich und in vielen Ländern findet man wesentlich mehr behinderte Menschen in Parlamenten als hierzulande.

Natürlich gibt es auch viele Länder, die noch schlechter dastehen als Deutschland. Aber gerade deshalb ist es wichtig, dass Deutschland als

Der Kampf für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird noch lange währen und fordert uns alle.

zusammen mit den Kindern in der Nachbarschaft in die gleiche Schule gehen zu können und dort die Unterstützung zu bekommen, die sie brauchen. Deutschland hat noch viel zu tun.

Und nicht zuletzt kritisiert der Fachausschuss, dass die Beteiligung behinderter Menschen an politischen Prozessen zu kurz kommt und die Selbstvertretung behinderter Menschen daher gestärkt werden muss.

Beispiele für gelungene Inklusion

Dass es sich dabei nicht um reines Wunschdenken oder blanke Theorie handelt, zeigen viele gute Beispiele, wie Inklusion gelebt werden kann, in anderen Ländern der Welt. In den USA gibt es z.B. seit den 1970er-Jahren wirksame Antidiskriminierungsgesetze, durch die

führende Industrienation und vergleichsweise sehr reiches Land mit gutem Beispiel bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der Inklusion vorangeht.

Derzeit geplante Gesetzesreformen

Die Bundesregierung hat bei der Anhörung immer wieder darauf verwiesen, dass einige Gesetzesreformen geplant sind, um noch vorhandene Missstände zu beseitigen. Neben der Reform des Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes, die derzeit ansteht und hoffentlich die Regelungen zur Barrierefreiheit und der Selbstvertretung behinderter Menschen stärkt, kommt dem im Koalitionsvertrag versprochenen Bundesteilhabegesetz große Bedeutung zu. Hier hoffen behinderte Menschen und ihre Verbände, endlich eine Abkehr von Exklusion und

ONLINETIPPS

Netzwerk Artikel 3
Für ein gutes Bundesteilhabegesetz
Kampagne
www.teilhabeGesetz.org

Aktion Mensch
Inklusion in 80 Sekunden erklärt
Kurzfilm
<http://tinyurl.com/qdbmmh2>

schlecht gemachter Integration hin zu Regelungen zu erreichen, die die Inklusion fördern.

Nächstes Jahr sind wir wahrscheinlich schlauer, ob diese Versprechungen ernst gemeint sind. Denn im Herbst will das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Gesetzentwurf vorlegen, der dann bis Sommer 2016 vom Bundestag und Bundesrat hoffentlich verabschiedet wird. ■

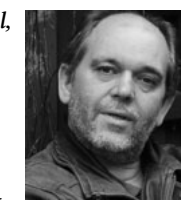
Ottmar Miles-Paul,
Jahrgang 1964,
selbst seh- und
hörbehindert,
engagiert sich seit
über 30 Jahren in
der Behindertenpo-

litik. Als Bundesgeschäftsführer des Behindertenverbands „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland“ (ISL) von 1993 bis 1999, als Landesbehindertenbeauftragter von Rheinland-Pfalz von 2008 bis 2012 und als freiberuflicher Publizist hat er an vielen Reformen mitgewirkt. Derzeit koordiniert er die Kampagne „Für ein gutes Bundesteilhabegesetz“ und für die „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland“ (ISL) ein Projekt zur Schulung, Vernetzung und Unterstützung von Inklusionsbotschaftern.

www.miles-paul.de



Foto: Dieter Schütz/pixelio.de



Neue Schulbuch-Studie

Angestaubte Lehrbuchweisheiten prägen Politik

Die Wissensgesellschaft hat in den letzten Jahrzehnten unsere Produktion und unseren Lebensstils enorm verändert. Nicht alles ist dabei begrüßenswert, doch wer wollte das Rad der Zeit zurückdrehen? Einen Gesellschaftsbereich gibt es allerdings, der sich mit aller Macht gegen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stemmt: die Wirtschaft.

von Patrick Brehm

Wird nicht auch alljährlich ein Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften vergeben? Gibt es denn keinen Erkenntnisgewinn der Ökonomie? Natürlich gibt es den. Doch ungeachtet der Verwertbarkeit hoch abstrakter ökonomischer Modelle und Theorien für die praktische Wirtschaftspolitik, die Damen und Herren Merkel, Gabriel oder Schäuble orientieren sich ohnehin nur an den Leitsätzen, die an deutschen Handels- und Wirtschaftsschulen seit Jahrzehnten von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt jedem Erkenntnisfortschritt widerstehen. Selbst wenn die Wissenschaft Fragen wie den Klimawandel oder Armut in den Blick nimmt, in den Parlamenten und Talkshows der Republik argumentieren auch andere gesellschaftliche Wortführer vorwiegend auf dem Niveau des Wirtschaftsunterrichts Klassenstufe 12. Vorschläge zur Lösung der Euro-Krise werden praktisch 1:1 aus volkswirtschaftlichen Schulbüchern übernommen.

Mit anderen Worten: Mitentscheidend für die politische Praxis ist nicht nur der wissenschaftliche

State-of-the-Art, sondern vor allem dessen Substrat, das den Weg in die schulischen Lehrbücher und darüber in das Vorstellungsvermögen der politischen Öffentlichkeit schafft. Der erfolgreiche Politiker schaut dem Volk „aufs Maul“. Und nur das, was das Wahlvolk versteht, wird in Zeiten der Mediendemokratie umgesetzt.

Neue Studie untersucht neun VWL-Lehrbücher

Wie sieht es mit dem Bekanntheitsgrad nachhaltiger Gesellschaftsentwürfe aus? Da BILD & Co. nicht unbedingt als Volksaufklärer in Fragen der Zukunftsfähigkeit un-

Begrifflichkeiten und Lösungsansätze, die jungen Menschen gestatten, Diskussionen um mögliche Wege zur Nachhaltigkeit mitgestalten bzw. nachverfolgen zu können?

In der eben erschienenen ersten Studie zum Thema wurden neun gängige VWL-Lehrbücher aus Deutschland, Österreich und der Schweiz untersucht. Im Mittelpunkt stand dabei die Analyse von Sachtexten, Illustrationen und Aufgabenapparaten: Kommt die Thematik der Nachhaltigen Entwicklung überhaupt vor? Wie erschöpfend und konsistent werden ökonomische Modelle in Hinblick auf Nachhaltigkeit erweitert?

Vorschläge zur Lösung der Euro-Krise werden praktisch 1:1 aus volkswirtschaftlichen Schulbüchern übernommen.

serer Gesellschaft wirken, stellt sich mit Blick auf eine gesellschaftliche Transformation die Frage: Schafft das die Schule? Konkret: Finden sich z.B. in schulischen Lehrbüchern auch Erläuterungen der entscheidenden Problemstellungen,

Oberflächlich betrachtet ist Nachhaltigkeit als Begriff in den allermeisten volkswirtschaftlichen Lehrwerken angekommen. Dabei lässt sich beobachten, dass es vom Jahr der Erstauflage des Lehrbuchs abhängig ist, wie ausführlich Nach-

haltigkeit beleuchtet wird. Viele Lehrbücher erscheinen über 10 bis 30 Jahre in immer wieder überarbeiteten Auflagen. Gerade die älteren tun sich jedoch schwer, die neue themenübergreifende Thematik in die bestehende Struktur einzuarbeiten. Dort werden dann in der Regel neue Kapitel zum „Brundtland-Bericht“ oder den „Limits to Growth“ eingefügt. Auf den übrigen Lehrbuchseiten sucht man Bezüge zur Nachhaltigkeitsdebatte jedoch vergebens.

Dennoch ist es nicht so, dass Lehrbuchneuerscheinungen hier entscheidende Vorteile hätten: Auch wenn der Nachhaltigkeitsdiskussion dort zumeist mehr Raum eingeräumt wird, die Darstellung erfolgt in höchstem Maße inkonsistent mit



Foto: Patrick Brehm

Diese regen Lernende zu diesbezüglichen Internet-Recherchen an. Leider bieten Lehrbücher in der Regel keine systematisierten Grundlagen,

Der Politiker schaut dem Volk „aufs Maul“. Und nur das, was das Wahlvolk versteht, wird in der Mediendemokratie umgesetzt.

der traditionellen Lehrbuchökonomie. Und so darf es nicht verwundern, dass in der politischen Fernsehrunde ausschließlich Vertreter entweder der angebots- oder der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik zu Worte kommen. In kaum einem Lehrwerk finden etwa die „Ökosteuer“ oder die Finanztransaktionssteuer überhaupt nur Erwähnung.

Eklatanter Mangel an Mut und Innovationskraft

Schulverlagen und Lehrbuchverfassern fehlt eindeutig der Mut, Elemente einer progressiven, nachhaltigen Wirtschaftstheorie in ihre Systematik aufzunehmen. Dass ihnen der Mangel durchaus bewusst ist, zeigen des Öfteren Arbeitsaufträge in den Aufgabenapparaten:

daher dürfte der Erfolg solcher Übungen bescheiden ausfallen.

Was hingegen einmal im Schulbuch steht, reproduziert sich dort über Jahrzehnte ungestört weiter: Wenn neue Lehrpläne geschrieben werden, orientieren sich deren Verfasser stark an der bestehenden Lehrbuchsystematik. Und Schulbuchverlage wiederum versuchen mit ihren Publikationen, möglichst exakt den Lehrplanvorgaben zu entsprechen – einmal verlegt, bringen die Autoren dann Jahr für Jahr minimal veränderte Neuauflagen heraus, denen es zunehmend an Innovationskraft mangelt.

Da auch aus dem Bereich der akademischen Wirtschaftswissenschaft ökonomische Grundlagemodelle kaum hinterfragt werden, fehlen Impulse, die die schulische

Wirtschaftspädagogik positiv beeinflussen könnten. So bleibt zukunftsgerichteter Erkenntnisfortschritt auf der Strecke. Das beste Beispiel für eine solche curriculare „Endlosschleife“ ist das Modell des „Magischen Vierecks“ des Stabilitätsgesetzes von 1967(!), das bis heute in jedem bundesdeutschen VWL-Lehrbuch seinen zentralen Platz hat, obwohl es in der politischen Praxis schon lange keine Rolle mehr spielt – und z.B. im untersuchten österreichischen Lehrbuch auch unbekannt ist.

Nur zaghafte Kritik an bestehenden Modellen

Es ist nicht so, dass Lehrbuchautoren nicht bemüht sind, Anschluss an aktuelle gesellschaftliche Debatten zu halten. Das Thema der Globalisierung wird bereits ausgesprochen ausführlich in volkswirtschaftlichen Schulbüchern abgehandelt. Allerdings dominiert auch hier die Darstellung der Probleme, zu deren Lösung nur sehr dürftige Vorschläge gemacht werden. Da an volkswirtschaftlicher Schulbuchliteratur ausschließlich Volkswirte und Wirtschaftspädagogen mitwirken, mag es menschlich nach-

vollziehbar sein, dass die in den letzten Jahren in kritischen Medien geäußerte Grundsatzkritik an Mainstreamökonomien von diesen nicht immer nur sachlich verarbeitet wird.

Manche Lehrbuchautoren scheinen Sachkritik derart persönlich zu nehmen, dass sie teils in einen beleidigten Unterton verfallen oder Grundsatzkritik am Wachstumsparadigma als „überzogen“ und höchstens „in 100 Jahren relevant“ verwerfen, um ihre traditionelle Lehrbuchdarstellung nicht infrage stellen zu müssen. Speziell das Paradigma der Nachhaltigkeit beinhaltet ja implizit eine Anklage an die bestehenden Modelle, nicht zukunftstauglich zu sein. Daher verwundert es nicht, dass auch Schulbuchauto-

rentlich bereitwilliger eingestehen, entsteht der Eindruck „pharmazeutischer Beipackzettel“, die im weiteren Verlauf der Lehrbuchdar-

In kaum einem Lehrwerk finden etwa die „Ökosteuer“ oder die Finanztransaktionssteuer überhaupt nur Erwähnung.

ren mit traditioneller akademischer Ausbildung mitunter nur zögerlich für Innovationen bereit sind.

Obwohl sie die Grenzen ökonomischer Modelle heutzutage we-

stellung nicht mehr aufgegriffen werden. Den Homo Oeconomicus als fragwürdig zu kritisieren, gehört inzwischen zum guten Ton einer vermeintlich aufgeklärten Lehrbuchdidaktik. Dass die neoklassischen Marktmodelle der späteren Kapitel letzten Endes doch wieder den rationalen Modellmenschen adeln, wird geflissentlich übersehen. An keinem untersuchten Lehrbuch haben Nachhaltigkeitswissen-

schaftler mitgearbeitet. Als Resultat herrscht absolute Fehlanzeige an einschlägiger Fachterminologie wie Ressourcenproduktivität, Ökoeffi-

zienz, Kreislaufwirtschaft, Postwachstumsökonomie oder Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum. Diese für die nachhaltige Gesellschaft so elementaren Begriffe und Diskussionen finden in volkswirtschaftlichen Schulbüchern schlicht nicht statt. Darum bleibt es in Kapiteln zur Nachhaltigkeit bei der Problembeschreibung. Sie lässt junge Lernende bei der Frage, wie offenkundige Widersprüche zwischen den ökologischen Wachstumsgrenzen und das Ziel des Wirtschaftswachstums zur Beschäftigungssicherung gelöst werden sollen, ratlos zurück.

Wirtschaftswachstum bleibt zentrales Dogma

Am deutlichsten wird dies am Beispiel der Konjunkturpolitik. Noch immer stellt dieses Thema das Herz

Was einmal im Schulbuch steht, reproduziert sich dort über Jahrzehnte ungestört weiter.

der wirtschaftspolitischen Lehrbuchdarstellung dar und bereitet damit den Boden für politische Debatten, die sich fast ausschließ-

lich um die Steigerung von Wachstums-kennziffern im Dezimalbereich drehen, obwohl jeder klar denkende Mensch erkennt, dass dieses Ziel auf mittlere Sicht in die ökologische, soziale und kulturelle Erschöpfung führen muss. Selbst wenn im Lehrbuch an anderer Stelle Wachstums-kritik geübt wurde, im Zusammen-hang mit Konjunkturtheorien wird wie selbstverständlich vom Normalfall des steigenden Bruttoinlandsprodukts ausgegangen und das Ausbleiben desselben undifferenziert als Wirtschaftskrise bezeichnet, die durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen zu überwinden sei. Hier zeigt sich, dass es mit kosmetischen Korrekturen an bestehenden Lehrplänen nicht getan ist und auch die akademischen Wirtschaftswissenschaften eine klare Kurskorrektur vornehmen müssen.

Doch nicht jede Innovation führt in die richtige Richtung. Im Rahmen der sogenannten „kompetenzorientierten Pädagogik“ wurden Lehrpläne in Nordrhein-Westfalen einer grundlegenden Überarbeitung unterzogen, die sich sofort in eilig erstellten Lehrbüchern niederschlug. Die Ausrichtung am neuen

„Leitfach“ Betriebswirtschaftslehre hat dort dazu geführt, dass Themen wie Umweltpolitik oder eine Gegenüberstellung von Wirtschaftssystemen ersatzlos aus den volkswirtschaftlichen Lehrplänen gestrichen

planüberarbeitung voran. Andere Bundesländer hängen hier jedoch oftmals Jahre zurück.

Leider ist auch ökologisch denkenden Politikern nicht immer klar, wie wichtig Bildung für nachhalti-

Im Rahmen einer „kompetenzorientierten Pädagogik“ wurden Themen wie Umweltpolitik oder eine Gegenüberstellung von Wirtschaftssystemen aus den Lehrplänen gestrichen.

worden sind. Wie den hehren Nachhaltigkeitszielen im Lehrplanvortrag dann Genüge getan werden soll, bleibt ein Rätsel.

Schweiz und Baden-Württemberg als Vorreiter

Dass es anders geht, zeigt die Schweiz, wo der neue Lehrplan21 für die deutschsprachigen Kantone zum ersten Mal minutiöse Vorgaben macht, an welchen Stellen des Lehrplans das Thema Nachhaltigkeit explizit beachtet werden muss. In Deutschland hat sich nun Baden-Württemberg auf einen ähnlichen Weg gemacht und treibt die Lehr-

ge Entwicklung ist – vor allem in der Wirtschaftspädagogik. Dass sich nachhaltigkeitsorientierte Wirtschaftspolitik in der Öffentlichkeit schwer tut, Mehrheiten zu finden, hat auch mit ihrer kompletten Vernachlässigung in deutschsprachigen Lehrbüchern zu tun. Zwar wurden Ökosteuern oder Emissionslizenzen schon einmal aus der Wissenschaft direkt in die politische Praxis übertragen. Aber kaum ein Bürger versteht, was es damit auf sich hat, weil der schulische Ökonomieunterricht praktisch nicht darauf eingeht. Politik über die Köpfe der Menschen hinweg ist in der Demokratie aber zum Scheitern verurteilt. ■

ONLINETIPPS

Patrick Brehm

Didaktische Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung in aktuellen VWL-Lehrbüchern in der schulischen Bildung

Studie im Auftrag der Lokalen Agenda 21 der Landeshauptstadt Düsseldorf
Oktober 2015

ca. 230 Seiten, kostenfrei

www.vwl-nachhaltig.de/home/schulbuchstudie

„Die Wirtschaft ist ein Kreislauf...“



... und die Erde ist eine Scheibe.

Grafik: Patrick Brehm

Im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) e.V.

„BiWiNa – Initiative zur Förderung der Wirtschaftskompetenz im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung e. V.“ ging aus der Projektgruppe „Wirtschaftskompetenz“ im „Forum Aktion Zukunft Lernen“ hervor, das von Nordrhein-Westfalen für die UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (2005–2014) initiiert wurde: www.biwina.de

Patrick Brehm, Jahrgang 1970, ist Berufsschullehrer für Wirtschaftswissenschaften und Englisch. Seit vielen Jahren befasst er sich mit Nachhaltigkeit in diversen Umweltgruppen, globalisierungskritischen Netzwerken, Fortbildungen zu alternativer Ökonomie sowie in Bildungsprojekten zur nachhaltigen Entwicklung. Von 1997 bis 1999 war er Beisitzer im ÖDP-Bundesvorstand.

www.vwl-nachhaltig.de

Schule und Unterricht

„Bildung ist mehr als Kompetenztraining“

Neue Konzepte verändern unser Bildungswesen. Sie drohen, das Bildungsniveau zu senken, pädagogische Ziele zu unterlaufen und Schüler in ihrer Entwicklung zu mündigen Staatsbürgern zu behindern. Trotz wachsender Kritik werden sie bildungspolitisch durchgesetzt, werden Lehrpläne und Schulbücher entsprechend umgeschrieben und Lehrer daraufhin ausgebildet.

Interview mit Prof. Dr. Jochen Krautz

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Krautz, wohin steuert unser Bildungswesen?

Prof. Dr. Jochen Krautz: Besser wäre zu fragen, wohin es gesteuert wird. Die Schule der Zukunft soll nach den Vorstellungen machtvoll

also nicht kritisch zu hinterfragen, sondern „flexibel“ und „kreativ“ darauf zu reagieren. Die Reformmaßnahmen der letzten Jahre hängen damit zusammen, wenn dieser Zusammenhang auch oft nicht di-



Prof. Dr. Jochen Krautz, Jahrgang 1966, studierte Kunst, Latein und Erziehungswissenschaften. Während seiner Tätigkeit als Gymnasiallehrer promovierte er in Kunstpädagogik und schlug anschließend eine akademische Laufbahn ein. Von 2008 bis 2013 war er Professor für Kunstpädagogik und Kunstdidaktik an der Alanus-Hochschule in Alfter bei Bonn, seit 2013 ist er Professor für Kunstpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal, zudem seit 2010 Beiratsmitglied in der Gesellschaft für Bildung und Wissen.

tinyurl.com/neyau3w

„Bildung darf sich nicht auf ein reines Funktionieren in Wirtschaft und Gesellschaft reduzieren lassen.“

ler Akteure zu einer Art Dienstleistungsorganisation werden, die keine soziale Einrichtung mehr ist. Internationale Akteure, Lobbygruppen wie die Bertelsmann Stiftung treiben diesen Umbau nach ökonomistischen Prinzipien voran, die in der Bildung nichts verloren haben. Man schreibt Konzepte und konzipiert die Durchsetzungsstrategien, mit der vermeintliche „Lösungen“ an den Bürgern vorbei politisch umgesetzt werden.

Was sind das für Forderungen?

Aus dem ökonomischen Globalisierungsprozess wird abgeleitet, dass sich unser Bildungswesen auf die daraus vermeintlich resultierenden Anforderungen einzustellen habe. Bildung müsse befähigen, sich dieser Entwicklung anzupassen,

rekt einsichtig ist: Englisch schon im Kindergarten, individuelle Förderung, selbstgesteuertes Lernen, Lehrer als „Coaches“, Kompetenzorientierung, mehr Wettbewerb und Effizienz, Qualitätsmanagement und Evaluationen, zentrale Tests und Abschlüsse, PISA-Studien, Entrümpelung der Lehrpläne, Verkürzung der Schulzeit, Notebook oder Tablet für jeden Schüler.

Was ist daran falsch?

All diese Maßnahmen führen faktisch zu einem schleichend veränderten Bildungsverständnis. Immer weniger wird darüber nachgedacht, worum es bei der Bildung eigentlich gehen sollte. Bildung ist mehr als „Kompetenztraining“, bedeutet Persönlichkeitsentwicklung im Rahmen eines klaren Wer-

tehorizonts. Dies ist auch in den meisten Landesverfassungen ausdrücklich so formuliert. Da ist oft von Ehrfurcht vor Gott, christlicher Nächstenliebe, Brüderlichkeit, Friedensliebe, Heimatliebe, politischer Verantwortung und demokratischer Gesinnung die Rede. Bil-

früh deutlich gemacht, dass Schulen und Universitäten eine Art Produktionsstätten für solches Humankapital sein sollten, die die Aufgabe haben, junge Menschen von Kultur und Traditionen abzukoppeln, also zu entwurzeln, um sie steuerbar zu machen, sie für den neo-

„Da sich die Qualität wirklicher Bildung nicht so einfach messen lässt, rückt ein neuer Begriff in den Mittelpunkt: die Kompetenz.“

dung darf sich nicht auf ein reines Funktionieren in einer Wirtschaft und Gesellschaft reduzieren lassen, die der Mensch nicht mehr selbst bestimmt, sondern muss sich an einem humanistischen, einem personalen Menschenbild orientieren. Bildung dient der Menschwerdung des Menschen. Heute jedoch wird sie mit einem System von Schlagworten begründet und ausgestattet, die alle nicht der Pädagogik, sondern der Wirtschaftswissenschaft und den Managementlehren entstammen, oft verkleistert mit einer oberflächlichen reformpädagogischen Romantik. Diese werden in der Öffentlichkeit mit enormer Vehemenz und Penetranz wiederholt, um den Eindruck zu erwecken, eine an ökonomischen Prämissen orientierte „Bildungsreform“ sei unabänderlich.

Wie sieht so eine ökonomisierte Bildung aus?

Ausgehend von der Annahme, dass wir uns in einem Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft befinden, wird Wissen als die entscheidende Ressource für Wirtschaftswachstum angesehen und der Mensch gilt dabei als „Humankapital“, in das investiert werden muss. Die für die PISA-Tests verantwortliche OECD hat schon

liberalen „Fortschritt“ zu öffnen. Der Bildungsprozess erschöpft sich deshalb in formulierten Ergebniserwartungen und deren Überprüfung. Relevant ist nur, was getestet werden kann. Qualität bedeutet dabei Effizienz: eine günstige Kosten-Nutzen-Relation. Da sich die Qualität wirklicher Bildung nicht so einfach messen lässt, rückt ein neuer Begriff in den Mittelpunkt: die Kompetenz. Kompetenz beschreibt laut OECD eben die Fähigkeit zur Anpassung. Der neoliberale Ökonomismus zielt also in Deutschland weniger auf die Privatisierung von Bildungsinstitutionen, sondern vor allem auf das Umdefinieren von Bildung zur Anpassungsleistung. Und damit ist man bereits bedenklich weit gekommen.

Wie kann sich so ein Konzept durchsetzen?

Indem man dezidierte Mechanismen der Propaganda anwendet. Eine Schlüsselrolle hat etwa die PISA-Studie der OECD gespielt. Sie inszeniert eine Scheinwirklichkeit: Auf ihre angeblich „objektiven“ Messdaten reagieren seitdem Medien, Politiker und Wissenschaftler. Was PISA eigentlich misst, fragt niemand mehr. Und ob wir wollen, dass seitdem das Bildungswesen den Forderungen der OECD gemäß

ONLINETIPPS

Jochen Krautz
Kompetenzen machen unmündig
Streitschriften zur Bildung, Heft 1, 24.06.2015
<http://tinyurl.com/qefaqwm>

Jochen Krautz
Bildungsreform und Propaganda
Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik, Sonderheft, 2013
<http://phvn.de/images/krautz.pdf>

Interview mit Jochen Krautz
Kompetent aber denkfaul?
Südtiroler Wirtschaftszeitung, 12.06.2015
<http://tinyurl.com/ntr4hrz>

Silja Graupe,
Jochen Krautz
Die Macht der Messung
Coincidentia, 06.05.2014
<http://tinyurl.com/njtwkbb>

Interview mit Jochen Krautz
Neue Rhetorik macht Bildungsreform-Versprechen nicht besser
Telepolis, 05.10.2013
www.heise.de/tp/artikel/40/40010/1.html

Matthias Burchardt,
Jochen Krautz
„Neue Lernkultur“ im Musterlände
FAZ, 10.05.2013
<http://tinyurl.com/o3jrkd7>

Jochen Krautz
Die sanfte Steuerung der Bildung
FAZ, 29.09.2011
<http://tinyurl.com/nbc8nqa>

umgebaut wird, gerät auch aus dem Blick. Die OECD nimmt also eine normative Setzung vor und stülpt sie den nationalen Bildungswesen über: Sie definiert nun, was Bildung ist. Das ist ein klarer Fall von Kompetenzmaßung. Und weil die OECD selbst sehr genau weiß, dass sie eigentlich keine legitimen Einflussmöglichkeiten auf nationale Bildungspolitik hat, arbeitet sie

verweigerer und rückständig. Mit wohlklingenden Totschlagvokabeln wie „selbstgesteuertes Lernen“ wird etwa der Klassenunterricht aufgelöst und jeder Schüler soll nun alleine seine Arbeitsblätter abarbeiten. Angesichts solcher reformpädagogisch verkleisterten Semantik fällt vielen Pädagogen der Widerspruch schwer: Wer ist schon gegen Selbstständigkeit? Aber Selbstständigkeit

„Nur über Beziehung ist
Erziehung möglich. Freiheit entsteht aus
Bindung, nicht aus Alleinlassen.“

mit der „Naming-and-shaming-Technik“: Sie stellt „PISA-Verlierer“ an den medialen Pranger und lobt „PISA-Gewinner“. So übt sie starken Druck auf eigentlich souveräne Staaten aus. Und tatsächlich sorgte der „PISA-Schock“ für ein reflexives Vakuum, in dem man sich bereitwillig nach dem von der OECD propagierten Bildungskonzept richtete, um die „Schmach“ wettzumachen. So unterläuft die OECD nationale Verfassungen und nationale Lehrpläne. Sie setzt ein Menschenbild und einen Bildungsbegriff durch, der weit entfernt ist von dem, was demokratisch legitimierter Konsens ist. Die Politik und die Medien unterstützten die pseudowissenschaftliche Propaganda, indem sie eine wahre PISA-Hysterie schürten.

Wie aber setzt sich dies bis auf die Ebene der einzelnen Schulen durch?

Viele Ministerien setzen inzwischen dezidierte Manipulationstechniken ein, die man heute „Change Management“ nennt. So werden ganze Lehrerkollegien und Schulen auf das neue Denken und Handeln eingespart: Wer nicht mitmachen will, gilt als Reform-

entsteht eben nicht dadurch, dass ich Schüler vereinzele, sondern im gemeinsamen Denken und Diskutieren. Lernen, Bildung ist immer ein interpersonaler Prozess. Jetzt werden eben „Kompetenzen“ trainiert, also Fähigkeiten und Fertigkeiten, um Aufgaben zu lösen, gleichgültig welche. Das Soziale und die Fähigkeit zur zwischenmenschlichen Begegnung beschränken sich auf eingebaute Kommunikationsregeln. „Classroom Management“ nennt man das heute. „Soziale Kompetenz“ ist dann die Fähigkeit, mit solchen menschlich unbefriedigenden Situationen zurechtzukommen, sich anzupassen an das, was ist.

Wo liegt der Unterschied zur traditionellen Bildung?

Die Idee von Bildung war immer an Inhalte gebunden, die in der personalen Vermittlung durch einen Lehrer persönlichkeitswirksam werden können. Kompetenzen sind reine Funktionsfähigkeiten, die wertneutral sind. Lesekompetenzen kann ich am „Faust“ oder an der Betriebsanleitung eines MP3-Players erwerben. Mit sozialer Kompetenz kann ich auch eine Mafiabande

führen. Betriebsanleitungen haben aber nicht den gleichen Bildungswert wie die Klassiker der Weltliteratur, weshalb letztere auf dem Lehrplan standen, erstere nicht. Nach PISA sollen Schüler nun aber nicht mehr lernen, nach dem Sinn des Lernens zu fragen, sondern nur noch Aufgaben lösen. Es geht um Anpassungsleistungen. Ziele eines humanistischen Bildungskonzepts sind dagegen Mitmenschlichkeit, Vernunftfähigkeit, ein kritisch-reflexiver Weltbezug, moralische und intellektuelle Reife.

Sorgen die neuen Methoden wenigstens für leistungsfähigere Arbeitnehmer?

Nein, im Gegenteil. Die Klagen aus der Wirtschaft über den mangelnden Wissensstand und die fehlende Ausbildungsreife nehmen ja zu. Es gibt keine empirischen Nachweise, dass die neuen Methoden irgendwie von Nutzen sind. Standardbasierte Tests und Kompetenzorientierung führen mittels eines zunehmenden „Teaching-to-the-Test“ immer mehr weg vom verstehenden Lernen und sorgen so für einen Bildungsabbau. Das kennt man aus den USA schon seit Langem, will es aber bei uns nicht wahrhaben.

Wie stehen die heutigen Lehrer dazu?

Auf das ökonomistische Manager-Kauderwelsch reagierten sie skeptisch – und der wurde dann auch zurückgefahren. Begriffe wie „Humankapital“, „Output-Orientierung“ und „Qualitätsmanagement“ sind heute kaum noch üblich. Stattdessen trifft man nun auf kinderfreundlich klingende Reformeuphorie und Begriffe wie „selbstgesteuertes Lernen“, „Selbstorganisation“, „offener Unterricht“, „Lernlandschaften“, „gehirngerechtes Lernen“ und „Potenzialentfal-

tung“. Das klingt positiv und für sich fortschrittlich verstehende Pädagogen verführerisch. Gerade diese laufen Gefahr, die negative Entwicklung voranzutreiben. Darum ist etwa die „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) seit Langem ganz vorne mit dabei.

Was ist an diesen neuen Unterrichtsmethoden problematisch?

„Selbstgesteuertes Lernen“ klingt nach Selbstständigkeit, nach Mündigkeit, Kritikfähigkeit, Verantwortlichkeit – alles durchaus positive Ziele. Fragwürdig ist aber der vorgeschlagene Weg zum Erreichen dieser Ziele: In großraumbüroähnlichen „Lernateliers“ arbeiten die Schüler ihre Arbeitsblätter nach Wochenplänen ab. Es gibt für jeden einen PC und täglich einen „Input“ vom „Lerncoach“. Der ist ein „Lernbegleiter“ und übt keinen „Frontalunterricht“ mehr aus. Doch das führt weniger zu wirklicher Selbstständigkeit, sondern vielmehr zu Verwahrlosung und modernisierter Selbststeuerung. Selbststeuerung ist aber so ziemlich das Gegenteil von Selbstständigkeit, denn die Schüler arbeiten weiterhin nach von außen gesetzten Vorgaben.

„Wenn man Bindungen auflöst und Menschen
vereinzelt, macht man sie beherrschbar.“

Sie bewerten sich nun aber selbst, indem sie ihre „Kompetenzen“ in Raster eintragen. Herrschaft verschwindet also nicht, sondern wird nur unsichtbar gemacht und von den Schülern internalisiert. Die Parallele zur „Ich-AG“ liegt auf der Hand: Die Schüler sollen moderne „Selbstunternehmer ihrer Bildung“ sein. In so einem Unterricht fehlen aber ein menschliches Gegenüber und ein menschliches Miteinander.

Die Schüler können nicht in persönlicher Beziehung das Argumentieren und Denken üben, lernen nicht das Zuhören und Tolerieren, lernen nicht Verantwortung für die ganze Gemeinschaft zu übernehmen.

Sollten die neuen Unterrichtsmethoden wieder verworfen werden?

Sie helfen nur sehr bedingt, Schüler zu selbstständig denkenden und moralisch handelnden Menschen zu erziehen. Gerade heutige Kinder und Jugendliche bedürfen sehr direkter Anleitung in einer klar strukturierten Lehrer-Schüler-Beziehung. Nur über Beziehung ist Erziehung möglich. Freiheit entsteht aus Bindung, nicht aus Alleinlassen. Schüler brauchen nicht „Moderatoren selbstgesteuerter Lernprozesse“, die sich aus dem Unterrichtsgeschehen weitgehend zurückziehen, sondern Lehrer, die als ganze Menschen den Schülern ein Gegenüber sind. Albert Schweitzer sagte sehr schön: „Wo kein inneres Leben ist, gibt es keine erziehende Kraft.“ Ohne Lehrer-Schüler-Beziehung entstehen äußerlich vor sich hinwerkelnde, aber innerlich fragmentierte und isolierte Individuen. Diktatoren haben

BUCHTIPPS

Jochen Krautz, Jost Schieren (Hrsg.)
Persönlichkeit und Beziehung als Grundlage der Pädagogik
Beltz Juventa, 2013
278 Seiten, 39,95 Euro
978-3-7799-2851-5



Jochen Krautz
Ware Bildung
Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie
Diederichs, 2007
256 Seiten, 19,95 Euro
978-3-7205-3015-6



sei „die Wirtschaft“, die das vorantreibt. Tatsächlich agieren die entsprechenden Akteure auf Grundlage der neoliberalen Ideologie. Die brachte Norbert Blüm einmal auf den Punkt: „Aus einer Marktwirtschaft soll eine Marktgesellschaft werden. Der neue Imperialismus erobert nicht mehr Gebiete, sondern Hirn und Herz der Menschen.“ Es geht also um „Hirn und Herz“ der Kinder und Jugendlichen, darum, sie zu steuerbaren Individuen zu erziehen, die wenig wissen und können, wenig selbstständig denken und handeln, sodass sie politisch und ökonomisch flexibel einsetzbar sind. Leider hat die Real-Wirtschaft noch nicht verstanden, dass sie mit ihren großen Verbänden eben die beschriebenen Konzepte jahrelang selbst propagiert hat. Sie klagt also zu einem guten Teil über Folgen, die sie selbst mit verursacht hat. Es wird Zeit für eine Umkehr.

Herr Prof. Krautz, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

immer schon gewusst: „Divide et impera, solve et coage!“ Wenn man Bindungen auflöst und Menschen vereinzelt, macht man sie beherrschbar. Freiheit ist das Ziel von Bildung, nicht ihr Ausgangspunkt.

Wer hat Interesse an so einer Entwicklung? Braucht die Wirtschaft nicht fähige und kreative Arbeitnehmer?

Das ist die wichtige Frage. Vordergründig könnte man meinen, es

Börsenlogik contra Inhaberkultur

Niedergang des deutschen Mittelstands

Immer wieder wird die Stärke des deutschen Mittelstands gepriesen. Wegen des künstlich niedrigen Eurokurses, des künstlich niedrigen Ölpreises und der künstlich niedrigen Lohnstückkosten geht es ihm gut. Doch die regierende Partei und ihre Vorsitzende führen Unbill im Schilde. Der Mittelstand ist in ihren Händen alles andere als sicher. Warum? Ein Erfahrungsbericht.

von Paul Holmes

Der Autor dieses Artikels hatte das Glück, gute zehn Jahre lang als Angestellter in einem deutschen Traditionskonzern rheinischer Prägung arbeiten zu dürfen. Dieser Konzern wurde um den Jahrtausendwechsel von einem ebenso großen Konzern angelsächsischer Prägung übernommen. In den folgenden Jahren herrschte zunächst Ruhe – vermutlich handelte es sich hier um das VerdauungsniCKERchen –, bevor uns ab dem Jahr 2012 der große interne Umbau anheimfiel. Die interne Umgangskultur wurde konsequent abgebaut und ersetzt – durch nichts! Dieses Schicksal blüht dem gesamten deutschen Mittelstand.

Ludwig Erhards Rheinischer Kapitalismus

Im englischen Sprachraum zirkuliert eine meinungsführende Zeitung marktliberaler Prägung namens „The Economist“. In den 1990er-Jahren, als noch nicht klar war, wer in der westlichen Industrieland die Sagen hat, wettete diese Zeitung regelmäßig gegen „German corporatism“, also gegen den sogenannten „Rheinischen Kapitalismus“. Dieser ist das Ergebnis

einer längeren Geschichte, die wir hier aus Platzgründen nicht vertiefen können – oder auch müssen –, denn ausschlaggebend sind die 1950er-Jahre. In einem aus soziologischer Sicht höchst ungewöhnlichen Industriebiotop – alles liegt

betrieb. Vorbildlich im Bereich Nr. 3 war die Entwicklung und Fortschreibung der Gesetzgebung für Betriebsräte und deren Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Das sind nur ausgeplückte Beispiele, es gäbe sehr viel mehr Positives zum

Die Notwendigkeit einer guten Menschenführung findet im deutschen Mittelstand den stärksten Widerhall.

am Boden! – entstand eine äußerst aufgeklärte Zusammenarbeit zwischen Industrie und Politik. Bundesminister für Wirtschaft in diesen Jahren war der CDU-Politiker Ludwig Erhard. Erhard entwickelte – man könnte auch sagen: erfand – die ordoliberalen Industriepolitik:

1. Den Industriellen das eigene Handwerk überlassen, nicht eingreifen
2. Das industrielle Umfeld optimieren
3. Soziale Standards hochhalten, Mitarbeiterrechte achten

Nr. 1 dürfte selbstredend sein. Als Beispiel für Nr. 2 führe ich das Gastarbeiterprogramm auf, das die Bundesrepublik mit eigener Kraft

Thema „Industriepolitik in der Nachkriegszeit“ zu dokumentieren.

Ludwig Erhard hatte einfach verstanden, wie der Unternehmer dachte, was für ihn wichtig war und wie man dabei behilflich sein könnte. Jahrzehntlang zogen hierzulande Politik, Unternehmen und Mitarbeiterschaft an einem Strang. Das nannte man jenseits des Ärmelkanals ehrfürchtig-neidisch „German corporatism“. In der Tradition des Rheinischen Kapitalismus ist ein Aspekt von überragender Bedeutung: die Inhaberkultur. Ich behaupte hiermit nicht, dass es woanders keine Inhaberkultur gab oder noch gibt, aber man hat sie hierzulande konsequent ausgebaut

und zur Institution „Mittelstand“ gemacht. Ich kontrastiere sie mit der Verweserkultur, die mittlerweile Einzug hält – dazu später mehr.

Mittelstand bedeutete: Inhaberkultur

Den Inhaber kann man mit einem leidenschaftlichen Fußballmanager oder Regisseur vergleichen. Auch

sie eine Mannschaft war. In der Bundesliga feiern auch Clubs Erfolge, die wenig Geld, aber einen guten Teamgeist in ihrer Mannschaft haben – so wie in der vergangenen Saison Borussia Mönchengladbach und der FC Augsburg. Die Bundesliga ist ein gutes Beispiel für den deutschen Mittelstand – nur mit dem Schönheitsfehler, dass der

Die „Umgangskultur“ der Globalisierung wird von den Börsen – allen voran von denen in New York und London – vorgegeben.

diese identifizieren sich persönlich mit ihren „Unternehmen“, das ihr Lebensprojekt ist. Sie verstehen, dass es ohne Mitarbeiter nicht gelingen kann. Sie investieren viel Energie ins Vorangehen, Überzeugen, Motivieren und Kümmern. Sie sind sich nicht zu fein, bei Bedarf die Rolle des Hausmeisters, der Telefonistin, des Bereichsleiters zu übernehmen. Mit der Vision stecken sie an, mit der Realisierung packen sie an. Sie haben verstanden, dass sie nur dann die übergeordnete Vision verwirklichen, wenn jeder Mitarbeiter seine eigene kleine Vision haben darf, und sei das etwas

reichste Club dominiert, was für unsere Überlegungen aber nicht weiter abträglich ist.

Das andere Beispiel: Mein Onkel war in den 1950er-Jahren Filmregisseur und ich bekam eine Einsicht in die enorme persönliche Leistung, die vonnöten ist, ein so komplexes Kunstwerk wie einen Film auf die Leinwand zu bringen. Wer dabei nicht versteht, die Mitarbeiter wertzuschätzen, bekommt nichts Vernünftiges zustande.

Die Notwendigkeit einer guten Menschenführung findet im deutschen Mittelstand den stärksten Widerhall. Das drückte sich

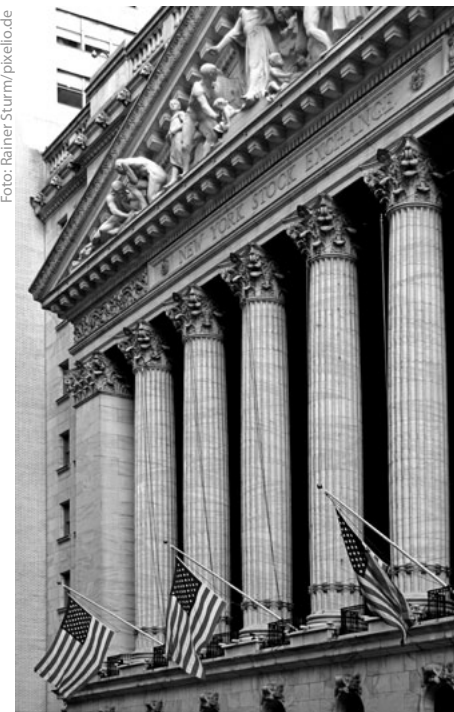
Unternehmensberater ersetzen den Rheinischen Kapitalismus christlich-demokratischer Prägung durch den Shareholder-Value.

Trockenes, zutiefst Technisches: Da gibt's Menschen dafür. Gott hat uns alle Fähigkeiten beschert, die wir brauchen.

Meiner Meinung nach ist auch der Erfolg des deutschen Fußballs auf diese Tradition zurückzuführen. Die deutsche Nationalmannschaft wurde 2014 Weltmeister, weil

bei uns z.B. dadurch aus, dass der Vorgesetzte regelmäßig nach der Stimmung fragte, regelmäßig die Strategie mitgeteilt wurde und Fragen erlaubt waren. Um persönliche Anliegen zu klären, war der Vorgesetzte auch der Ansprechpartner. Er konnte in allem entscheiden, man fühlte sich gut aufgehoben.

Foto: Rainer Sturm/pixelio.de



Wenn der Vorstandsvorsitzende zu Besuch kam, bekamen die Wände einen neuen Anstrich. Wer will im eigenen Haus verlottern? Das Wichtigste dabei: Diese Managerfürsorge entsprang aus den Strukturen. Es war etwas „Gegebenes“. So war die Umgangskultur, die ich „Inhaberkultur“ nenne.

Börsenlogik verändert Unternehmen

Im Jahr 2012 wurde diese Inhaberkultur weggefegt. Um die „Stimmung“ kümmerte sich niemand mehr, dafür gibt's am Ende des Monats Geld. Die Vorgesetzten wurden ihrer Kompetenzen im Bereich Personalwesen beraubt und durch eine Hotline ersetzt. Man hatte ab sofort Persönliches mit einem unbekanntem Hotline-Mitarbeiter zu klären – ggf. auf Englisch. Die Arbeitsabläufe – obwohl hochkomplex – wurden, zum Teil für das

Unternehmen sehr unvorteilhaft, zentralisiert und/oder ausgelagert. Fehlfunktionen, die sich nun häuften, mussten per Hotline beseitigt werden, ggf. auf Englisch. Der Vorgesetzte wusste nichts mehr, man musste sich alle Auskünfte und Anweisungen aus dem Intranet holen. Oft war es nicht klar, wer oder was damit gemeint war. Die Führung des Unternehmens erfolgte immer mehr über Vorgaben der vernetzten Produktionstools. Die Kollegen wurden zu anderen Menschen, mit denen man beruflich nur noch wenig zu tun bekam.

Das ist die einzige „Umgangskultur“, die die Globalisierung kennt. Sie wird effektiv von den Börsen – allen voran von denen in New York und London – vorgegeben. Voraussetzung ist primär der Wunsch des Unternehmens, sich mittels der jeweiligen Börse zu kapitalisieren, sekundär der Wunsch, bei Konferenzen und Gipfeltreffen etwa in den Schweizer Bergen, egal woher man sich das Geld holt, mitreden zu dürfen.

Weit weg von solchen Wünschen sind wenige Unternehmen unseres Mittelstands. Als Vermittler der globalisierten Umgangskultur dienen die „Big Four“ unter den Unternehmensberatern: PricewaterhouseCoopers (New York); Klyn-

feld, Peat, Marwick, Goerdeler (Toronto); Ernst & Young Global (London); Deloitte, Touche, Tohmatsu (New York). Hinzu kommen die Strategieberater Bain, Roland Berger, Boston Consulting und McKinsey. Diese ersetzen den Rheinischen Kapitalismus christlich-

optimieren. Der Aufsichtsrat macht einen Abgleich zwischen den Berichten und den von den Anteilseignern – also der Börse! – erwarteten Daten. Sie haben zu stimmen, sonst ist der CEO seinen Job los.

So wird die ganze Managementkette von unten bis oben zu

Menschenführung, Vertrauen, Wertschätzung werden durch eine gefühlskalte, jedoch effiziente Mechanik verdrängt.

demokratischer Prägung durch den Shareholder-Value. Diese Unternehmensphilosophie sieht den Mitarbeiter als „Full-time-equivalent-Statistik“ und vertraut niemandem, nicht einmal dem Vorstandsvorsitzenden, der sich in einer seltsam entlarvenden Wortschöpfung nunmehr „Officer“ – also: „Beamter“ – nennen darf.

Verweserkultur ersetzt Inhaberkultur

Der „Chief Executive Officer“ (CEO) hat nichts anderes zu tun, als die „Key-Performance-Indicators“ (KPI) von den diversen Produktionstools abzurufen und an den Aufsichtsrat zu melden. Natürlich überlässt man ihm ein relativ kleines Spielfeld, um die KPIs zu

„Verwesern“ ihres Tuns. Das Wagnis überlässt man dem Kapitalgeber, der dafür seine ausgetüftelten Programme hat. Laut dem britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch leben wir nunmehr in einer „bezahlten Welt“ – so der Titel seines neuen Buchs. Ich habe das immer „Malen nach Zahlen“ genannt. Jeder bekommt eine vorgefertigte Schablone, in die er gemäß den nummerierten Vorgaben die entsprechende Farbe eingeben darf – besser: einzugeben hat. Denn nur dann übt die Konzernleitung, die sich lediglich als Erfüllungsgehilfe der Anteilseigner versteht, die volle Kontrolle aus.

Diese Verweserkultur wird von den Großen und Gefeierten der Geschäftswelt als ideales Führungsinstrument gepriesen. Landauf, landab, in Fachtagungen des Mittelstands erscheinen Unternehmensberater, die durch die Blume verkünden, wer Schablone X oder Schablone Y noch nicht eingeführt habe, müsse hinterwäldlerisch sein. Welcher stolze Mittelständler lässt sich so etwas erzählen? Nicht mit auf den Weg gegeben wird die Tatsache, dass er sich mit diesem Gift selbst abschafft.

Die Verweserkultur interessiert sich nicht für Menschenführung,

egal, was sie behaupten mag: Eine Gehaltserhöhung, ein Weiterbildungskurs wird nur dann – vom Intranet-Tool! – gewährt, wenn Projektverantwortung mit im Spiel ist. Wegen der Schablonen und der Auslagerung wichtiger Produktionseinheiten hat man dieses Risiko so gut wie eliminiert. Die Dynamiken des Manageraustauschs haben zur Folge, dass die Verweserkultur schon weit in den deutschen Mittelstand vorgedrungen ist. Menschenführung, Vertrauen, Wertschätzung werden durch eine gefühlskalte, jedoch effiziente Mechanik verdrängt. Ein Freund von mir verlässt in diesen Tagen und aus diesem Grund entvernt ein Unternehmen, das in den 1980er- und 1990er-Jahren in seiner Branche Weltmarktführer war – ein sogenannter „Hidden Champion“ – und nun auf die „Hilfe“ von den Unternehmensberatern zurückgegriffen hat. Binnen fünf Jahren gehört sie einem amerikanischen Großkonzern.

Keine Partei propagiert Ordoliberalismus

Die Ursache liegt in dem Verlassen des ordoliberalen Wegs in der Industriepolitik schon während der

gäbe die Möglichkeit, sie als Beihilfe, nicht als Ersatz zu verstehen. Es besteht keine intrinsische Notwendigkeit, das Menschliche aus dem modernen produzierenden Gewerbe zu entfernen. Das wird der Markt aber nie von selbst richten.

Wir brauchen eine neue ordoliberaler Industriepolitik, wenn wir weiterhin unseren Kindern sinnvolle Erwerbstätigkeiten vermitteln wollen. Sie sollen nicht stundenlang in fensterlosen Hallen sitzen und Fragen von aufgeregten Kunden völlig fremder Unternehmen aufpassen müssen. Das ist die Welt von Angela Merkel, weil das die Welt von McKinsey ist, deren Portwein sie bisweilen in Davos genießen darf. TTIP ist die Vollendung der Entmenschlichung und wird von Merkel unterstützt. Deswegen sehe ich bei ihr eine besondere Schwere der Schuld.

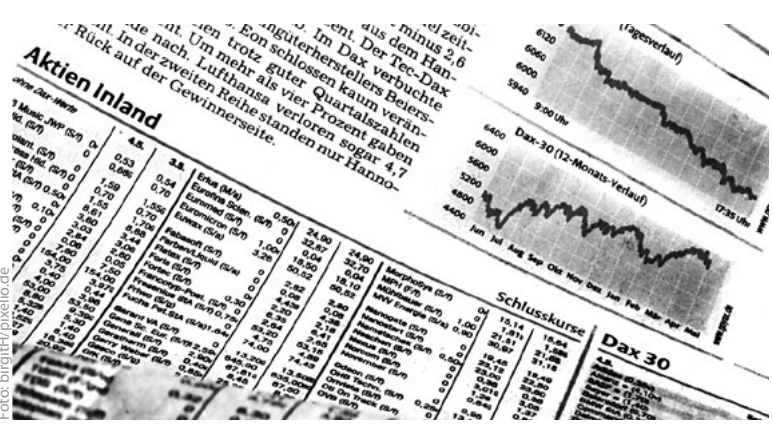
Im Augenblick hält parteipolitisch niemand gegen diese Entwicklung: nicht die FDP, die selbst begeisterter Anhänger davon ist; nicht die Union, die auf ihre großindustrielle Lobby hört; nicht die SPD, die krampfhaft versucht, die bessere Union zu sein; nicht die Grünen, die ein technokratisches Verständ-

TTIP ist die Vollendung der Entmenschlichung und wird von Merkel unterstützt.

Kohl-Ära. In der neoliberalen Welt gibt es keine Industriepolitik, die sich so nennen darf. „Der Markt richtet sich selbst“, lautet deren Ideologie. Diese Politik wurde sowohl von Schröder wie auch von Merkel kritiklos übernommen. Selbstverständlich erkennt man parallele Entwicklungen, die eine Entpersonalisierung der Unternehmensführung vorantreiben, aber es

nis von Unternehmensführung einhalten; und auch nicht die Linke, die dafür kein offenes Ohr hat.

Am 8. August 2015 wurde im Deutschlandradio Kultur in der Sendung „Tacheles“ der Sozialpsychologe Dieter Frey zum Thema „Wertschöpfung“ befragt. Seine Antwort: Laut Forschung seien 15% der Arbeitnehmer hierzulande „hoch



BUCHTIPPS

Colin Crouch
Die bezifferte Welt
Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht
Suhrkamp, September 2015
250 Seiten, 21,95 Euro
978-3-518-42505-3

Heike Buchter
BlackRock
Eine heimliche Weltmacht greift nach unserem Geld
Campus, August 2015
280 Seiten, 24,99 Euro
978-3-593-50458-2

motiviert“. Anhand meiner eigenen Erfahrung schätze ich: Die Tendenz geht klar nach unten. Wer reißt hier politisch das Ruder herum? Es ist eine große Weltentwicklung wie die gewaltigen Nordseedeiche – und ein kleiner Junge sieht, dass sie nicht halten kann.

Paul Holmes,
Jahrgang 1956, studierte Philosophie und Germanistik sowie anschließend Bautechnologie. Seit 1986 ist er als Bauprojektant tätig, zunächst für die Öffentliche Hand, danach für einen transnationalen Konzern. Der ÖDP trat er im Jahr 2000 bei. Von 2002 bis 2004 war er Beisitzer im Landesvorstand Bayern, von 2004 bis 2006 Stellvertretender Vorsitzender im Kreisverband München-Mitte, seit 2006 ist er Ordentliches Mitglied im Bundesschiedsgericht.
j.p.holmes@gmx.de

Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Betreuungsgeld

Keine Gleichberechtigung für selbst betreuende Eltern

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat das Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklärt und dies damit begründet, dass der Bund dafür nicht zuständig sei. Eine inhaltliche Stellungnahme wurde vermieden. Die Begründung wirkt jedoch konstruiert und ist teilweise widersprüchlich. Möglicherweise wurde die Zuständigkeitsfrage nur vorgeschoben.

von Dr. Johannes Resch

Das Betreuungsgeld wurde vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) der „konkurrierenden Gesetzgebung“ zwischen Bund und Ländern nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 GG („öffentliche Fürsorge“) zugeordnet. In ähnlicher Weise ist das bereits 2009 für das Elterngeld geschehen (BSG-Urteil B 10 EG 8/08 R). Damit wird die gesamte U3-Betreuung der konkurrierenden Gesetzgebung zugeordnet. In diesem Bereich hat der Bund nur dann die Gesetzgebungskompetenz, „wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht“ (Art. 72 Abs. 2 GG).

Diese Voraussetzung wurde im Urteilstext für das Betreuungsgeld verneint, aber für die Krippenplatzgarantie des Bundes bejaht. Den unbefangenen Betrachter muss das verwirren, denn schließlich geht es in beiden Fällen um die Betreuung von Kindern im zweiten und dritten Lebensjahr. Lässt sich die Differenzierung wirklich überzeugend begründen? Hierüber kann nur eine nähere Betrachtung des Urteilstextes (1 BvF 2/13) Auskunft

geben. (Die Ziffern in Klammern nennen die Randnummern im Urteilstext.) Das BVerfG hält alle drei Voraussetzungen für eine Zuständigkeit des Bundes („Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse“)

Es wird argumentiert, das Angebot öffentlich geförderter Kinderbetreuung stehe allen Eltern offen, sodass ein Betreuungsgeld nicht erforderlich sei.

für die staatliche Garantie eines Krippenplatzes für gegeben, nicht dagegen für ein alternativ zu beanspruchendes Betreuungsgeld.

Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse

Das Urteil zitiert aus der Bundestagsdrucksache 17/9917, die als Begründung für das Betreuungsgeld die Schaffung größerer Wahlfreiheit für Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder anführt (7). Die Zuständigkeit des Bundes ergebe sich danach wie beim Elterngeld aufgrund der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet. Es wird dargelegt, dass ein Krippenplatz

mit 12.000 Euro/Jahr veranschlagt wird. Dadurch ergebe sich eine Förderlücke gegenüber Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen. Diese werde durch das Betreuungsgeld geschlossen. Nun ist zu fragen, ob durch 150 Euro/Monat gegenüber dem weit kostenträchtigeren Krippenangebot „Wahlfreiheit“ hergestellt wird.

Zweifellos ist es aber ein – wenn auch kleiner – Schritt in diese Richtung. Die Bundesregierung beruft sich dabei auf Art. 6 Abs. 2 GG, nachdem „die Pflege und Erziehung der Kinder“ das „natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ ist.

Die Wahlfreiheit, über die Art der Kindererziehung zu entscheiden, ist sicher für die Lebensverhältnisse von Eltern ein hohes Gut, sodass deren Gleichwertigkeit im Bundesgebiet eine Zuständigkeit des Bundes rechtfertigt. Umso erstaunlicher ist im Urteil die Behauptung (36): „Gründe, welche die Annahme tragen könnten, die

Regelungen seien zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich, sind nicht erkennbar. Insbesondere bilden die in der Begründung des Gesetzentwurfs niedergelegten Erwägungen hierfür keine tragfähige Grundlage.“

Später wird die Wahlfreiheit angesprochen (42): „Der gesellschaftspolitische Wunsch, die Wahlfreiheit zwischen Kinderbetreuung innerhalb der Familie oder aber in einer Betreuungseinrichtung zu verbessern, vermag für sich genommen nicht die Erforderlichkeit einer Bundesgesetzgebung im Sinne des Art. 72 Abs. 2 GG zu begründen.“ So bleibt nur der Schluss, dass das Gericht die Wahlfreiheit der Eltern nicht als wesentlich genug betrachtet, um dafür einheitliche Lebensverhältnisse im Bundesgebiet anzustreben. Wie das mit Art. 6 vereinbar sein soll, bleibt im Dunkeln.

Es entsteht die Frage, wie das offensichtlich fehlende Verständnis des Gerichts für die Lebenswirklichkeit von Eltern und besonders von Müttern zu erklären ist. Eine Rolle könnte spielen, dass – den Angaben auf den Internetseiten des BVerfG folgend – die Hälfte des 16-köpfigen Richterkollegiums, darunter die fünf Richterinnen, kei-

Ebenso könnte gesagt werden, das Betreuungsgeld stehe allen Eltern offen, sodass eine Krippenförderung nicht erforderlich sei.

ne Kinder hat. Vordergründig wird argumentiert, das Betreuungsgeld könne ohnehin nicht zu gleichen Lebensverhältnissen führen, da daneben landesbezogene Betreuungsleistungen möglich blieben (37). Mit dieser Logik könnte aber



Foto: H. D. Volz/pixelio.de

auch der Zuständigkeit des Bundes für die Garantie eines Krippenplatzes widersprochen werden, da von

geld als Ausgleich nicht erforderlich sei. Ebenso könnte gesagt werden, das Betreuungsgeld stehe allen

Das sich aus Art. 6 GG ergebende Grundrecht auf Wahlfreiheit wird einfach übergangen.

Land zu Land unterschiedliche Elternbeiträge verlangt werden, sodass die Lebensverhältnisse ebenfalls abweichen.

Ein Widerspruch entsteht auch, wenn einerseits eine stärkere Förderung der Kindertagesbetreuung durch Dritte gegenüber der elterlichen Betreuung zugegeben wird

Eltern offen, sodass eine Krippenförderung nicht erforderlich sei. Das sich aus Art. 6 GG ergebende Grundrecht auf Wahlfreiheit wird einfach übergangen. Weiter wird angeführt, das Betreuungsgeld könne nicht als Ersatzleistung für einen Krippenplatz gelten, da es zur Finanzierung einer anderen Betreuungsmöglichkeit zu gering sei (42). Aber das ist kein Argument gegen das Betreuungsgeld, sondern nur gegen dessen geringe Höhe.

Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit

Auch bei diesen Zielen werden unterschiedliche Maßstäbe bei Krippenplatzgarantie und Betreuungsgeld angelegt (52). Zur Rechtfertigung der Krippenplatzgarantie wird aus einer Bundestagsdrucksache zitiert: „Nur einheitliche Basis-

normen im Bundesgebiet schaffen die Voraussetzungen für die Mobilität, die von den Eltern heute im Arbeitsleben erwartet wird. Deshalb ist ein bedarfsgerechtes Angebot an qualifizierter Tagesbetreuung in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland heute eine zentrale Voraussetzung für die Attraktivität Deutschlands als Wirtschaftsstandort in einer globalisierten Wirtschaftsordnung.“

Diese Begründung wird vom BVerfG akzeptiert. Warum „einheitliche Basisnormen“ nicht auch für die elterliche Kinderbetreuung gelten sollen, zumal das Betreuungsgeld ebenfalls Einfluss auf das Erwerbsverhalten der Eltern hat (vergl. Nr. 11), wird nicht hinterfragt. Es wird einseitig auf „die Attraktivität

Es wird einseitig auf die Attraktivität Deutschlands als Wirtschaftsstandort abgehoben. Die Attraktivität als Erziehungsstandort bleibt unbeachtet.

Deutschlands als Wirtschaftsstandort“ abgehoben. Die Attraktivität als Erziehungsstandort, für die echte Wahlfreiheit der Eltern eine

BVERFG-URTEIL

Bundesverfassungsgericht
Erster Senat

Urteil vom 21.07.2015

1 BvF 2/13

zum Betreuungsgeldgesetz
vom 15.02.2013

<http://tinyurl.com/nj7qwf>

Pressemitteilung Nr. 57/2015

**Keine Gesetzgebungskompetenz
des Bundes für das**

Betreuungsgeld

21.07.2015

<http://tinyurl.com/pgod2zf>

Schlüsselfunktion hat und die mittelfristig für die Zukunft Deutschlands sogar entscheidender sein dürfte, bleibt unbeachtet.

Die Fixierung auf Erwerbsarbeit auf Kosten der Erziehungsarbeit charakterisiert spätestens seit

Die Fixierung auf Erwerbsarbeit auf Kosten der Erziehungsarbeit wird von Wirtschaftslobby und Arbeitnehmerverbänden gestützt.

der Rentenreform 1957 die Gesellschaftspolitik in Deutschland und wird von Wirtschaftslobby und Arbeitnehmerverbänden gestützt. Das BVerfG war dagegen ausweislich vieler Urteile zwischen 1990 und 2004 ein Rufer in der Wüste,

der immer wieder vom Bund eine bessere Würdigung der zugunsten der Gesamtgesellschaft erbrachten elterlichen Erziehungsleistung unter Berücksichtigung der Wahlfreiheit anmahnte (BVerfGE 82, 60; 87, 1; 88, 87; 99, 216; 103, 242; 107, 27; 112, 50). Allerdings erfolgte keine angemessene Beachtung in der Bundespolitik. Als Beispiel sei angeführt (BVerfGE 87, 1 aus dem Jahr 1992): „Das bestehende Alterssicherungssystem führt zu einer Benachteiligung von Personen, die sich innerhalb der Familie der Kindererziehung widmen, gegenüber kinderlosen Personen, die durchgängig einer Erwerbstätigkeit nachgehen können (Rn 125) ... Die Benachteiligung von Familien, in denen ein Elternteil sich der Kindererziehung widmet, wird weder durch staat-

liche Leistungen noch auf andere Weise ausgeglichen (Rn 128).“

Aus diesen Sätzen ergibt sich eine klare Aufforderung an den Bundesgesetzgeber, die Benachteiligung selbst betreuender Eltern durch eine Leistung wie das Be-

treuungsgeld auszugleichen oder abzumildern. Bei Wahrung der Kontinuität zu diesem Urteil hätte das BVerfG die Zuständigkeit des Bundes bejahen müssen. Die offensichtliche Abkehr von der ständigen Rechtsprechung wurde aber nicht angesprochen, geschweige denn begründet. Das Urteil zum Betreuungsgeld zeigt hingegen, dass beim BVerfG eine grundlegende Wandlung im Sinne einer Angleichung an die Bundespolitik erfolgt ist, wobei die Bevormundung der Eltern noch hinter der Frage der Zuständigkeit versteckt wird.

Kammerbeschlüsse zum Elterngeldgesetz

Für den aufmerksamen Beobachter kommt diese Entwicklung nicht überraschend. Schon in einem Kammerbeschluss, mit dem das BVerfG 2011 eine Beschwerde gegen das Elterngeldgesetz „nicht zur Entscheidung angenommen“ hat, steht tatsächlich der Satz (1 BvR 1853/11, Rn 18): „(2) Die mittelbar angegriffene Regelung ist zudem im Hinblick auf den Verfassungsauftrag des Art. 3 Abs. 2 GG gerechtfertigt. Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG verpflichtet den Gesetzgeber, die Gleichberechtigung der Geschlechter in der gesellschaftlichen Wirklichkeit durchzusetzen und überkommene Rollenvertei-

lungen zu überwinden (stRSpr; vgl. BVerfGE 92, 91 <112 f.>.“

Hier wird der Verfassungsauftrag zur Gleichberechtigung der Geschlechter glasklar umgedeutet zu einer Bevormundungspflicht des Gesetzgebers gegenüber den Eltern. Allen Eltern, die sich „überkommene Rollenverteilungen“ wünschen, wie das für die damalige Beschwerdeführerin galt, wird rundheraus das Recht auf Gleichberechtigung und auf eine partnerschaftlich vereinbarte Rollenverteilung abgesprochen. Damit steht dieser Satz in klarem Widerspruch zum Wortlaut des Grundgesetzes, der eine derartige Umdeutung des Begriffs „Gleich-

Das Urteil zeigt, dass beim BVerfG eine grundlegende Wandlung im Sinne einer Angleichung an die Bundespolitik erfolgt ist.

berechtigung“ ausschließt. Es wird sogar versucht, den klaren Bruch mit der vorangegangenen „ständigen“ Rechtsprechung des BVerfG dadurch zu verschleiern, dass auf ein früheres Urteil verwiesen wird. Dieses Urteil beschäftigt sich aber gar nicht mit der Wahlfreiheit von Eltern, sondern mit der allein von Männern zu entrichtenden Feuerwehrrabgabe, die als unvereinbar mit der Gleichberechtigung der Geschlechter beurteilt wird. Das Feuerwehr-Urteil hat keinerlei Bezug zur „Rollenverteilung“ bei Eltern.

Nun ist ein Kammerbeschluss kein Urteil. Er wird von drei Mitgliedern eines Senats gefasst, ist zwar für den Einzelfall unanfechtbar, aber inhaltlich für andere Verfahren nicht verbindlich wie ein von einem Senat (acht Richterinnen und Richter) gefälltes Urteil. Aber die drei Mitglieder, die den obigen Kammerbeschluss unterzeichnet

haben, gehören zum Ersten Senat, der das Urteil zum Betreuungsgeld gefällt hat. Wenn auch der Bevormundungsanspruch gegenüber den Eltern nicht so klar formuliert wird wie im obigen Kammerbeschluss, so lässt der Inhalt des Urteils doch auf die gleiche Auffassung schließen. Allerdings dürfte der Mehrheit des Senats die Behauptung

einer Bevormundungspflicht des Staates gegenüber den Eltern dann doch zu heikel gewesen sein. Leider zeigt das Urteil, dass der erwähnte Kammerbeschluss kein „Ausrutscher“ war, sondern auch künftig mit einer grundlegend veränderten Auslegung des Grundgesetzes zu rechnen ist, die dem Schutz der Familie keine „besondere“ Bedeutung mehr zumisst, wie es der Wortlaut des Grundgesetzes fordert. An der Nichtbeachtung der Wahlfreiheit für Eltern wird das deutlich.

Unausgewogene Anhörung von Fachverbänden

Auch ein weiterer Umstand spricht für die Voreingenommenheit des Ersten Senats. Im Vorfeld wurden Stellungnahmen von sieben Verbänden eingeholt (25), die als „fachkundige Dritte“ (26) bezeichnet werden. Davon waren drei direkte Nutznießer eines Wegfalls des Be-

treuungsgeldes (Verband für Kindertagespflege, Diakonie, Caritas). Dazu kamen zwei juristische Institutionen (Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, Deutscher Juristinnenbund). Ersteres ist vor allem mit familiären Streitfällen befasst und dürfte so einen sehr einseitigen Erfahrungshintergrund haben. Der Juristinnenbund beschäftigt sich bevorzugt mit der Gleichberechtigung der Geschlechter und kaum mit den Rechten von Eltern. Nur von zwei Elternverbänden wurden Stellungnahmen eingeholt (Deutscher Familienverband, Verband alleinerziehender Mütter und Väter). Allein der DFV äußerte sich positiv zum Betreuungsgeld. Obwohl das Betreuungsgeld mittels größerer Wahlfreiheit für Eltern dem Kindeswohl dienen sollte, wurden Fachverbände, die sich mit dem Kindeswohl beschäftigen, wie Kinderpsychologen und Kinderärzte, nicht um ihre Meinung gefragt. Das Kindeswohl spielte gegenüber den von der Wirtschaftslobby vertretenen Interessen keine Rolle. ■

Dr. Johannes Resch,
Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als leitender Arzt eines Versorgungsamts.

Von 2008 bis 2010 war er Sprecher der Bundesprogrammposition der ÖDP. Zurzeit ist er u. a. Vorsitzender ihres „Bundesarbeitskreises Familie, Soziales und Gesundheit“.

www.johannes-resch.de



Agro-Gentechnik

„Kein Erfolg, sondern neue massive Probleme“

Große Chemiekonzerne wollen Kontrolle über die Landwirtschaft erlangen, indem sie Saatgut gentechnisch verändern. Die Nebenwirkungen sind gravierend – für Böden, Gewässer und menschliche Gesundheit. In Südamerika ist diese Entwicklung schon wesentlich weiter als in Europa. Eine Anti-Gentechnik-Aktivistin berichtet von ihrer Brasilien-Reise.

Interview mit Rosi Reindl

Ökologie Politik: Frau Reindl, warum sind Sie nach Brasilien gereist?

Rosi Reindl: Im Jahr 2005 hatte ich bei einer Demonstration gegen gentechnisch veränderte Maispflanzen in den Neuen Bundesländern Antonio Andrioli kennengelernt, der als Referent bei einer Podiumsdiskussion sprach. Aus dieser Begegnung entstanden etliche Veranstaltungen über die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen. Seit fünf Jahren lebt Andrioli wieder in Brasilien, ist inzwischen Professor und war maßgeblich am Aufbau von fünf staatlichen Universitäten im ländlichen Raum befasst. Außerdem hatte ich die letzten Jahre auch noch Kontakt zu Norbert Suchanek, dem Autor des Buchs „Der Soja-Wahn“. Und dann habe ich noch Freunde in Paraty, einer Küstenstadt zwischen Rio de Janeiro und São Paulo – und so lohnte sich die weite Reise dann gleich dreifach.

Was haben Sie sich angesehen?

Wir haben uns vor allem Felder von Bauern in der Region St. Catharina angeschaut. Und durch den Kontakt mit den Universitäten ergab sich die Möglichkeit, ein Indianerdorf im Reservat zu besichtigen und mit dem Häuptling über die

schwierige Situation der Ureinwohner zu sprechen: über das Schulsystem und den drohenden Verlust der Tradition, über die soziale Diskriminierung, über die gesundheitlichen Probleme aufgrund „moderner“ Ernährung – das ist jetzt aber ein ganz anderes und sehr umfangreiches Thema.

Bleiben wir besser bei der Landwirtschaft.

Als Anti-Gentechnik-Aktivistin fiel mir besonders auf, dass es in vielen Läden und Supermärkten bei manchen Produkten – z.B. Tiernahrung, Kinderbrei, Sojaöl und Mais-

Ja, leider, und nicht nur in der Landwirtschaft. Im Bundesstaat Bahia wurden vor zwei Jahren gentechnisch veränderte Mücken freigelassen, um eine andere Mückenart zurückzudrängen, die eine Krankheit überträgt. Die Krankheit ging nicht zurück, aber die gentechnisch veränderten Mücken verbreiteten sich schnell – mit noch unbekannt Nebenwirkungen.

Welche Auswirkungen hat die gentechnisch basierte Landwirtschaft auf die Böden?

Durch die jahrelange Anwendung des Spritzmittels „Round up

„Durch den Soja-Boom werden immer mehr Waldflächen gerodet und zu Ackerland umgewandelt.“

öl – gar nicht möglich ist, zwischen gentechnikfreien und gentechnisch veränderten zu wählen. Zwar sind die Produkte mit einem entsprechenden Siegel gekennzeichnet, aber kaum jemand weiß, was das bedeutet. Auch Bier wird sehr oft mit gentechnisch verändertem Mais hergestellt.

Die Gentechnik ist in der brasilianischen Landwirtschaft also schon fast Normalität?

Ready“ mit dem Wirkstoff Glyphosat entwickelten sich Resistenzen. Es gibt schon 22 Beikräuter, die resistent sind. Um diese zu bekämpfen, verwenden die Bauern die fünf- bis zehnfache Menge oder verwenden weitere Herbizide als Mixtur. Damit steigt nicht nur die Rückstandsmenge auf dem Erntegut, auch die Belastung der Böden und der an den Feldern wohnenden Kleinbauern nimmt enorm zu. Bei Menschen



Rosi Reindl, Jahrgang 1966, ist gelernte Apothekenhelferin und zurzeit beruflich als Schreibkraft und Reinigungskraft tätig. In die ÖDP trat sie 2005 ein und ist momentan Stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbands Ebersberg. Darüber hinaus engagiert sie sich beim Arbeitskreis Gentechnik des Bund Naturschutz, bei „Zivilcourage für eine gentechnikfreie Landwirtschaft“ und bei „Action Freedom“.

rosi_reindl@gmx.de

greifen über die Haut aufgenommene Herbizidrückstände die Leber an. In Brasilien und auch verstärkt in Argentinien und Paraguay nimmt die Zahl der missgebildeten Kinder und an Krebs erkrankten Menschen in den ländlichen Regionen überproportional zu. Und auf die Mikroorganismen im Boden hat die Verwendung dieser Mittel natürlich negative Auswirkungen. Das ist vielleicht auch der Grund, warum die Sojapflanzen, die wir bei dem Besuch der Felder begutachteten, weniger Wurzelmasse haben und von einer Pilzkrankheit befallen sind. Die Wurzeln weisen auch weniger Knöllchenbakterien auf, die zur Stickstoffaufnahme aus der Luft dienen. Und natürlich ist das ganze Bodenleben beeinträchtigt – sofort erkennbar an der geringen Zahl von

Regenwürmern. Und bei starken Regengüssen, die im Sommer regelmäßig vorkommen, wird viel Erdreich in die Flüsse geschwemmt, wodurch das Glyphosat dann auch noch viele Frösche und Fische tötet.

Gibt es positive Auswirkungen der Gentechnik?

Wohl eher nicht. Selbst der Anbau einer Maissorte, die gentechnisch so verändert wurde, dass sie selbst ein Gift gegen einen Schädling produziert, bringt auf Dauer keinen Erfolg, sondern neue massive Probleme mit sich. Wir konnten bei den Bauern die resistent gewordenen Maiszünsler beobachten, die nach nur einem Jahr resistent geworden sind. Mitarbeiter des Saatgutherstellers sammelten Raupen und nahmen sie ins Labor mit, um

„Die Zahl der missgebildeten Kinder und an Krebs erkrankten Menschen nimmt in ländlichen Regionen überproportional zu.“

dort zu testen, mit welchen Mitteln dieser Schädling künftig bekämpft werden kann. Die Frage nach den gesundheitlichen Auswirkungen und nach den Folgen dieser Landwirtschaftspolitik stellt sich immer mehr. Einer der Bauern, mit denen ich mich unterhielt, meinte aber nur, Brasilien sei ja groß und es gebe noch sehr viel Land zu erschließen.

Die Umwandlung natürlicher Flächen zu landwirtschaftlich genutzten nimmt also zu?

Ja, vor allem auch durch den Soja-Boom in China werden immer mehr Waldflächen gerodet und zu Ackerland umgewandelt. Und es zeigt sich, dass bei gentechnisch veränderten Pflanzen der von der Industrie versprochene Mehrertrag wegen resistenter Schädlinge und Beikräuter oft nicht eintritt.

BUCHTIPP

Norbert Suchanek
Der Soja-Wahn
Wie eine Bohne ins Zwielflicht gerät
Oekom, Sept. 2010
96 Seiten, 8,95 Euro
978-3-86581-216-2



Gibt es in Brasilien auch eine Gegenbewegung? Ist ein Umdenken spürbar?

Ja, durchaus. Laut Norbert Suchanek, der sich seit mehr als zwei Jahrzehnten gegen den Soja-Wahnsinn und gegen den Abbau von Uranerz engagiert, stellen inzwischen sogar etliche Großgrund-

besitzer ihren Anbau wieder auf konventionelles gentechnikfreies Soja um. Wir hatten Kontakt mit einer starken Gruppe der Landlosenbewegung, die auf den erkämpften Gebieten jetzt eine Bäckerei und Molkerei errichtet haben, um die eigenen Produkte besser verarbeiten und vermarkten zu können. Und Mitglieder verschiedener Bauerngewerkschaften waren wichtige Initiatoren der Universitäten, die jetzt auf dem Land entstehen. Mitglieder der Bauerngewerkschaft protestierten gerade erfolgreich gegen den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Eukalyptus-Bäumen. Es regt sich also auf vielen Ebenen Widerstand und der hat auch durchaus Erfolg.

Frau Reindl, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Politische Kommunikation in Frieden

Giraffenpolitik im Wolfsrudel

Auch in der ÖDP geht es in kommunikativer Hinsicht nicht immer fair zu, ob nach innen oder nach außen. Verletzende Angriffe geschehen schnell, die Folgen davon sind für viele noch lange spürbar. Doch wie könnte ein kommunikatives Gegenmodell dazu aussehen? Der Bundesvorstand der ÖDP hat sich auf einem Seminar im Juni 2015 mit dem Modell der Gewaltfreien Kommunikation (GFK) beschäftigt, das auf den in diesem Jahr verstorbenen Amerikaner Marshall B. Rosenberg zurückgeht. Dr. Hermann Schweiger, der auf der Bundesebene als Moderator wirkt, hatte das Treffen unter Leitung von Prof. Dr. Gottfried Orth mit diesem vorbereitet. Der Artikel zeigt dort entstandene Überlegungen für die Anwendung dieses Modells in der politischen Sphäre.

von Pablo Ziller und Dr. Hermann Schweiger

Konflikte gehören zur politischen Auseinandersetzung wie das Wasser in den Rhein! Eine Attacke des politischen Gegners oder auf einen innerparteilichen Konkurrenten, ob unfair oder fair, ist schnell getätigt und führt manches Mal zu einer tiefen Verletzung des Gegenübers. In Krisenzeiten kann eine aggressive politische Auseinandersetzung sogar in Mord und Totschlag münden. Für eine

deshalb über den eigenen Kommunikationsstil intensiv Gedanken machen. Ein Alleinstellungsmerkmal ist im politischen Spektrum hier ebenfalls denkbar.

Die Gewaltfreie Kommunikation als konfliktlösendes Kommunikationsmodell

Ein mittlerweile sehr stark verbreitetes Kommunikationsmodell, bekannt bis in die oberen Führungs-

kommunikation in und außerhalb unserer Partei vorstellen.

Rosenberg ist als Jude in einem sehr gewaltbereiten Milieu in den USA aufgewachsen. Nach dem Studium der Psychologie und Religionswissenschaften entwickelte er in den 1960er-Jahren unter Nutzung von Elementen der humanistischen Psychologie seine Methode. 1984 gründete er das Center for Nonviolent Communication (CNVC). GFK setzte er in vielen sozialen und politischen Brennpunkten ein: in Gefängnissen, an Problemschulen, in Krisengebieten wie Israel-Palästina oder dem Balkan.

Die GFK möchte gängige Kommunikationsmuster von Angriff und Verteidigung, also auch das übliche politische Spiel, aufbrechen und eine neue Gesprächskultur etablieren, die auf Empathie und nicht auf externer Bewertung beruht. Sie arbeitet daher mit einer zentralen These: Jedem Menschen ist eine grundlegende Wertschätzung entgegenzubringen, denn dies ist die schönste Weise, sich selbst zu sehen. Den eigenen Bedürfnissen soll genau so viel Wertschätzung entgegengebracht werden wie den

ebenen von Unternehmen, ist die Gewaltfreie Kommunikation (GFK).

Sie wurde vom amerikanischen Psychologen Marshall Rosenberg begründet und erfreut sich immer größerer Beliebtheit: für eine liebevolle Kommunikation in Beziehungen, für Führungskräfte oder eine gute Kommunikation mit Kindern. Der politische Betrieb wurde bisher weniger intensiv betrachtet. Dies will der vorliegende Beitrag ändern und die GFK speziell für die Kom-

Bedürfnissen von anderen. Sie sind grundsätzlich positiv und allen Menschen gemeinsam, z.B. Hunger, Sicherheit, aber auch Selbstbestimmung oder Beachtung. Das sind die Bedürfnisse, die Gandhi in

Schritten: Beobachtung – Gefühl – Bedürfnis – Bitte. Sachorientierung und Wertfreiheit ist v.a. beim Beobachten wichtig. Gefühle sind die Spuren zu den tiefer liegenden Bedürfnissen, aus denen dann in

zwischen interagierenden Menschen. Zur Verwirklichung braucht es die Bitte am Ende des Kommunikationsprozesses: Diese sollte möglichst konkret sein, erfüllbar, mit Ja oder Nein zu beantworten. Ob es sich nicht doch um eine verdeckte Forderung handelt, klärt sich an der Reaktion des Bittenden auf ein Nein des Gegenübers: Auch wenn der Gebetene mit Nein antwortet, wird er nicht die Wertschätzung des Bittenden verlieren und muss weder Strafe noch Beschämung befürchten.

Das Modell der gewaltfreien Kommunikation ist kein starres Konstrukt. Es muss nicht stetig in der gesamten zwischenmenschlichen Kommunikation angewendet werden, dient vielmehr als Orientierungsrahmen für wertschätzende

Wenn ich sehe/höre ..., dann bin ich ..., weil ich ... brauche. (beobachten, ohne zu bewerten) (Gefühle wahrnehmen) (Bedürfnisse statt Strategien ausdrücken) (bitten, ohne zu fordern)

dem von uns so gern genutzten Zitat meint: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“

Grundlegend ist in diesem Zusammenhang auch die Unterscheidung zwischen einem inneren Bedürfnis und einer Strategie. Alles, womit der Mensch seine gehegten Bedürfnisse erfüllt, sind Strategien. Beispielsweise kann, ja sollte womöglich, ein erfolgreicher Politiker ein Bedürfnis nach gesellschaftlicher Anerkennung in sich hegen. Die Strategie, um dieses Bedürfnis zu erreichen, könnte möglicherweise in einer unfairen Attacke gegen eine Minderheit, ja gar in einer Intrige gemeinsam mit dunklen Hintermännern münden. Und eben ein solches gar nicht so abstraktes Beispiel macht es auch recht deutlich: Bedürfnisse sind immer angemessen, denn auf dieser Ebene kann ich mich mit anderen verbinden. Dagegen können Strategien zum Erreichen der Bedürfnisse lebensfeindlich oder lebensfreundlich sein. Daher kommt es zu Konflikten in aller Regel auf der Ebene der Strategie.

Respektvolle, bedürfnisorientierte und wertschätzende, also gewaltfreie Kommunikation läuft in den im Kasten dargestellten vier

offener Weise konkrete Bitten abgeleitet werden. Gemeinsam und in Freiwilligkeit wird dann nach einer Strategie gesucht, die allen Beteiligten gerecht wird, ihre Bedürfnisse möglichst weitergehend erfüllt.

Jedem Menschen ist eine grundlegende Wertschätzung entgegenzubringen, denn dies ist die schönste Weise, sich selbst zu sehen.

Somit gibt es nie ein Richtig oder Falsch, sondern ein „ich nehme wahr, dass...“, ein wohlwollendes Achten und Beobachten des Gegenübers frei von Bewertungen. Es geht um den Abgleich von Bedürfnissen

Kommunikation und Interaktion zwischen sich gegenseitig achtenden Menschen. GFK ist nicht „nett“. Sie ist weniger eine Kommunikationstechnik als eine Haltung, die Ehrlichkeit und Klarheit verlangt. GFK



Foto: birdys/photocase.de

fordert auch nicht den Verzicht auf Macht, sondern beschränkt ihren Einsatz auf die beschützende Anwendung, um Verletzungen oder Ungerechtigkeiten zu verhindern. Auf einer tieferen Ebene ist GFK eine ständige Mahnung, unsere

Wolfsshow endlich (zumindest in Teilen) ablegen könnten und dadurch beginnen würden, eine neue politische Kultur zu etablieren. Die an politischer Kommunikation Beteiligten würden dadurch die Fähigkeit erlernen, auch emotionale

obwohl bei vielen Problemen unzureichende Informationen vorliegen, um eine fundierte Lösung anzubieten. Eine Möglichkeit könnte es daher sein, bei Unsicherheit auch nach außen dazu zu stehen, Vermutungen zu äußern; auch auf die Gefahr hin, vom Kontrahenten genau an diesem wunden Punkt (unfair) angegriffen zu werden. Diesem Sachverhalt könnte man Rechnung tragen, wenn die Subjektivität der eigenen Einschätzung stärker in der politischen Kommunikation betont werden würde. Doch werden solche Hinweise dem Sicherheitsbedürfnis einer verunsicherten Bevölkerung überhaupt gerecht?

Vielleicht liegt ja genau hier der Knackpunkt, denn die eigens vermutete Unfehlbarkeit von etlichen

*Auch das politische Gegenüber
sehnt sich danach, dass seine Bedürfnisse nach
Schutz und Sicherheit erfüllt werden.*

dient, verschärft Konflikte. Er polarisiert und nimmt in Kauf, dass Auseinandersetzungen eskalieren, dass sich gesellschaftliche Gräben auf-tun, dass Misstrauen herrscht und dass sich die Menschen von der Politik abwenden“, weiß der grüne Ministerpräsident Kretschmann und ist vielleicht auch deshalb landauf, landab bekannt für seine recht nüchterne Rhetorik. Damit umreißt der Schwabe bereits ganz gut das Kommunikationsmodell, welches wir uns vorstellen könnten.

Ein Grundproblem in der politischen Kommunikation mag darin liegen, dass Politiker gerne so tun, als hätten sie die Wahrheit mit Löffeln gegessen. Egal, welches Problem diskutiert wird, alle wissen immer genau, was die Lösung ist, und zeigen keine Zweifel – und dies,

Politikern könnte ja dazu führen, dass die Wähler sich belogen fühlen. Wahlversprechen, die nach der Wahl schnell revidiert sind, enttäuschen die Wähler und erschüttern ihr Vertrauen. Wieso betonen die in ihrer Entscheidung vermutlich selbst unsicheren Politiker nicht einfach stärker ihre Wünsche und arbeiten mehr mit Vermutungen als mit Versprechungen, die sie möglicherweise eh nicht halten können?

In der alltäglichen politischen Auseinandersetzung wird so ein neuer Kommunikationsstil vorstellbar. Dies könnte man so umreißen, dass sich der Respekt für den politischen Kontrahenten auch in der Wahrnehmung seiner Argumentation und im Respekt für die andere Einstellung äußert. Auch das politische Gegenüber sehnt sich danach,

*Ein Grundproblem in der politischen Kommunikation
mag darin liegen, dass Politiker gerne so tun,
als hätten sie die Wahrheit mit Löffeln gegessen.*

Aufmerksamkeit in eine Richtung zu lenken, in der die Wahrscheinlichkeit steigt, dass wir das bekommen, wonach wir suchen.

Die politische Sphäre als Ort der Gewalt in der Artikulation

Nun ist der politische Betrieb ja bekanntlich kein Giraffengehege (die Giraffe steht in der GFK für großherzige Empathie), die Wölfe schleichen vielmehr an allen Orten umher. Dennoch könnten Politiker unserer Partei und auch die Öffentlichkeitsarbeit eine große Achtung erreichen, wenn sie die politische

BUCH-/ONLINE-TIPP

www.junfermann.de

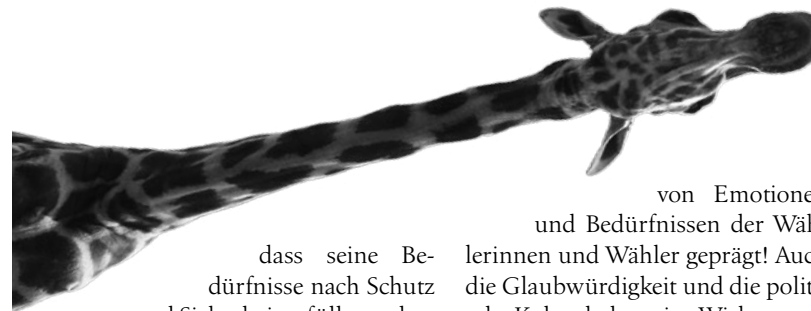
www.gewaltfreiforum.de

Serena RUST
Wenn die Giraffe mit dem Wolf tanzt
KOHA 2014

Marshall B. ROSENBERG
Gewaltfreie Kommunikation – Eine Sprache des Lebens
Junfermann 2010

Marshall B. ROSENBERG,
Das Herz gesellschaftlicher Veränderung
Junfermann 2004

Foto: MMchen/photocase.de



dass seine Bedürfnisse nach Schutz und Sicherheit erfüllt werden. Kann ich mit einem Verständnis für dieses Bedürfnis, welches ich womöglich ja auch selbst hege, nicht

„Wenn du dem Leben dienen möchtest, dann willst du auch lebensbereichernde Systeme schaffen. Und das erfordert unsere ganze Bewusstheit.“

(Marshall B. Rosenberg)

viel mehr erreichen? Mein Gegenüber hat ja auch eine Erziehung, eine Lebenserfahrung und Gründe für seine Position.

Wenn man einmal genau darauf achtet, so gibt es ja auch im politischen Betrieb immer wieder Momente gewaltfreier Artikulation. Kürzlich lächelte und winkte die Bundeskanzlerin höchst persönlich den kreischenden und pfeifenden

diese sind nicht unbedingt durch globale Realitäten oder durch Zukunftsgedanken geleitet. Die Strategien, zur Erfüllung der Wählerbedürfnisse, können egoistische, wie auch faire Anteile haben. Formulierungen sollten positiv werben und das zentrale Bedürfnis nach Selbstverantwortung nicht verletzen. Im erwähnten Seminar wurden mögliche Varianten diskutiert, z.B.

*Wahlergebnisse beruhen nicht nur auf Sachfragen,
sie sind wohl mehr von Emotionen und
Bedürfnissen der Wählerinnen und Wähler geprägt!*

Anti-Flüchtlings-Demonstranten im sächsischen Heidenau zu. Sie antwortete auf Provokation nicht mit Polemik oder Aggression, sondern mit einer freundlichen Geste. Bei Klarheit in der sachlichen Differenz wird dennoch Wertschätzung gegenüber den Bedürfnissen und Ängsten anderer ausgedrückt.

Auch Wähler haben Bedürfnisse

Wahlergebnisse beruhen nicht nur auf Sachfragen, sie sind wohl mehr

„Richtgeschwindigkeit, ja bitte!“ statt „Tempolimit jetzt!“ oder der Slogan „Atomkraft, nein danke!“ Oder auch allgemein als offene Frage: „Mehrweg, warum denn nicht?“

Eine „sachliche und faire Kommunikation“ fordert auch die Satzung der ÖDP, was gewissermaßen die Trennung von Gefühl und Beobachtung beinhaltet. Der Politiker kann sehr souverän auftreten, wenn er als Reaktion auf einen Angriff erst einmal durchatmet, überlegt

und sich dann entscheidet, ob er als Wolf oder Giraffe in den politischen Diskurs einsteigen will. Menschen, die gewaltfrei kommunizieren, sprechen eine deutliche und klare Sprache, doch formulieren sie ihre Positionen so, dass sie den politischen Gegner nicht abwerten oder diffamieren, und sie geben zu erkennen, dass auch andere Deutungen und Strategien im politischen Geschehen möglich sind.

Letzten Endes können wir jeder für sich und als Gemeinschaftswesen nur gewinnen, wenn wir daran arbeiten, eine Kultur des Bittens und Dankens zu etablieren. Wenn jeder sich mit diesen Grundgedanken vertraut machen würde, könnte die ÖDP eine Partei der klaren und deutlichen und zugleich achtsamen und gewaltfreien Kommunikation werden. Und dabei könnte gelten, was Marshall Rosenberg so formulierte: „Richten wir unsere Aufmerksamkeit lieber auf das, was wir tun wollen, statt auf das, was schiefgelaufen ist!“

Pablo Ziller leitet die Öffentlichkeitsarbeit des ÖDP Bundesverbands und attackiert selbst gerne den politischen Gegner.

Pablo.Ziller@oedp.de



Dr. Hermann Schweiger ist seit 2010 Beisitzer im Bundesvorstand der ÖDP und arbeitet als Allgemeinarzt mit Psychotherapie.

schweiger.feu@t-online.de



An alle Mitglieder

von Gabriela Schimmer-Göresz

„Durch Wissen kommt der Mensch zur Menschlichkeit“

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

Menschlichkeit braucht Mitgefühl und mitfühlend ist jemand, der sich vom Leid anderer berühren lässt. Er ist Anteilnehmend, einfühlsam, freundlich, friedfertig, gütig, großzügig, verständnisvoll, tolerant; er ist voller Erbarmen, Mitgefühl und Mitleid.

Weltweit sind etwa 50 Mio. Menschen auf der Flucht, zumeist im eigenen Land oder in der Region. Gewalt ist die Hauptursache für Flucht. Wenn wir uns mit Fluchtursachen beschäftigen, dann müssen wir uns gewahr werden, dass niemand gerne seine Heimat verlässt.

Meine Urgroßeltern, meine Großeltern, mein Vater und meine Mutter waren am Ende des zweiten Weltkriegs auf der Flucht, wie weitere ca. 11 Mio. Menschen. Sie wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Aus Erzählungen weiß ich, dass man dort, wo man ankam, nicht mit offenen Armen empfangen wurde. Die sogenannten „Hura-Flüchtlinge“ hatten es aber in mehrfacher Hinsicht leichter. Sie hatten die gleiche Hautfarbe wie die Einheimischen, sie sprachen deutsch und sie waren sofort als billige Arbeiter einsetzbar.

Es liegen gewichtige Gründe vor, wenn man flieht oder fliehen muss, zumeist ist es eine Mischung diverser Ursachen. Krieg, rassistische oder religiös motivierte Verfolgung, Unterdrückung, Folter, extreme wirtschaftliche Not, Hunger u.Ä. Bereits jetzt – und in Zukunft noch vermehrt – kommt eine weitere bedeutsame Fluchtursache hinzu: der Klimawandel mit all seinen Auswirkungen. Sucht man nach Gründen und/oder Verantwortlichkeit, wird man schnell fündig. Auch hier ist es eine Mischung: ungezügelter Kapitalismus, Korruption, Land-Grabbing, Abholzung (Tiermast, Palmöl, Agro-Sprit), Spekulation auf Nahrungsmittel, Wasserraub, Großfischerei, schädliche Subventionen, erpresserische Freihandelsabkommen, Waffenlieferungen, halbherzige Klimaschutzabkommen und vieles mehr.



Foto: ÖDP Bundespressestelle

Flüchtlinge teilen die gleiche Sehnsucht: Heimweh und den Wunsch, in Frieden ein gutes Leben zu leben. Ich bin froh und gleichermaßen stolz, dass sich so viele bürgerchaftliche Initiativen gegründet haben, auch mit Beteiligung vieler ÖDP-Mitglieder, ob in Berlin oder anderswo.

Allen sei dafür herzlich gedankt!

Erfrischend fand ich die Antwort eines Kindes auf die Frage, ob es im Kindergarten Ausländer gebe. „Nein, bei uns gibt es nur Kinder.“

Die, die zu uns in höchster Not kommen und Hilfe suchen, sind Menschen. Asyl ist Menschenrecht – ein gutes Leben für alle!

Ihre

Gabriela Schimmer-Göresz
Bundvorsitzende

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Abweisung unserer Organklage

Nachdem das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 15. Juli 2015 eine Organklage (2 BvE 4/12) der ÖDP zum Problem der „verdeckten Parteienfinanzierung“ gegen den Deutschen Bundestag als unzulässig verworfen hat, informierten der juristische Bevollmächtigte der ÖDP, Prof. Hans Herbert von Arnim, sowie die politische Spitze der ÖDP am 21. September

Auch sah sich die ÖDP im politischen Wettbewerb eklatant benachteiligt. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hatte wenige Tage zuvor die Hintergründe der Ablehnung der Klage kritisch gewürdigt. Besonders merkwürdig war, dass dieser Beschluss erst am 4. August 2015 durch das Bundesverfassungsgericht veröffentlicht wurde. Über diese Gründe gibt es natürlich zahl-

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hatte wenige Tage zuvor die Hintergründe der Ablehnung der Klage kritisch gewürdigt.

2015 die Öffentlichkeit auf einer Pressekonferenz in Karlsruhe über den Umgang mit der Ablehnung der Klage. Die ÖDP hatte die Mittelzuweisung an die Bundestagsfraktionen, die politischen Stiftungen der Bundestagsparteien sowie die Finanzierung der Abgeordnetenmitarbeiter im Bundestagshaushalt 2012 als verdeckte Parteienfinanzierung gesehen und dagegen geklagt.

reiche Spekulationen, zumal in über drei Jahren rund 300 Seiten Schriftwechsel entstanden sind.

Ich weise noch einmal auf unser politisches Ziel in dieser Sache hin: Leitbild muss dabei für uns sein, dass einerseits eine vernünftige Fraktions-, Abgeordneten- und Stiftungsarbeit möglich ist, andererseits die finanziellen Beträge, von der Öffentlichkeit unkontrolliert, nicht



Foto: ÖDP Baden-Württemberg

Im Rahmen des ÖDP-Sommercamps besuchten wir unseren Denzlinger Bürgermeister Markus Hollemann (rechts neben Wappen).

BUCHTIPP

Zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts hat Prof. Dr. von Arnim unter dem Titel **„Die Angst der Richter vor der Macht“** eine Streitschrift herausgegeben (ISBN 978-3-945136-54-6), die wir jedem Interessierten empfehlen.



weiter in den Himmel schießen. Ferner müssen nicht nur Oppositionsparteien sachgerecht an der Parteienfinanzierung beteiligt werden, sondern alle Parteien, auch die außerparlamentarischen Parteien. Über die weiteren Schritte wird nun der ÖDP-Bundesvorstand beraten.

Weitere Informationen finden Sie hier: <https://www.oedp.de/aktuelles/aktionen/verdeckte-parteienfinanzierung/>

Dr. Claudius Moseler
Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und
Kommunalpolitisches Büro



Neckarstr. 27 – 29, 55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 20
Fax: (0 61 31) 67 98 15
Mobil: (0 61 31) 87 10 542

politik@oedp.de

Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wie schon zu Beginn meiner Amtszeit als Europaabgeordneter der ÖDP beschäftige mich auch weiterhin die geplanten Freihandelsabkommen. Insbesondere TTIP erforderte in den vergangenen Wochen meine ganze Aufmerksamkeit. Schon im Juni sollte ein Bericht, der eine Art Leitlinie für die Europäische Kommission darstellt, dazu im Europäischen Parlament in Straßburg beschlossen werden. Da im Vorfeld nicht ganz klar war, wie die Abstimmung ausgehen würde, hatte Parlamentspräsident Martin Schulz schnell die Reißleine gezogen: Aufgrund der vielen Änderungsanträge nahm er diesen Punkt von der Tagesordnung. Nachdem er auch die Debatte über TTIP per Geschäftsordnung verhindern wollte, kam es im Parlament zu tumultartigen Szenen, denn die Abgeordneten wollten sich ein solches Verhalten nicht bieten lassen. Die Parlamentarier warfen Martin Schulz undemokratisches Verhalten vor und eine gefährliche Nähe zur Pro-TTIP-Lobby.

Um den „Erfolg“ des Berichts nicht zu gefährden, übten insbesondere die Spitzen der Sozialdemokraten Druck auf ihre TTIP-kritischen Abgeordneten aus. So konnte dann leider im Juli eine Mehrheit für den Bericht erreicht werden. Meine gesamte Fraktion Grüne/EFA hat natürlich gegen diesen Bericht votiert – leider vergebens. Unsere Kritik gilt insbesondere den Schiedsgerichten und der „regulatorischen Kooperation“, die den großen Konzernen künftig Mitspracherechte bei der Gesetzgebung einräumt. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass wir den Widerstand gegen TTIP nicht aufgeben werden und weiter am Thema dran sind.

Vor der Abstimmung über die Resolution haben verschiedene Verbände Mailaktionen an alle Europaabgeordnete gestartet. In meinem Postfach kamen mehrere Tausend Protestmails gegen TTIP an, in denen ich u. a. aufgefordert wurde, mein Engagement gegen die Freihandelsabkommen auszuweiten. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben auf jede E-Mail geantwortet und sich für die Unterstützung bedankt. Schließlich hat mich jeder dieser Briefe in meinem Kampf gegen TTIP bestärkt. Von einigen Bürgerinnen und Bürgern kamen großartige Reaktionen zurück. Manche wünschten uns „viel Kraft und Durchhaltevermögen“, andere appellierten an uns, „bitte bleiben Sie alle motiviert“, viele versprachen, bei der nächsten Wahl ihr Kreuz bei der ÖDP zu machen.

Insgesamt haben uns die Antworten sehr gefreut und motiviert, auf unserem Weg weiterzumachen.

Neben vielen anderen politischen Schwerpunkten hat mich noch der Atom-Deal mit dem Iran beschäftigt. Erst Ende Mai war ich mit einer Delegation des EU-Parlaments im Iran, um mit Politikern zu verhandeln: einer stellvertretenden Staatspräsidentin, dem Außenminister, seinem



Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif begrüßt Prof. Dr. Klaus Buchner in Teheran Anfang Juni 2015.

Stellvertreter, dem Parlamentspräsidenten, dem Beauftragten für Menschenrechte und anderen. Das Ziel der Gespräche war einerseits, die Atmosphäre für die Atomverhandlungen zu verbessern, andererseits das Klima zwischen dem Iran und der EU aufzulockern. Für die Menschen dort ist es wichtig, dass die Sanktionen aufgehoben werden, um das Land wieder wirtschaftlich in Schwung zu bringen. Dass die Regierung nun eingelenkt hat und u. a. versprochen hat, auf den Bau von Atomwaffen zu verzichten, hat zu großem Jubel in der Bevölkerung geführt. Ich bin hoffnungsfroh, dass der Atom-Deal nun insgesamt zu einer Stabilisierung im Nahen Osten beiträgt.

In den nächsten Monaten unterstütze ich die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und freue mich auf viele persönliche Begegnungen.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr *K. Buchner*

Klaus Buchner

Aus den Landesverbänden

Baden-Württemberg

Mit Volldampf in die Landtagswahl

Am 13. März 2016 wird in Baden-Württemberg der Landtag neu gewählt. Unser Ziel ist es, dass bis zum 31. Dezember 2015 in allen 70 Wahlkreisen sämtliche Wahlunterlagen bei den Kreiswahlleitern abgegeben werden. Die verbleibenden Tage bis zum 14. Januar 2016 (18 Uhr) bleiben als Puffer für absolute Notfälle.

Mit Datum 15. September 2015 fehlten uns nur noch zehn Wahlkreise zur Aufstellung der Kandidat(inn)en. In acht Wahlkreisen von den 60 aufgestellten sind die erforderlichen 150 bis 165 Unterstützungsunterschriften bereits gesammelt. Wir sind also auf einem guten Weg und der flächendeckende Wahlantritt ist durchaus realistisch. Allerdings gibt es noch ein paar harte Nüsse zu knacken, denn in folgenden fünf Wahlkreisen (in Klammern die Wahlkreisnummer) haben wir noch keine drei Mitglieder, die in der dafür zwingend notwendigen Wahlkreisversammlung die kandidierenden Bewerber(inn)en wählen müssen.

Wer kennt in diesen Wahlkreisen jemanden, der/die (Schnupper-)Mitglied werden könnte? Schnuppermitglieder sind ein Jahr beitragsfrei und haben wie die beitragszahlenden alle Mitgliedsrechte.

Es ist abzusehen, dass wir in einigen Wahlkreisen große Schwierigkeiten haben werden, die erforderlichen Unterstützungsunterschriften zusammenzubekommen. Daher bitten wir Sie dringend um Ihre Mithilfe. Hilfsangebote richten Sie bitte an den Landesgeschäftsführer Uli Stein oder an der Regionalbeauftragten Matthias Dietrich (Kontaktdaten siehe jeweils unten). Mit beiden können Sie besprechen, wo noch Hilfe benötigt wird. Und wer in Baden-Württemberg Bekannte oder Verwandte hat, möge diese doch bitte um eine Unterstützungsunterschrift bitten und die Unterschriften an die Landesgeschäftsstelle (ÖDP Baden-Württemberg, Bismarckplatz 4, 70197 Stuttgart) senden (lassen).

Welche Gemeinden zu diesen Wahlkreisen gehören, können Sie unter www.oedp-bw.de in der linken Menüspalte in der Rubrik „Landtagswahl 2016“ nachschauen.

Mit vereinter Kraft packen wir den flächendeckenden Wahlantritt, wobei ein gutes Wahlergebnis mit Sicherheit auch auf die anderen Bundesländer ausstrahlen wird!

Zur Landtagswahl liegt bereits jetzt ein pfiffiges Werbemittel vor: Einkaufswagen-Chips, u. a. mit dem Logo

der ÖDP, dem Hinweis „Wählbar!“ sowie der Internetadresse des Landesverbands. Mit diesen Chips wollen wir auf die ÖDP aufmerksam machen. Sie können im Beutel per 100 Stück über die Landesgeschäftsstelle bestellt werden und werden auch beim Landesparteitag am 17./18. Oktober in Bühl vorrätig sein.

Böblingen (5)	Gemeinden Altdorf, Böblingen, Ehningen, Gärtringen, Hildrizhausen, Holzgerlingen, Magstadt, Schönaich, Sindelfingen, Steinbrunn, Waldenbuch und Weil im Schönbuch
Aalen (26)	Gemeinden Aalen, Adelmansfelden, Bopfingen, Ellenberg, Ellwangen (Jagst), Hüttlingen, Jagstzell, Kirchheim am Ries, Lauchheim, Neresheim, Neuler, Oberkochen, Rainau, Riesbürg, Rosenberg, Stöttlen, Tannhausen, Unterschneidheim, Westhausen und Wört
Bruchsal (29)	Gemeinden Bad Schönborn, Bruchsal, Forst, Hambrücken, Karlsdorf-Neuthard, Kronau, Oberhausen-Rheinhausen, Östringen, Philippsburg, Ubstadt-Weiher und Waghäusel
Wiesloch (37)	Gemeinden Dielheim, Leimen, Malsch, Mühlhausen, Nußloch, Rauenberg, Sandhausen, St. Leon-Rot, Walldorf und Wiesloch
Pforzheim (42)	Stadtkreis Pforzheim, Gemeinden Birkenfeld, Engelsbrand, Ispringen und Kieselbronn

Der folgende Landesparteitag wird am 23./24. April 2016 im Raum Karlsruhe oder in Emmendingen stattfinden und im Zeichen der Neuwahl des Landesvorstands und des Rückblicks auf die Landtagswahl stehen.

*Kontakt: Landesverband Baden-Württemberg
Bismarckplatz 4, 70197 Stuttgart
Landesgeschäftsführer Uli Stein*

Tel.: (07 11) 6 36 46 44, info@oedp-bw.de

Regionalbeauftragter Matthias Dietrich

Tel.: (0 71 21) 8 8 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Experten für Videoproduktionen gesucht!

Der ÖDP-Bundesverband sucht für die zukünftige Video-Aufzeichnung seiner Parteitage Experten, die sich mit der Thematik auskennen und Lust haben, den Bundesverband hierbei ehrenamtlich zu unterstützen.

Wir freuen uns auf Rückmeldungen! presse@oedp.de

Bayern

ÖDP-Landesvorstand trifft weitreichende Personalentscheidungen und stellt zwei neue Mitarbeiter ein

Der ÖDP-Landesvorstand Bayern hat wichtige Personalentscheidungen getroffen. Als neuer Politischer Geschäftsführer und damit Nachfolger des früheren ÖDP-Landesgeschäftsführers Urban Mangold wurde Wilhelm Streit (57) eingestellt. Der neue hauptamtliche ÖDP-Mitarbeiter war im Regierungsbezirk Oberbayern langjähriger 1. Bürgermeister und produziert seit vielen Jahren als TV-Journalist Dokumentationen.



Foto: ÖDP Bayern

Wilhelm Streit

„Mit großer Freude stehe ich dem Landesvorstand und den Mitgliedern als Politischer Geschäftsführer zur Verfügung“, sagt Wilhelm Streit. „Das Ziel, die kommunale Basis der ÖDP zu stärken, hat mich bewogen, diese Aufgabe zu übernehmen. Meine umfangreiche Erfahrung als 1. Bürgermeister der Gemeinde Straßlach-Dingharting (1988–2002) ist ein gutes Rüstzeug dazu. Als Journalist habe ich leichte Hand, wenn es um Presse- und Öffentlichkeitsarbeit geht. Schon als Schüler schrieb ich für den Münchner Merkur, 1983 begann ich beim Bayerischen Rundfunk. Zusammen mit Günther Jauch und anderen kümmerten wir uns um die erste Morgensendung im deutschen Radio, um das B3-Morgentelegramm. Mit 57 Jahren bin ich im besten Alter, um wieder politisch tätig zu sein.“ Der neue ÖDP-Geschäftsführer freut sich „auf jede Begegnung und eine gute Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand, den Mandatsträgern und Mitgliedern“.

Als Referent für den Bereich Kampagnen/Soziale Netzwerke/Internetbetreuung stellte der ÖDP-Landesvorstand zusätzlich Markus Raschke (31) aus München

ein. Er studierte Staatswissenschaften und sammelte erste berufliche Erfahrungen als Projektleitungsassistent und freiberuflich in der Öffentlichkeitsarbeit für den TSV 1860 München. „Ich bringe sehr gerne mein Gespür für pointierte politische Botschaften in den sozialen Medien ein und freue mich auf die hauptberufliche ÖDP-Arbeit“, sagt der neue Kampagner der Bayern-ÖDP. Zu seinen Aufgaben gehören unter anderem die Unterstützung von Kreis- und Ortsverbänden insbesondere im Bereich Soziale Netzwerke/Internet und auch die Koordination von Online-Aktivitäten des Landesverbands bei Massenpetitionen und Kampagnen.

Die beiden neuen Mitarbeiter des ÖDP-Landesverbands arbeiten jeweils in Teilzeit. Ihre Kommunikationsdaten werden in Kürze auf www.oedp-bayern.de veröffentlicht.



Foto: ÖDP Bayern

Markus Raschke

ÖDP startet Petitionsaktion: bayerisches Erziehungsgehalt statt Betreuungsgeld

Das vom Bundesverfassungsgericht gekippte Betreuungsgeld des Bundes sollte in Bayern deutlich erhöht und zu einem echten Erziehungsgehalt weiterentwickelt werden, fordert die ÖDP. Die notwendigen Mittel für eine Aufstockung sollten im bayerischen Staatshaushalt eingeplant werden. Die ÖDP startet hierzu eine landesweite Petitionsaktion. Das hat der ÖDP-Landesvorstand in seiner jüngsten Klausurtagung im Juli beschlossen.

Seehofers Ankündigung, das jetzige Betreuungsgeld werde innerhalb des Freistaates weiter gezahlt, reicht nach Ansicht der bayerischen ÖDP nicht. „Das Betreuungsgeld muss deutlich erhöht werden, um den Eltern unter dreijähriger Kinder echte Wahlfreiheit zu ermöglichen“, fordert die Stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker. Eltern, die sich bewusst für die familiäre Betreuung ihrer Kleinkinder entscheiden, sollten laut ÖDP denselben Betrag bekommen, den auch ein Krippenplatz pro Kind und Monat kostet.

Die Vorwürfe von SPD- und Grünen-Politikern,

Befürworter einer familiären Erziehung von Kleinkindern würden an überholten Rollenbildern festhalten, seien ein großes Ärgernis, kritisiert Becker: „Der Staat soll zwar Krippenplätze bereitstellen, aber die Eltern nicht länger bevormunden. Für echte Wahlfreiheit müsste das Betreuungsgeld weiterentwickelt werden, weil ein Einkommen für den Lebensunterhalt einer Familie heute häufig nicht mehr ausreicht.“

„Die Bindung von unter Dreijährigen an die Eltern ist von großer Bedeutung. Verhaltensauffälligkeiten sind häufiger, wenn Eltern zu wenig Zeit für ihre Kinder haben, sagt Agnes Becker. „Wer familiäre Erziehungsarbeit leistet, tut enorm viel für die Gesellschaft.“

*Kontakt: Landesverband Bayern
Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92
E-Mail: bayern@oedp.de*



Foto: ÖDP Bundespressstelle

Agnes Becker, Stellv. Landesvorsitzende der ÖDP Bayern

Rheinland-Pfalz

Landesvorsitzender Rainer Hilgert ist Spitzenkandidat

Mainz. Rainer Hilgert, Unternehmer und Stadtrat aus Münstermaifeld (Kreis Mayen-Koblenz), ist auf dem Landesparteitag der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 13. März 2016 gewählt worden. Auf Platz 2 wurde der Winzer Johannes Schneider aus Maring-Novian (Kreis Bernkastel-Wittlich) gewählt; Schneider gehört dem Verbandsgemeinderat Bernkastel-Kues an. Die Adenauer Stadträtin und Studentin Klara-Luisa Nett (Kreis Ahrweiler) steht auf Platz 3, der Mainzer Stadtrat und Marienborner Ortsvorsteher Dr. Claudius Moseler auf Platz 4. Die Betriebswirtin Heidi Hauer aus Mainz steht auf Platz 5. Insgesamt wurden 41 Bewerberinnen und Bewerber auf der Landesliste aufgestellt. Jetzt müssen mindestens 2.040 Unterstützungsunterschriften für die Landesliste gesammelt werden.

Die Ökodemokraten setzen sich auf Landesebene für die Einstellung von mehr Lehrern sowie für die Ver-

besserung der personellen Situation bei der Polizei ein. Die ÖDP wendet sich gegen die Verschwendung von Steuermitteln bei Großprojekten wie z.B. dem Hochmoselübergang oder beim Nürburgring. „Die rot-grüne Landesregierung hat in diesen Fragen politisch versagt“, so Dr. Claudius Moseler. Grundsätzlich wendet sich die Partei gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. „Es ist ein Skandal, dass sich die grüne Wirtschaftsministerin Lemke für diese Abkommen einsetzt“, so Moseler weiter.

In einer engagierten Rede stimmte die ÖDP-Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Görezs die über 40 anwesenden Parteimitglieder auf die bevorstehende Landtagswahl ein. „Wir sind die glaubwürdigen Unterstützer der direkten Demokratie. Wir sind bei TTIP & Co. keine Lavierer, sondern Fundamentalkritiker. Wir sind die, die sich starkmachen für die, die sich von der Politik nicht nur abgehängt fühlen, sondern abgehängt werden. Wir sind die, die das ‚C‘ nicht im Namen tragen, sondern im Programm haben und mit Fug und Recht nach dieser päpstlichen Umwelt-Enzyklika behaupten können, Franziskus ist ein Ökodemokrat.“

Schimmer-Görezs weiter: „Sorge dich nicht, lebe‘ haben wir vor Jahren übersetzt in ‚Spaß muss sein, Verantwortung auch‘.“ Die ÖDP-Bundesvorsitzende betonte, dass aus dieser Verantwortung heraus die ÖDP den Finger in die Wunden unserer Zeit, unserer Gesellschaft legt.

*Kontakt: ÖDP-Landesverband Rheinland-Pfalz
Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 20, Fax: (0 61 31) 67 98 15
E-Mail: buerou@oedp-rlp.de
Weitere Informationen: www.oedp-rlp.de*

Niedersachsen

Aufbruchstimmung beim Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen

Es war der wohl heißeste Landesparteitag in der Geschichte der niedersächsischen ÖDP! Bei bis zu 38°C im Schatten hatten die Teilnehmer in Braunschweig am 04.07.2015 eine umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen. Da blieb kein Hemd trocken.

Nach den Regularien konnte der Landesvorsitzende Martin F. Dreß als ersten Höhepunkt des Tages einen Vortrag von Politikwissenschaftler Tim Weber („Mehr Demokratie e.V.“, LV Bremen/Niedersachsen) ankündigen. Mit dem Thema „Direkte Demokratie in Niedersachsen – Stand der Diskussion und Perspektiven“

packte der Referent ein heißes Eisen an. Martin F. Dreß: „Wir sind sehr gespannt. Denn im nächsten Jahr sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. In Sonntagsreden sind auch die Politikerinnen und Politiker der etablierten Parteien – einschließlich der Grünen – für plebiszitäre Elemente. Doch was ist bisher verbessert worden?“ (siehe dazu separater Beitrag).

Nach der Mittagspause konnte Theo Gassmann aus Ronnenberg erste Ergebnisse des Strategie-Workshops „Ratschlag“ vorstellen. Neben der Aktivierung von Mitgliedern gab es viele gute Impulse, die nun vom Landesvorstand intensiv weiterverfolgt werden.

Einer dieser Impulse wurde gleich auf dem Parteitag umgesetzt. Das hochwertige Markenzeichen, keine Firmenspenden anzunehmen, wurde nun auch in der Landessatzung verankert. Im frisch gedruckten Flyer der Niedersachsen-ÖDP prangt ein Stempel „Garantiert frei von Firmenspenden“, der inzwischen auch die Website ziert.

Weiter ging es mit dem Thema „Datenschutz“. Hier habe die ÖDP auf allen Ebenen einen erheblichen Nachholbedarf, so Dreß. Daher nehme die ÖDP in Niedersachsen aufgrund leidvoller Erfahrungen nun eine Vorreiterrolle ein. Die Landessatzung wurde um einen Paragrafen mit folgendem Wortlaut ergänzt: „Alle Funktionsträger des ÖDP-Landesverbands Niedersachsen und aller Untergliederungen, wie z.B. Vorstandsmitglieder, Sprecher, Delegierte oder Inhaber sonstiger Funktionen oder Aufgaben für die ÖDP sind verpflichtet, eine Datenschutzerklärung zu unterschreiben.“ Damit soll auf die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und einen sensiblen Umgang mit personenbezogenen Daten hingewiesen werden.

Mehr politisches Potenzial hatte ein Antrag von Dr. Björn Benken aus Braunschweig an den LPT. „Die ÖDP setzt sich dafür ein, bei Bundes- und Landtagswahlen spezielle Wahllokale ausschließlich für Erstwähler einzurichten“, lautete die Forderung. Hintergrund sei, so Benken, dass die derzeit zu beobachtende sinkende Wahlbeteiligung in erster Linie durch einen dramatischen Einbruch der Wählerzahlen in der Untergruppe der jungen Wahlberechtigten im Alter zwischen 18 und 29 Jahren mit niedrigem Schulabschluss verursacht sei. Das habe eine Studie ergeben. Wer dreimal hintereinander nicht zur Wahl gegangen sei, sei als Wähler sta-



tistisch gesehen verloren. Wer es hingegen geschafft habe, die Hürde der Erstwahl zu meistern, werde mit einer recht hohen Wahrscheinlichkeit auch weiterhin zur Wahl gehen.

„Psychologische Hemmnisse verhindern eine erfolgreiche Erstwahl-Teilnahme“, führte Benken weiter aus. Er forderte ein eigenes Wahllokal mit entsprechender „Willkommenskultur“ für Erstwähler; auch eine eigene Wahlparty sei denkbar. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Personell gab es im Landesvorstand leichte Veränderungen. Während Mechthild Hans und Rolf Brinkmann als Beisitzer ausschieden, wurde Marion Fick-Tiggers aus Wiesmoor als neue Beisitzerin gewählt.

Mit einem Ausblick auf die niedersächsischen Kommunalwahlen 2016 schloss Martin F. Dreß den Parteitag. „In einigen Kommunen Niedersachsens zeichnet sich eine Kandidatur der ÖDP ab. Dazu gibt es unsere volle Unterstützung. Packen wir's an!“

Auf Einladung der niedersächsischen ÖDP hatte Politikwissenschaftler Tim Weber am 04.07.2015 die Gelegenheit, vor den Teilnehmern des Landesparteitags zu referieren. Als Geschäftsführer von „Mehr Demokratie e.V.“ in Bremen/Niedersachsen war sein Thema „Direkte Demokratie in Niedersachsen – Stand der Diskussion und Perspektiven“.

Volksentscheide machen glücklich!

Der Verein sei 1988 gegründet worden und zähle bundesweit derzeit etwa 8.000 Mitglieder, so Weber. Es sei ihm eine Herzensangelegenheit, die parlamentarische Demokratie durch Einführung und Verbesserung direkter Instrumente weiterzuentwickeln. Zwar stehe im Grundgesetz, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe. Viele Bürger würden sich jedoch nicht als souverän erleben. Daher sei es das Ziel, die Modalitäten der Volksbegehren in den Ländern – speziell in Niedersachsen – zu verbessern, aber auch auf Bundesebene dieses Element der direkten Demokratie endlich einzuführen.

„Es gibt Untersuchungen, die zeigen, dass Volksentscheide glücklicher machen. Der Bürger erlebt sich durch seine Teilnahme als Gestaltender. Und Volksentscheide sind eine große Chance, die Gesellschaft zu politisieren“, so Weber.

Seit den 2000ern sei in allen Bundesländern die Möglichkeit von Bürgerbegehren geschaffen worden. Das betreffe sowohl die kommunale wie die Landesebene. Nur auf Bundesebene gebe es diese Möglichkeit (noch) nicht. Im Ranking der 16 Bundesländer nehme Niedersachsen einen schwachen Platz 13 ein. Seit Einführung der direktdemokratischen Elemente seien in Niedersachsen ca. 90, in Bayern dagegen ca. 1.500 Bürgerentscheide durchgeführt worden.

Dieser große Unterschied komme durch restriktive Bestimmungen in Niedersachsen zustande, erläuterte Weber. In Niedersachsen seien hohe Unterschriften- und Zustimmungsquoten zu erfüllen. Ferner gebe es viele Themenausschlüsse. Und sobald ein rechtliches Verfahren begonnen habe, sei ein Bürgerbegehren dazu nicht mehr zulässig. Niedersachsen sei zudem das einzige Bundesland, in dem ein Bürgerbegehren keine aufschiebende Wirkung habe.

Die größte Hürde für die direkte Demokratie in diesem Flächenland sei jedoch der Kostendeckungsvorschlag. Dieser sei obligatorisch, wenn das Ergebnis des Bürgerbegehrens mit Kosten verbunden sei. Dadurch würden die Bürger deutlich überfordert.

„Aktuell gibt es in Niedersachsen einen Referentenentwurf zum Bürgerentscheid. Dieser kommt bald in die parlamentarische Diskussion. Daher gibt es Hoffnungen, deutliche Verbesserungen zu erreichen“, schloss Weber seinen Vortrag.

Martin F. Dreß, Landesvorsitzender der ÖDP, dankte Tim Weber für seinen klaren und fundierten Vortrag. Zugleich verwies Dreß darauf, dass die ÖDP eine Partei der direkten Demokratie sei. „Auf allen Ebenen müssen Bürgerentscheide ohne hohe Hürden möglich sein!“, forderte Dreß.

*Kontakt: Landesverband Niedersachsen
26160 Bad Zwischenahn, Hogen Kamp 9
Tel.: (044 03) 699 00 09
info@oedp-niedersachsen.de*

Nordrhein-Westfalen

Aktionen und Diskussionen

Die letzten Monate der nordrhein-westfälischen Ökodemokraten waren geprägt durch Aktionen und die Intensivierung medialer Öffentlichkeitsarbeit.

So stand auch unser Landesparteitag in Aachen im Zeichen von Aktion, Diskussion und Zukunftsperspektiven für die ÖDP-NRW. Wir blickten zurück auf erfolgreiche Proteste wie die Anti-AKW-Demo in Tihan-

ge (Belgien), die Braunkohleketten (Garzweiler) und den Infostand vor dem Landesparteitag der NRW-Grünen (Bielefeld), bei dem wir die Grünen mit Möhren an ihre Wurzeln erinnerten und die Delegierten dazu aufriefen, sich gegenüber ihren Funktions- und Mandatsträgern entschieden gegen eine 3%-Hürde auf kommunaler Ebene einzusetzen. Am Landesparteitag selbst organisierte der Kreisverband Aachen-Dueren-Heinsberg eine „Entschleunigungsdemo“ mit etwa 50 Personen, die mit Plakaten wie „Höher, schneller, weiter – gehts nicht auch gescheiter?“ unter dem Klang von



Landesparteitag der ÖDP NRW in Aachen im September 2015

afrikanischen Drums durch die Aachener Innenstadt zogen. Ziel war es, auf die „Verschleunigung des Lebens“ (Zitat Kurt Rieder – Organisator der Demo) aufmerksam zu machen.

Inhaltlich beschäftigten sich die Delegierten mit Fragen der „sexuellen Vielfalt“ und dem Bildungsplan der baden-württembergischen Landesregierung. Hier stellte sich heraus, dass die ÖDP-NRW wie jeher ein toleranter, offener, aber nicht unkritischer Verband ist. Weiterhin beschäftigte uns erneut das Thema einer möglichen 3%-Hürde auf kommunaler Ebene, welche die Landtagsparteien in der Landesverfassung verankern wollen und damit nicht nur den Wählerwillen übergehen, sondern auch die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtshofs (Münster). Auch bildungspolitisch gehen wir voran und wollen beim nächsten Landesparteitag darüber debattieren, inwiefern Grundrechte und unser Grundgesetz altersgerecht in Schulen vermittelt werden kann.

Besonders erfreulich war es für uns, die neue Landesgeschäftsführerin Kim Hüttig in das Landesvorstandsteam aufzunehmen. Die Nachwahl war nötig, da der amtierende LGF von seinem Amt zurückgetreten war. Kim Hüttig (26-jährige Erzieherin) ist stellvertretende

Kreisvorsitzende in Aachen und eine bildungspolitische Bereicherung für die ÖDP-NRW. Durch die Wahl wurde ebenfalls deutlich, dass in den Vorstandsämtern eine zunehmende Verjüngung stattfindet. Abgerundet wurde der Landesparteitag durch ein Presse-seminar unseres Bundespressesprechers Pablo Ziller (Berlin), ein Vortrag zu Einsparungen und möglichen Perspektiven im Gesundheitswesen durch Dr. Manfred Link (Bundesvorstand) sowie das von Kurt Rieder (Aachen) weiterentwickelte System eines Grundeinkommens. Am Abend beehrte uns unser Europaabgeordneter Prof. Dr. Klaus Buchner (Brüssel) bei einer gut besuchten öffentlichen Veranstaltung mit einem Vortrag zur aktuellen Situation im EU-Parlament und diskutierte mit einer großen Zahl von Interessierten über aktuelle politische Fragen.

Das Resümee des Landesparteitags war abschließend: Wir wollen geschlossen und stärker denn je in den Landtagwahlkampf 2016/2017 einsteigen und werden alles Nötige tun, um noch erfolgreicher als bisher aus der Wahl hervorzugehen.

Kontakt: ÖDP-Landesgeschäftsstelle NRW,
Weseler Str. 19–21, 48151 Münster,
Tel.: (02 51) 76 02 76 45
info@oedp-nrw.de

GRÜNDUNGS AUFRUF!

Gründungsaufruf für einen Bundesarbeitskreis „Teilhabe“

Teilhabe umfasst alle Lebenswege für Menschen mit und ohne Behinderung, um in Toleranz, gegenseitigem Respekt und Würde miteinander zu leben. Schaffen wir einen Bundesarbeitskreis Teilhabe, um diese Herausforderung anzunehmen und Lösungen zu schaffen, die nach Artikel 1 der UN-Behindertenkonvention seit 2009 auch für Deutschland gilt.

Mein Lebensmotto ist, das Miteinander im Herzen der Menschen mit und ohne Behinderung zu erreichen. In Bingen am Rhein erblickte ich 1963 das Licht der Welt. Nach meinem Abitur und FH-Diplom arbeitete ich als Krankenhausbetriebswirtin (FH) sowohl für die Uniklinik Mainz als auch für den Landesverband der Betriebskrankenkassen Rheinland-Pfalz, bis ich durch meine eigene Behinderung 1999 EU-Rentnerin wurde. Doch die Hände in den Schoß zu

VERANSTALTUNGSTIPP

Mehrere ÖDP-Kreisverbände sowie der Verein „Lebenswerter Hochrhein e.V.“ und die Initiative zum Schutz vor Elektrosmog Südbaden e.V. laden ein zu der Veranstaltung

„Mobilfunk und kein Ende? Ein Forum fragt nach!“

am 13. November 2015
16:00 Uhr

im Pfarrsaal St. Urban, Hauptstraße 42
in Freiburg-Herdern.

Hochkarätige Referenten, u.a. unser ÖDP-Europaabgeordneter Prof. Dr. Klaus Buchner, Dr. med. Wolf Bergmann und Ulrich Weiner, werden das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Für die Moderation der Veranstaltung konnten wir Florence von Bodisco gewinnen.

Bei Fragen zum Kongress können Sie sich direkt an die ÖDP Freiburg wenden: oedp-freiburg@gmx.de

legen, war noch nie mein Weg. Seit damals engagiere ich mich bis zum heutigen Tag ehrenamtlich in unterschiedlichsten Behindertenorganisationen, unter anderem als Vorstandsmitglied und Peer-Counselorin für das ZsL Mainz e.V. Für den Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. wirke ich als Patientenvertretungs-Sprecherin mit. Die Mitgliedschaft in der ÖDP möchte ich für Menschen mit und ohne Behinderung nutzen, um gemeinsam Barrieren abzubauen.

Ich würde mich sehr darüber freuen, mit Ihnen zusammen etwas zu bewegen, denn dafür ist es nie zu spät. Packen wir es an!

Wenn Sie Interesse haben, dann melden Sie sich bitte bei Heidi Hauer unter: ErwinRHauer@t-online.de oder telefonisch unter: (01 70) 8 11 49 11.

Wachstum ohne Grenzen? Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

ödp

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsdatum

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....
Frühere Parteimitgliedschaften:

..... von bis

..... von bis

.....
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)
- ermäßigten Beitrag von 1,00 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 12,00 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
- Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
- jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, Scientology und ein Eintreten für die „Neue Germanische Medizin“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 32 Jahren).

X
Datum

X
Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Pommerngasse 1 | 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: (09 31) 4 04 86 - 29
info@oedp.de | www.oedp.de

ÖDP-Mitglieder helfen den Geflüchteten

Viele unsere Mitglieder bewegt die dramatische Situation an Europas Außengrenzen und die Situation der Geflüchteten vor Ort in ihren Heimatorten. Zwei ÖDP-Mitglieder haben sich sehr für die Flüchtlinge engagiert und damit den Menschen ein Stück ihrer Würde zurückgegeben. Daher möchten wir Ihnen auf den folgenden Seiten ihre Aktionen vorstellen. Ihr Engagement ist herausragend und vorbildlich zugleich. Wir wünschen den Aktiven weiterhin viel Mut und Kraft bei ihren Aktionen. Auch freuen wir uns, von anderen Mitgliedern ihre persönlichen Erfahrungen mit der Flüchtlingskrise geschildert zu bekommen.

Hautnah an Europas Außengrenze

Johanna Weigl-Mühlfeld besuchte im Juni 2015 die griechische Insel Lesbos. Wo andere Urlaub machen, packte das ÖDP-Mitglied an und erlebte geflüchtete Menschen am Rande des Zusammenbruchs.

von Johanna Weigl-Mühlfeld

Es vergeht kein Tag, an dem in den Medien nicht über die Krise in Griechenland berichtet wird. Aber wie geht es den Menschen dort wirklich? Ich wollte mir selbst ein Bild von der Situation vor Ort machen. Die Insel Lesbos wählte ich gezielt, da ich eine Frauenkooperative, die dort florierende Läden und Restaurants mit selbst erzeugten Lebensmitteln betreibt, besuchen wollte. Eigentlich sollte es ein ganz normaler Erfahrungsurlaub werden. Aber was ist schon normal?

Vom Flughafen nahe der Hauptstadt Mytilini fuhr ich mit einem Mietauto nach Norden in die 70 km entfernte kleine Stadt Molyvos, ein Ort mit 1.500 Einwohnern, in dem ich ein Zimmer gebucht hatte.

Bereits am ersten Morgen auf dem Weg zum Frühstückseinkauf sah ich an einer Bushaltestelle ca. 100 Menschen mit Rucksäcken sit-

zen: Kinder, Alte, aber auch viele junge Männer. Neugierig fragte ich im Bäckerladen den griechischen Verkäufer, wer diese Menschen wären. Ob ich es nicht wüsste: Es seien Refugees – Flüchtlinge. Im Frühjahr wurde auf Drängen der EU und insbesondere der deutschen Regierung die Landesgrenze zwischen der Türkei und Griechenland mit militärischen Mitteln dicht gemacht. Ein Durchkommen ist dort seither nicht mehr möglich. Daher wählen die Flüchtlinge die Route über das Meer auf die Inseln. Und seit Mai kommen jeden Morgen Hunderte von Flüchtlingen aus der Türkei, meist Syrer und Afghanen.

Das Ziel der Menschen ist ausnahmslos die polizeiliche Registrierung in der Hauptstadt Mytilini, wo die großen Fähren in Richtung Piräus/Athen ablegen. Ein beschwerlicher Weg über die Berge.

Ich dachte mir, wie die kleinen Kinder und die alten Menschen bei der Hitze die 70 km über die Berge schaffen sollen. Es ist, so wie ich von Griechen hörte, den Flüchtlingen verboten, Busse oder Taxis zu benutzen. Auch Hotels sind für sie tabu. Kurzerhand kaufte ich Brot und Wasser, lud mein Auto voll, fuhr zur Bushaltestelle und verteilte meine Lebensmittel. Der Verkäufer lächelte über meine Aktion – oder lachte er mich gar aus?

Die Menschen zögerten erst, dann nahmen sie schweigend, aber sichtlich dankbar mit einem Kopfnicken die Lebensmittel an.

Ich erkundigte mich bei meiner deutschen Vermieterin, Eva Traumann, die seit ihrer Kindheit dort lebt, nach der Situation. Elias Bierdel von „borderline europe“ ist derzeit in Molyvos mit dem Ziel, dort an der Küste ein Camp für die Erstversorgung zu errichten. „Honorige“ Griechen in der Stadt weigerten sich bislang zu helfen.

Auf halbem Weg zur Hauptstadt gibt es wohl ein kleines provisorisches Camp in einem ehemaligen Lagerhaus, das von engagierten Frauen mit kirchlichen Mitteln betrieben wird. Dort bekommen sie zumindest etwas zu essen und können schlafen.

Ich überlegte kurz: Ich hatte ein Auto und ich hatte Zeit. Also fuhr ich zur Bushaltestelle und lud die

erste Familie mit kleinen Kindern ein. Die Menschen vertrauten sich mir blind an. Auf der halbstündigen Fahrt fragte ich meine Passagiere, soweit eine Verständigung möglich war, weshalb sie auf der Flucht waren. Und immer wieder lautete die Antwort gleich: Es ist der Krieg in ihren Ländern. In Europa erhoffen sie sich Frieden.

Auf dem Weg begegneten mir Ströme von Flüchtlingen. Den Kofferraum hatte ich immer voll mit Wasserflaschen, die ich bei Bedarf verteilte. Ein holländisches Ehepaar, das ebenfalls Flüchtlinge fuhr, informierte mich, dass das Mitnehmen von Flüchtlingen illegal wäre. Ich konnte dies kaum glauben. Immer wieder sah ich Militäräster auf dieser Strecke fahren, jedoch nahmen sie keine Flüchtlinge auf. Ich sah keinerlei staatliche Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln oder anderen Hilfsgütern. Es schien nur eine Frage der Zeit, bis es zu ersten Todesfällen durch Verkehrsunfälle, infolge von Wassermangel (Dehydrierung) oder allgemeiner Erschöpfung kommen würde.

Am dritten Tag nahm ich eine schwangere Frau auf. Ihr Englisch sprechender Mann erzählte mir, dass sie schon einige Tage über der Zeit wäre. Jetzt hieß es aber, Gas geben. Am Camp angekommen, winkten mich dort wartende Polizisten heran. War ich etwa

zu schnell gefahren, schoss es mir durch den Kopf. Jedoch verwarnen sie mich nur wegen der Flüchtlingsfahrten: „You will get trouble!“ Wenn sie mich noch einmal mit Flüchtlingen im Auto sähen, würden sie eingreifen, denn private Transporthilfe wäre ausdrücklich

verboten und würde nach den dort geltenden „Schlepper“-Gesetzen mit bis zu zehn Jahren Gefängnis geahndet. Der Autoverleiher wurde ebenso informiert und wollte gar mein Auto konfiszieren. Ich habe mich als unwissende Touristin getoutet (was ich ja im Vorfeld tatsäch-

Information zur Situation in Lesbos

Im Zeichen des anhaltenden Krieges in Syrien und Irak hat die Zahl der Menschen, die auf dem Meerweg Lesbos erreichen, in diesem Jahr dramatisch zugenommen. Die Strände von Molyvos sind bevorzugte Ziele der Flüchtlingsboote, weil hier der Abstand zur gegenüberliegenden, türkischen Küste nur wenige Kilometer beträgt.

Problematisch ist auch, dass im Zuge der Wirtschaftskrise in Molyvos die Stadtverwaltung aufgelöst worden ist. Es gibt auf Lesbos mit seinen 90.000 Einwohnern nur mehr in der Hauptstadt eine Verwaltungseinrichtung. Rund 25.000 Flüchtlinge sind allein bis Juli 2015 nach Lesbos gekommen. Die Behörden sind damit vollkommen überfordert.

Die Bezirksregierung in Mytilini hat im Juni für die NGO „borderline-europe“ die Errichtung eines Camps an der Küste in Molyvos genehmigt. Die Entscheidung wird in

Teilen der Gemeinde jedoch skeptisch gesehen. Befürchtet wird die Etablierung eines dauerhaften „Flüchtlingslagers“ in Molyvos mit den damit verbundenen schädlichen Folgen für den Tourismus.

Wohl gibt es in Molyvos eine ganze Reihe von privaten Initiativen, die in bewundernswerter Weise Solidarität mit den Ankommenden bewiesen haben. Bürgerinnen und Bürger von Molyvos – Einheimische ebenso wie Mitglieder der internationalen Community – sammeln und verteilen Essen, Wasser, Kleidung, Windeln und Decken für die Ankommenden, die oft völlig durchnässt und erschöpft den Ort erreichen. Von staatlicher Seite gibt es dagegen so gut wie keine Unterstützung. Mittlerweile sind diese privaten Initiativen jedoch heillos überfordert.

Ähnliche Situationen herrschen auf anderen griechischen Inseln wie Kos, Rhodos oder Samos.



lich war) und mich damit aus der Situation gerettet. Oh Gott, nochmal gut gegangen!

Doch was nun? Däumchen drehen und an den Strand legen? Der Fahrdienst schien mir jetzt, da die Gesetzeshüter mich beäugten, doch zu gefährlich und ich hatte keine Lust, in griechischen Gefängnissen zu versauern. Wer würde mich da wohl rausholen?

Also fuhr ich morgens an die Küste und half Eric Kempson, einem Engländer, der dort schon seit Jahrzehnten lebt, die Flüchtlinge bei der Ankunft mit Wasser, Brot und Obst zu versorgen.

Ein BBC-Team war eines Morgens vor Ort, das auf Intervention von Eric auf die Insel kam, und drehte einen Film über das Flüchtlingsdrama. Auch das griechische Fernsehen wollte in einem Interview von mir wissen, ob die Flüchtlingssituation mich als Tourist stören oder gar abschrecken würde. „Nein“, sagte ich, „mich stört nur, dass es mir polizeilich verboten wurde, Flüchtlinge ins Camp zu fahren.“ Ich vermute mal, dass dieser Ausschnitt nicht gesendet wurde.

Im Meer sahen wir Schnellboote

unbekannter Nation die Küste zur Türkei kontrollieren. Mit dem Fernglas konnte man beobachten, wie diese Schnellboote die Schlauchboote der Flüchtlinge abdrängten – zurück in die Türkei. Trotzdem schafften es die Flüchtlinge auf den Schlauchbooten, die kurze Strecke zu überwinden. Rund 60 Menschen befanden sich auf einem Schlauchboot, das wegen der hohen Personenzahl tief im Wasser lag. Meistens kamen sie triefnass an. Viele können nicht schwimmen und auch mit Schwimmwesten ist es für sie ein gefährliches Unterfangen. Eine junge Frau hatte bei der Ankunft eine Panikattacke. Sie schrie und wollte weglaufen. Ich nahm sie in den Arm und versuchte, sie zu beruhigen: „Du bist in Europa, du bist hier sicher, it's ok, it's ok!“ War es das wirklich? Angesichts brennender Flüchtlingsheime in Deutschland bin ich mir da nicht mehr so sicher.

Wie kommen die Griechen mit dieser Situation zurecht? In unserem Landkreis Ebersberg mit 130.000 Einwohnern haben wir derzeit 800 Flüchtlinge – und ein Jammern und Wehklagen geht durch die gesamte gesellschafts-

politische Riege. Es ist beschämend, wie wenig Solidarität die Regierung und Bevölkerung Griechenlands in diesen schweren Zeiten seitens der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten erfährt.

Meist habe ich abends in einer griechischen Taverne gegessen – abseits vom Tourismus. Der Wirt, Kostas hieß er, hat mich nach einigen Tagen sogar zum Essen eingeladen. Meine Erfahrung in diesen



Amani Jasem mit ihren Kindern an einer Straße in der Hauptstadt Mytilini.

zehn Tagen war, dass die Griechen sehr offen und freundlich zu Deutschen sind. Es gab keinerlei Ressentiments. Kostas erzählte mir, dass er sehr wohl unterscheidet zwischen den Entscheidungen und Aussagen von deutschen Politikern und den Deutschen an sich.

Eines Abends auf dem Weg zu meiner Taverne sah ich eine Gruppe Flüchtlinge am Straßenrand sitzen. Eine Mutter hielt besorgt ein schreiendes Kind im Arm. Ich hielt an und fragte, ob ich helfen könnte. Ich untersuchte (mit meinem geringen medizinischen Verständnis) das Kind. Hier konnte nur ein Arzt helfen. Ich hielt ein Auto an und bat um Benachrichtigung einer Am-

balanz. Eine Stunde verging – niemand kam. Ich fuhr daraufhin zum ehemaligen Bürgermeister (der dort eines der größten Hotels besitzt) und verlangte in der elitären Lobby lautstark nach einem Arzt. Auf seine Intervention hin hat sich nach zweieinhalb Stunden doch eine Ambulanz um das Kind gekümmert. Der Arzt wollte nur die Mutter und den kranken Buben mitnehmen, nicht aber ihre beiden kleinen Töchter und ihren Ehemann. Mit Bitten und Reden überzeugte ich ihn, dass es für eine Familie dramatisch wäre, wenn sie auf der Flucht getrennt würde. Er ließ sich überreden und bat mich, ihn nicht bei der Polizei zu verraten. Ich schwor es ihm hoch und heilig.

In diesen Stunden des Wartens habe ich mich mit „Händen und Füßen“ mit den Syrern unterhalten. Amani Jasem hieß die Frau,

Auch die sanitären Einrichtungen waren viel zu wenig: Ich sah nur zwei Toilettenwagen für 1.500 Menschen!

ihre älteste Tochter konnte etwas Englisch und sie übersetzte unsere Konversation. Sie alle fliehen vor der IS, es gäbe in Syrien keine Sicherheit mehr, täglich würden Menschen getötet oder verschleppt. Und doch sah ich in den Gesichtern keine Spur von Verzweiflung, eher Erleichterung, da sie dem Grauen noch entronnen waren. Ich dachte bei mir: Was müsste mir passieren, damit ich alles hier aufgeben und nur mit einem Rucksack in ein fremdes Land gehe?

Hungrig und erschöpft machte ich mich auf den Weg zum verspäteten Abendessen. Und doch machte ich mir Vorwürfe: Warum war ich nicht mit zum Krankenhaus gefah-

ren? Wie kam die Familie jetzt weiter? Ob alles gut ging?

Am Rückreisetag fuhr ich auf der Fahrt zum Flughafen daher noch in das offizielle Aufnahmelager in der Hauptstadt, um Amani mit ihren Kindern zu finden. Eigentlich verrückt, dachte ich mir, ich finde die Familie dort niemals unter den 1.500 Flüchtlingen und die Zeit drängt: Mein Flug ging in zwei Stunden. Doch schon am Eingang des Camps begrüßten mich einige Syrer mit einem herzlichem

te meinen Koffer. Jedoch viele Dinge wie Bikini oder Shorts sind für muslimische Frauen undenkbar. „Mein Gott“, dachte ich beschämt, „was für einen Kram schleppst du mit dir mit?“

Amani schaute mich mit ihren braunen Augen dankbar an, nahm mich in den Arm und strahlte über das ganze Gesicht. Ich wünschte, ich könnte sie mit ihrer Familie einfach mitnehmen. Überschlug kurz, was wir dazu bräuchten: ein Visum, ihre Pässe hatten sie. Plätze im Flugzeug? Das war ein Problem. Schon bei der Buchung im Reisebüro wurde mir gesagt, dass es nurmehr zwei freie Plätze für meinen Rückflug gab.

„Johanna, komm wieder auf den Boden der Tatsachen“, sagte ich zu mir. Aber es wäre doch möglich, oder?

Am Flughafen angekommen – knapp, aber noch rechtzeitig –, hetzte ich in das Flugzeug. Erst als wir vom Rollfeld abhoben, nahm ich es wahr: Die Hälfte der Plätze war leer. ■

Johanna Weigl-Mühlfeld, Jahrgang 1960, arbeitet in der Software-Entwicklung am ifo-Institut in München und ist ÖDP-Kreisrätin im Landkreis Ebersberg und ÖDP-Mitglied seit 1999.



johanna.muelfeld@ebe-online.de

borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

... ist eine nicht staatliche Organisation, die durch unabhängige Untersuchungen und Öffentlichkeitsarbeit für die Wahrung der Menschenrechte, insbesondere an den EU-Außengrenzen eintritt. Die Organisation wurde 2007 u.a. vom Journalisten Elias Bierdel gegründet und 2012 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet.

Elias Bierdel ist ein deutscher Journalist und arbeitet seit 2010 am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung. Er war von 2002 bis 2004 Leiter und Vorsitzender der Hilfsorganisation Cap Anamur/Deutsche Not-Ärzte.

Weitere Infos dazu unter: www.borderline-europe.de → Nothilfe Lesbos
Bankverbindung borderline-europe e.V.: GLS Bank Bochum
IBAN: DE11 4306 0967 4005 7941 00 | BIC: GENODEM1GLS

Hilfsaktion für Flüchtlinge

ÖDP-Mitglied engagiert sich vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales in Berlin für Geflüchtete.

von Marco Bulla

Am 11. August kursierte ein Video in den sozialen Netzwerken, welches die Missstände bei der Erstankunft der Flüchtlinge vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales in Berlin darstellte. Mit Tränen in den Augen saß ich vor dem Rechner und war fest entschlossen, irgendwie zu helfen. Die anderen Berichte zu dem Flüchtlingsdrama waren immer weit weg für mich, doch diesmal standen die hilflosen Leute nur wenige Minuten von meiner Wohnung entfernt auf einem Gelände, an dem ich oft mit dem Auto vorbeifahre.



Foto: Marco Bulla

So entstand kurzerhand ein Post auf meiner Facebookseite und eine kleine E-Mail an Freunde und Bekannte mit der Ankündigung, Geld einzusammeln, um am nächsten Tag dringend benötigte Lebensmittel, Gutscheine und Dinge des alltäglichen Bedarfs einzukaufen und diese dann direkt zum Helferteam vom Verein moabit-hilft zu bringen. Der Verein engagiert sich dort ehrenamtlich und versorgt die ankommenden Flüchtlinge. Die Berliner Behörden sind mit der gesamten Situation maßlos überfordert!

Nach wenigen Stunden hatte ich knapp über 900 Euro an Spenden. Der Aufruf wurde geteilt und verbreitete sich entsprechend. Am nächsten Morgen waren es schon über 1.200 Euro und wir konnten das erste Mal Lebensmittel, Schuhe

und Hygieneartikel einkaufen, um sie dann persönlich an die Flüchtlinge zu verteilen.

Wir haben von allen Aktivitäten Fotos gemacht, einen kleinen Bericht geschrieben und die Leute mehrmals täglich auf den neuesten Stand gebracht. In den nächsten Tagen wiederholte sich das Spiel und die Spendenuhr stieg immer weiter, sodass wir nach einer Woche 5.000 Euro zusammen hatten. Nach dem täglichen Kontakt mit den Koordinatoren vor Ort wurde weiterhin früh eingekauft, alles abgeliefert, Fotos gemacht, Bericht geschrieben und alles online gestellt. Aufgrund der vielen Besuche kamen viele Hintergründe zutage, die nur ein Kopfschütteln verursachen können. Der Senat ließ die gesamte Versorgung – ärztlich wie ernährungs-

ONLINE-TIPP

<http://moabit-hilft.com>
Artikel in „Die Welt“ über die Situation: <http://tinyurl.com/pyk3x2m>

technisch – von Ehrenamtlichen und durch Privatpenden verschiedenster Menschen abwickeln. Doch so entstand über die Zeit eine tolle Gemeinschaft, die sich mit viel Einsatz der Sache angenommen hat.

Acht Wochen nach dem ersten Aufruf konnten wir 24.500 Euro sammeln und wir gehen immer noch täglich einkaufen und versuchen, alles zu dokumentieren, um den Spendern eine Transparenz zu vermitteln und ihnen auch ein Gefühl für den Stand der Dinge vor Ort zu geben. Ein Bewusstsein schaffen. Sensibilisieren.

Egal, wie es weitergeht, für mich ist der Berliner Senat der große Verlierer dieser ganzen Thematik – es wurden in den ersten Wochen z.B. weder Lebensmittel noch professionelle Helfer zur Verfügung gestellt – und die Bürger Berlins sind die unglaublichen Gewinner. So viel Solidarität und Menschlichkeit habe ich noch nicht gesehen. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir das als Chance nutzen, als Menschen und Volk zu wachsen und gemeinsam eine Welt zu schaffen, in der niemand verhungern oder Angst um sein Leben haben muss.

Marco Bulla,
38 Jahre, selbstständiger
Diplomkaufmann und Gründer
von BASKETBALL
AID e.V.
Tel.: (01 79) 5 01 89 32



marco.bulla@posteo.de

Neues Falblatt „Asyl“ jetzt erhältlich!



Der ÖDP-Bundesverband hat zur aktuellen Flüchtlingsdebatte ein neues Falblatt aufgelegt, welches sich mit dem Thema ausführlich auseinandersetzt.

Neu aufgelegt wurde darüber hinaus auch das Falblatt zum Thema Elektrosmog.

Die beiden Falblätter können ab sofort unter www.oedp.de/service/infomaterial eingesehen und bestellt werden. Bestellungen sind ebenfalls in der ÖDP-Bundesgeschäftsstelle in Würzburg unter Tel.: (09 31) 40 48 60 oder info@oedp.de möglich.

GRÜNDUNGS AUFRUF!

... für einen Bundesarbeitskreis „Asyl und Integration“

Die enorme Zahl an Flüchtlingen hat das Thema „Asyl und Integration“ in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Auch in der ÖDP hat das Thema erheblich an Gewicht gewonnen, weshalb die Gründung eines neuen Bundesarbeitskreises angedacht wird. Die vielfältigen Diskussionen und Informationen könnten gebündelt und in die Partei getragen werden.

Der geplante Bundesarbeitskreis (BAK) soll sich auf sachliche und differenzierte Weise mit ganz konkreten aktuellen Fragestellungen befassen und in besonderem Maße auf die Öffentlichkeitsarbeit der Partei ausgerichtet sein. Es geht zentral darum, die ÖDP in der öffentlichen Aufmerksamkeit als eine Kraft zu

etablieren, der in Bezug auf Asyl, Integration, Migration und Geopolitik Fachkompetenz zugeschrieben wird.

- Zuarbeit für Pressemitteilungen des Bundesverbands und der Landesverbände
- Beschleunigung des Informationsflusses durch Vernetzung
- Planung von Aktionen und Vorträgen
- Gewinnung von Fachleuten

Interessentinnen und Interessenten wenden sich bitte an Matthias Dietrich (Regionalbeauftragter der ÖDP Baden-Württemberg und Mitglied der Bundesprogrammkommission): dietrichmat@web.de

Bundesarbeitskreis Christen & Ökologie

Wie schon beim Evangelischen Kirchentag in Hamburg vor zwei Jahren war der Bundesarbeitskreis Christen und Ökologie auch beim diesjährigen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart mit einem ÖDP-Infostand und einer starken Personengruppe vertreten. Wir hatten im „Markt der Möglichkeiten“ im Bereich „Politische Parteien/Bürgerschaftliches Engagement“ eine etwa drei mal vier Meter große Eckkoje und damit einen verhältnismäßig gut frequentierten Platz. Unaufdringlich boten wir den Passanten unser neues Faltblatt „Leben



Foto: ÖDP Bundespressestelle

mit Zukunft“ und andere Faltblätter der ÖDP an. Interessenten, die bei der bevorstehenden Landtagswahl in Baden-Württemberg wahlberechtigt sind, versuchten wir, für eine Unterstützungsunterschrift zu gewinnen, was in vielen Fällen auch gelang.

Überrascht hat mich, dass doch eine hohe Zahl der Angesprochenen von der ÖDP zumindest schon einmal gehört oder gelesen hatte.

Helmut Graf

Rücktritt des Bundesschatzmeisters Christian Tischler

Ende Juli 2015 erreichte den Bundesvorstand ein Schreiben des Bundesschatzmeisters Christian Tischler. Ihm war auf dem Bundesparteitag im November 2014 in Erlangen das wichtige Amt anvertraut worden. Von 2010 bis 2014 gehörte Christian Tischler dem Bundesvorstand als Beisitzer an. Er zeigte sich in seinem Schrei-

ben enttäuscht über die Entwicklung der ÖDP und sah sich veranlasst, seinen Rücktritt als Schatzmeister und seinen Austritt aus der ÖDP zum 30. September anzukündigen. Zeitgleich machte Christian Tischler sein Austrittsschreiben via Facebook und auf seiner privaten Homepage öffentlich. Den Bundesvorstand traf Christian Tischlers Entscheidung unvorbereitet, zumal im Vorfeld keine diesbezüglichen Gespräche stattgefunden hatten. Wir bedauern den Rücktritt außerordentlich. Der Bundesvorstand nimmt begründete Austritte prinzipiell sehr ernst und konstruktive Kritik jederzeit auf, da es um das Fortkommen der ÖDP geht.

Christian Tischler war in den letzten Jahren in zahlreichen Ämtern in der Partei und bei den Jungen Ökologen engagiert, kümmerte sich insbesondere um die Betreuung des Internetauftritts und leistete ehrenamtlich viele, viele Stunden Arbeit in diesem wichtigen Bereich.

Der Bundesvorstand bedankt sich im Namen der ganzen ÖDP bei Christian Tischler für sein Engagement und wünscht ihm und seiner Familie für die Zukunft alles Gute.

Die erforderliche Nachwahl eines Bundesschatzmeisters wird auf dem Bundesparteitag am 9./10. April 2016 in Würzburg erfolgen. Bis dahin übernimmt das Bundesvorstandsmitglied Christoph Raabs kommissarisch die Aufgaben des Bundesschatzmeisters.



Christian Tischler

Foto: ÖDP Bundespressestelle

ÖkologiePolitik gratuliert!

Der Bundesvorstand der ÖDP gratuliert nachträglich **Dorothea Langer zum 90. Geburtstag!**



Foto: Claudius Bartsch

Sie ist das älteste ÖDP-Mitglied im Kreisverband Märkischer Kreis. Der Bundesvorstand wünscht Frau Langer weiterhin eine stabile Gesundheit und ein ungebrochenes Interesse an politischen Entwicklungen.

Bürgerentscheid gegen Beteiligung an Flugplatzneubau gewonnen!

Ein von Mitgliedern des ÖDP-Kreisverbands Coburg-Kronach Ende 2014 gestartetes Bürgerbegehren, das sich gegen die Beteiligung des Landkreises am Neubau eines Verkehrslandeplatzes richtete, konnte am 14. Juni 2015 mit dem Bürgerentscheid erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Nachdem bereits die Unterschriftensammlung im Landkreis Coburg einen überragenden Zuspruch erfahren hatte – etwa jeder 7. Wahlberechtigte hatte sich in die Listen eingetragen –, fiel das Ergebnis des Bürgerentscheids überdeutlich aus. Mehr als zwei Drittel der Wähler stimmten dafür, dass der Landkreis zum Jahresende aus der Projektgesellschaft für den Flugplatzneubau aussteigt und keinerlei finanzielle Mittel für das Projekt mehr zur Verfügung stellt. Die Deutlichkeit der Entscheidung überraschte selbst die Organisatoren, da vom Kreistag Coburg ein Ratsbegehren gegen das Bürgerbegehren gestellt worden war und in der Fragestellung mit dem Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen „argumentiert“ wurde.

Seit nunmehr etwa zehn Jahren kämpfen Bürger des Landkreises Coburg gegen den Neubau eines Verkehrslandeplatzes bei Meeder. Dort soll eine ca. 1.500 Meter lange Landebahn entstehen, um dort zukünftig Werkflugverkehr, aber auch gewerblichen Luftverkehr abwickeln zu können. Der bereits seit über 100 Jahren existierende Flugplatz Brandensteinsebene im Stadtgebiet von Coburg, der lediglich eine knapp 1.000 Meter lange Asphaltpiste vor-

weisen kann, soll dafür geschlossen werden. Neben dem Flächenverbrauch, der einige Landwirtschaftsbetriebe im Planungsgebiet bedroht, sorgen sich Naturschützer u.a. um ein Brutgebiet des Rotmilans. Aber auch die Anwohner sind aufgeschreckt und verärgert. Zudem droht eine Lärmbelastung der Thermalbadstadt Bad Rodach.

Mehrere ÖDP-Mitglieder hatten sich im vergangenen Herbst an die Arbeit gemacht, das Bürgerbegeh-



V. l.: Heidi Rädlein, Simone Wohnig, Christoph Raabs, Rainer Gretzbach, Thomas Büchner, Angela Ambros (alle ÖDP KV Coburg und OrganisatorInnen des Bürgerbegehrens „Gegen die Beteiligung des Landkreises Coburg am Flugplatzneubau in Meeder“)

ren formuliert und auf den Weg gebracht. Unterstützung bekamen sie vom Bayerischen Bauernverband, dem Landesbund für Vogelschutz sowie einigen örtlichen Bürgerinitiativen. Finanzielle und logistische Hilfe erfuhren die OrganisatorInnen vom ÖDP-Landesverband Bayern. Massiven Gegenwind gab es vonseiten der CSU sowie weiten Teilen der SPD und Freien Wähler

im Landkreis, für welche die Bedürfnisse der örtlichen Wirtschaft im Vordergrund standen.

Mittlerweile überschlugen sich nun die Ereignisse. Ein ähnlich lautendes Bürgerbegehren in Coburg-Stadt ist auf den Weg gebracht. Der Coburger Stadtrat hat daraufhin in einer überstürzten Sitzung des Ferienenats einer Satzungsänderung der Projektgesellschaft zugestimmt, nach der die Stadt Coburg frühestens im Jahr 2025 austreten dürfte. Dieser Beschluss wird wohl noch die Gerichte beschäftigen. Zudem wurde nun bekannt, dass laut einer Stellungnahme der Deutschen Flugsicherung das Gelände bei Meeder für den Bau eines Flugplatzes aufgrund topografischer Hin-

denisse ungeeignet wäre. Dies ist der Planungsgesellschaft bereits seit Jahren bekannt. Dennoch wurden bisher rund 2,5 Mio. Euro für das Planungsverfahren „verbrannt“. Bei Redaktionsschluss stand der weitere Fortgang des Planfeststellungsverfahrens auf der Kippe. Näheres erfahren Sie auf Wunsch unter www.oedp-coburg-kronach.de oder unter [facebook.com/VLPCoburg](https://www.facebook.com/VLPCoburg). ■

Foto: ÖDP Bundespressestelle

Zur Diskussion gestellt

Quo vadis, ÖDP? Verantwortung macht sexy!

Das Mandat im Europaparlament muss gehalten werden.
Aber wie kann das gelingen?

von Florence von Bodisco

Seit Juli 2014 arbeite ich als Mitarbeiterin unseres ersten und einzigen Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner. Das Mandat im Europäischen Parlament ist der größte Erfolg, den die ÖDP in ihrer über 30-jährigen Parteigeschichte je erzielt hat. Mich begleitet stets die Frage, wie wir dieses Mandat halten können, denn es kann nicht im Sinne der ÖDP sein, nach fünf Jahren wieder sang- und klanglos aus Brüssel und Straßburg zu verschwinden, um damit den Kritikern in die Hände zu spielen, die den kleinen Parteien von vornherein ein Scheitern vorausgesagt haben.

Meine Antwort, die als Diskussionsvorschlag dienen soll: Zum einen müssen wir aufhören, Programme zu schreiben, die nur eine sehr kleine Wählerklientel ansprechen. Es muss Priorität haben, neue Wählerschichten zu erschließen, indem wir ein Programm anbieten, das diese auch anspricht. Zurzeit ist das ÖDP-Programm sehr inkongruent.

Ein Beispiel: Die Postwachstumsökonomie ist ein Alleinstellungsmerkmal der ÖDP und spricht moderne, urbane und eher alternativ lebende Menschen an. Demgegenüber steht aber eine konservative Gesellschaftspolitik (Bsp. gegenwärtige Haltung der ÖDP bei der Ehe für alle), die zur oben genannten Klientel nicht passt. Auch hier müssen

sich die ÖDP an die Spitze einer avantgardistischen Politik setzen, die verstanden hat, dass die Gesellschaft vielseitig ist und jeder dort

seinen Platz finden möchte. In vielen urban geprägten Milieus, wie z. B. in Berlin, ist es selbstverständlich, das ständige Wirtschaftswachstum zu kritisieren, im Öko-Laden zu kaufen, grünen Strom zu beziehen und mit Schwulen, Lesben, Transgendern und Bisexuellen befreundet zu sein oder selbst zu dieser Gruppe zu gehören. Das ÖDP-Programm mit einem fortschrittlichen Wirtschaftsprogramm und einem eher konservativen Gesellschaftsbild hat mit Einschränkungen kaum Überschneidungen bei Wählerinnen und Wählern. Die Überschneidungen sind möglicherweise zum Teil in Süddeutschland gegeben, sicherlich aber nicht in anderen Landstrichen Deutschlands, die etwa hauptsächlich großstädtisch geprägt sind.

Zum anderen sollten wir damit aufhören, uns ständig in der Opferrolle zu sehen: „Die Leitmedien ignorieren uns, die großen NGOs wollen nichts mit uns zu tun ha-

ben, die anderen Parteien nehmen uns nicht ernst und das Wahlrecht steht kleinen Parteien auch feindlich gegenüber“ – so lautet die allseits beliebte Klage. Vom Wähler aus betrachtet ist diese Opferrolle nicht sexy! Die Menschen wollen Parteien wählen, die den Willen zur Macht (die bei vielen ÖDPern in der Kritik steht, dabei ist Macht auch nicht per se schlecht!) und zur Verantwortung ausstrahlen und nicht nur über irgendwelche Zustände, die die vermeintlichen Gründe für die Erfolglosigkeit sind, jammern. Sagen wir JA zum Wahltritt bei der Bundestagswahl, JA zur Verantwortung,

*Es muss Priorität haben, neue Wählerschichten
zu erschließen, indem wir ein
Programm anbieten, das diese auch anspricht!*

JA zur Macht! Schauen wir dahin, was wir gut können, wo wir Erfolge erzielt haben und wo wir mit unserem Programm wirklich punkten können! Das setzt aber voraus, sich an der einen oder anderen Stelle zu verändern, um für die Wählerinnen und Wähler attraktiv zu sein. Wir müssen unseren Auftrag, den uns Artikel 21 des Grundgesetzes gibt, ernst nehmen: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Los geht's!

Florence von Bodisco, Politikwissenschaftlerin und Mediatorin, ist 40 Jahre alt und seit 1997 Parteimitglied. Sie hat viele Jahre hauptamtlich die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundes-ÖDP verantwortet.



info@mediatorin.me

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. Dezember 2015.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de

Pablo Ziller (pz)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
pablo.ziller@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Jan Altnickel, Patrick Brehm, Florence von Bodisco, Marco Bulla, Matthias Dietrich, Marina Fraas, Helmut Graf, Gabriela Schimmer-Göresz, Dr. Armin Götte, Paul Holmes, Urban Mangold, Johanna Weigl-Mühlfeld, Dr. Claudius Moseler, Hagen Neugebauer, Christoph Raabs, Dr. Johannes Resch, Martin Schauerte, Dr. Hermann Schweiger, Pablo Ziller

Externe Autoren

Ottmar Miles-Paul

Interviewpartner

Prof. Dr. Jochen Krautz,
Marina Fraas,
Rosi Reindl

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
93138 Lappersdorf, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel.: (0 30) 49 85 40 50, presse@oedp.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf
100% Recycling-Papier gedruckt.

Umgezogen? Neue Kontonummer?

Helfen Sie mit zu sparen!

Bitte geben Sie uns umgehend Bescheid, wenn sich Ihre Adresse oder Ihre Bankverbindung geändert hat! Jeder Lastschrift-Rückläufer kostet die ÖDP drei Euro zzgl. Portokosten.

Vielen Dank!

Neue Adresse:

Vorname, Name

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Tel.

E-Mail

Neue Bankverbindung:

IBAN

BIC

Name der Bank

Bitte senden Sie diesen Abschnitt an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1,
97070 Würzburg, Fax: (09 31) 4 04 86 -29,
E-Mail: mitgliederverwaltung@oedp.de

Zusammengestellt von Pablo Ziller



Flüchtlingskrise folgt auf das Versagen bei anderen europäischen Krisen

(17.09.2015) Tausende Flüchtlinge stehen u.a. an der serbisch-ungarischen Grenze. Viele in der Hoffnung, Europas Politiker und Bürger mögen sich erbarmen und ihnen Asyl gewähren. Menschen aller Altersgruppen fürchten sich vor dem bevorstehenden Winter – Hilfe ist dringend nötig! Christoph Raabs, Bundesvorstandsmitglied der ÖDP, äußert sich zur aktuellen Lage und übt scharfe Kritik an den europäischen Regierungen.

„Ich sehe derzeit ein weiteres Versagen der EU bzw. ihrer Institutionen“, so Raabs. Nach dem Versagen der EU und der westlichen Regierungen, eine friedenspolitische Lösung für den Ukraine-Konflikt zu suchen und auch eine nachhaltige Lösung in der Schuldenkrise in Griechenland zu finden, folge nun das Versagen in der Flüchtlingskrise. Unverzüglich müsse nun ein gesamteuropäischer und von Deutschland maßgeblich mitgestalteter Plan zur Lösung dieser Krisen entworfen werden, mit dem Ziel, endlich eine europäische, nationalstaatenübergreifende Antwort auf die Herausforderung der massiven Fluchtbewegungen zu finden und die Krisen und Kriege in Europa, Asien und Afrika zu beenden.

„Es kann nicht angehen, dass ein geeintes Europa es zulässt, dass Mitgliedsstaaten der EU völlig unkoordiniert Maßnahmen ergreifen, die sich widersprechen, andere Länder in Schwierigkeiten bringen, viel Geld kosten und dennoch das Leid der Flüchtlinge im Zweifels-

fall verschärfen“, so Raabs. Europa und die Europäische Union werden Schaden nehmen, wenn weiter konfus und kopflos reagiert werde. Nationalistische und extremistische Bewegungen und Parteien könnten diese Krise noch stärker ausnutzen, sollten nicht sehr bald Lösungen gefunden werden, die greifen. Das jüngste Statement des luxemburgischen Außenministers Jean Asselborn vom 15. September sei als Weckruf zu verstehen. „Wenn Europa an dieser Herausforderung scheitert, dann gibt es in dieser Form kein Europa mehr!“

„Es steht für mich außer Frage, dass es einer menschenwürdigen und auf den Grundwerten von Gerechtigkeit und Nächstenliebe basierenden Antwort auf die Flüchtlingsfrage eines europaweiten Netzwerks bedarf“, so Raabs. Als Sofortmaßnahmen müssten hinter den Außengrenzen der EU, v.a. in Italien, Spanien, Malta, Griechenland und Ungarn unverzüglich mehrere Anlaufstellen für Flüchtlinge errichtet werden, bezahlt aus einem EU-Topf, mit Personal aus möglichst allen EU-Ländern, mit Ausstattung für Erstversorgung und Registrierung sowie mit ausreichenden Möglichkeiten einer vorübergehenden, menschenwürdigen Unterbringung. Erst auf diese Weise ergebe das existierende Dublin-Abkommen überhaupt einen Sinn: „Die Registrierung von Migranten an den EU-Außengrenzen ist nicht generell falsch, kann aber definitiv nur mit EU-weiter gerechter Lasten-

verteilung und Organisation funktionieren!“, so Raabs.

Ausgehend von diesen Erstaufnahmeeinrichtungen müssten die Flüchtlinge dann anhand eines wie auch immer gearteten Schlüssels koordiniert und sicher auf alle EU-Länder verteilt werden. Dabei seien zwingend vorhandene Bindungen und Beziehungen in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen.

ÖDP kritisiert Abweisung ihrer Klage durch Bundesverfassungsgericht

(21.09.2015) Karlsruhe. Nachdem das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 15. Juli 2015 eine Organklage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) gegen den Deutschen Bundestag als unzulässig verworfen hat, informierten der juristische Bevollmächtigte der ÖDP, Prof. Hans Herbert von Arnim, sowie die politische Spitze der ÖDP am heutigen Montag die Öffentlichkeit auf einer Pressekonferenz in Karlsruhe über den Umgang mit der Ablehnung der Klage. Die ÖDP hatte die Mittelzuweisung an die Bundestagsfraktionen, die politischen Stiftungen der Bundestagsparteien sowie die Finanzierung der Abgeordnetenmitarbeiter im Bundestagshaushalt 2012 als verdeckte Parteienfinanzierung gesehen und dagegen geklagt. Auch sah sich die ÖDP im politischen Wettbewerb eklatant benachteiligt. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hatte wenige Tage zuvor die Hintergrün-

de der Ablehnung der Klage kritisch gewürdigt.

„Wir wollen wirksamste Oppositionspartei gegen diese riesige intransparente Parteienfinanzierung sein“, so Gabriela Schimmer-Göresz, Bundesvorsitzende der ÖDP. Das Bundesverfassungsgericht wollte sich nicht mit der politischen Klasse, den etablierten Parteien, anlegen und habe daher die Klage der ÖDP mit unverständlichen juristischen Manövern abgewiesen. Dies sei völlig inakzeptabel, ebenso wie die Tatsache, dass ein Senatsmitglied, der Berichterstatter Peter Müller, beim Thema verdeckte Parteienfinanzierung selbst vorbelastet sei. Müller hatte als Ministerpräsident des Saarlandes verdeckte Parteienfinanzierung begangen, was durch das saarländische Verfassungsgericht seinerzeit bestätigt wurde. „Derlei Umstände erschüttern den Glauben an eine strikte Trennung zwischen Legislative und Exekutive und schaden unserer Demokratie erheblich“, so Schimmer-Göresz weiter.

ÖDP-Generalsekretär Dr. Claudius Moseler unterstrich in diesem Zusammenhang auch, dass es der ÖDP um einen transparenten und fairen Rahmen für die Parteienfinanzierung gehe. „Leitbild muss dabei für uns sein, dass einerseits eine vernünftige Fraktions-, Abgeordneten- und Stiftungsarbeit möglich ist, andererseits die finanziellen Beträge, von der Öffentlichkeit unkontrolliert, nicht weiter in den Himmel schießen. Ferner müssen nicht nur Oppositionsparteien sachgerecht an der Parteienfinanzierung beteiligt werden, sondern alle Parteien, auch die außerparlamentarischen Parteien“, so Moseler.

Die ÖDP behält sich weitere Schritte gegen das Urteil vor. Eine

Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht sei angedacht, ebenso wie eine Klage an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

ÖDP: Bundesverfassungsgericht ignoriert das Kindeswohl

(22.07.2015) Mit seinem Urteil vom 21. Juli bezeichnet das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) das gegenwärtige bundeseinheitliche Betreuungsgeld von 150 Euro für Eltern, die ihr Kind im zweiten und dritten Lebensjahr selbst betreuen, als verfassungswidrig. Inhaltliche Argumente gegen ein solches Betreuungsgeld fehlen. Es werden lediglich die Voraussetzungen für die Gesetzgebungskompetenz des Bundes verneint, die in Art. 72 Abs. 2 GG genannt sind. Der Vorsitzende des ÖDP-Bundesarbeitskreises für Familie, Soziales, Gesundheit, Dr. Johannes Resch, dazu: „Die im Einzelnen aufgeführten Begründungen für die Nichtzuständigkeit des Bundes sind bei genauer Betrachtung auch auf die vom Bund betriebene Krippenpolitik zu beziehen. Deren Rechtfertigung wäre dann gleichfalls verfassungsrechtlich zu verneinen und den Ländern zu überlassen.“

Die Krippenplatzgarantie durch den Bund werde vom BVerfG damit gerechtfertigt, dass sie im Interesse des Arbeitsmarkts und der Wirtschaft erfolge sei, was für das Betreuungsgeld nicht gelte. Beim Betreuungsgeld sei hingegen, so Dr. Resch, zwingend die Förderung des Kindeswohls anzuführen, das in eigener Verantwortung der Eltern liege. Dazu gehöre auch die Freiheit, ihre Kinder selbst zu betreuen. Das Kindeswohl finde im Urteil des BVerfG keine Beachtung. Die Interessen der Wirtschaft könnten

jedoch, so die ÖDP, niemals vorrangig gegenüber dem Kindeswohl sein. Das sollte in einem neuen Normenkontrollverfahren geltend gemacht werden.

Auch die Feststellung des BVerfG, das Betreuungsgeld ermögliche keine Finanzierung einer privaten Alternative zur Krippenbetreuung, sei kein Argument gegen ein Betreuungsgeld, sondern allenfalls gegen dessen geringe Höhe.

Dr. Resch weiter: „Auf politischer Ebene sollte das Urteil Anlass sein, das Gesamtkonzept der U3-Betreuung mit seiner Diskriminierung von selbst betreuenden Eltern zu überdenken, zumal diese durch den Wegfall des Betreuungsgeldes nochmals verschärft wird. Auch die Benachteiligung von Mehr-Kind-Eltern und von noch in Ausbildung befindlichen Eltern beim Elterngeldgesetz ist hier anzuführen.“

Schlüssig und aus Sicht der ÖDP längst überfällig ist ein einheitliches angemessenes Erziehungsentgelt für alle Kinder unter drei Jahren, das von den Eltern frei verwendet werden kann, ob zur Eigenbetreuung oder zur Finanzierung einer von den Eltern gewählten Fremdbetreuung. Damit wäre dem jetzigen fragwürdigen System verschachtelter Begünstigungen und Benachteiligungen ein Ende gemacht und den Eltern die freie Wahl ihres Lebensstils ermöglicht. „Wenn das Grundgesetz wirklich fordert, dass die U3-Betreuung keine Bundessache, sondern Ländersache zu sein hat, dann fällt die Ausgestaltung eben in die Kompetenz der Länder. Wichtig ist nur, dass eine im Gegensatz zum jetzigen System diskriminierungsfreie und grundgesetzkonforme Lösung gefunden wird, die das Kindeswohl und die Elternfreiheit nicht außer Acht lässt“, so Dr. Resch abschließend.

Zum Artikel „Work-Life-Balance? Work-Life-Bullshit!“

An der Oberfläche des Problems

Liest man die Thesen von Herrn Vasek, so bleibt als erster Eindruck: Jawohl, dem kann ich nur zustimmen. In der Tat verbringt man bei Vollzeit 1/3 des Tages mit der Arbeit, und insgesamt einen erheblichen Anteil der Lebenszeit. Reibt man sich in der Arbeit auf, so müsste man schon seine Persönlichkeit sehr klar aufspalten können, um nicht die Probleme mit nach Hause und in den Urlaub zu nehmen. Und dann sind Urlaub und Wochenende eben nur die minimal notwendigen Pausen von einer belastenden Situation und keine wirkliche Erholungszeit. Und tatsächlich kann das Beschwören der Work-Life-Balance, gerade von Politik und Arbeitgeberseite, wirklich auch als Versuch der Ruhigstellung verstanden werden, indem der „Life“-Anteil den Ausgleich für schlechte Bedingungen im „Work“-Anteil bringen soll.

Auf den zweiten Blick bleiben die Thesen von Thomas Vasek jedoch sehr an der Oberfläche des Problems. Lösungsansätze ergeben sich kaum und die Verantwortlichkeit für Änderungen sieht er offenbar vornehmlich bei den Arbeitnehmenden. Darüber hinaus steht er offenbar fest auf der Grundlage des existierenden neoliberal-kapitalistischen Systems, ohne auch die Überlegungen zu anderen Systemen wie der Gemeinwohl-Ökonomie mit einzubeziehen.

Schließlich aber wirken seine Thesen nicht vollständig durchdacht: Die „Zielgruppe“ sind offensichtlich Menschen, die in Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, in denen ihnen zumindest gewisse Optionen für Veränderung bleiben – und diese „brennen“ oft für ihre Arbeit und empfinden sie gar nicht als schlecht, obgleich sie oft Gesundheit und soziale Einbindung ruiniert. Die Mehrzahl derjenigen jedoch, die sich heute in schlechter Arbeit aufreiben und die am meisten von Vaseks Ideen profitieren könnten, die werden nicht erreicht. Diese Menschen kennen oder verwenden den Begriff Work-Life-Balance auch gar nicht. Und im Versuch der Veränderung, als Kassenkraft von einem Discounter zum nächsten zu wechseln, als Kraftfahrer/-in von einer Spedition zur anderen, das treibt – wenn überhaupt möglich – eher den Teufel mit Beelzebub aus, es sei denn, die schlechten Arbeitsbedingungen hängen ganz konkret z.B. mit einer Person zusammen.

Arbeit wird nie perfekt und häufig anstrengend sein, aber sie sollte sinnstiftend sein und man sollte sich mit ihr identifizieren können und dürfen. Insofern sollte

sich auch Herr Vasek wieder an den Begriff des Berufs erinnern, der mittlerweile nahezu vollkommen vom anglo-amerikanischen „Job“ verdrängt wurde – inklusive der Attitüden: Einen Job kann/muss man häufig wechseln, der Inhalt ist und darf nicht wichtig sein, sondern man hat sich flexibel neuen Anforderungen anzupassen – sonst passt man selbst halt nicht ins System.

Christian Seebass, 49074 Osnabrück

Zum Artikel „Maßstab Menschenwürde“

Mindestlohn ≠ Menschenwürde

Den Mindestlohn als Mindeststandard gegen Ausbeutung zu definieren, findet meine volle Unterstützung. Den Mindestlohn mit der Menschenwürde zu koppeln, finde ich problematisch. Das Grundgesetz regelt die Menschenwürde im Verhältnis vom Stärkeren zum Schwächeren, im Sinne des Verhältnisses vom Staat (Gewaltmonopol) zum Bürger. Der Armutsbegriff per se ist jedoch eine Definitionsfrage. Als arm gilt in Deutschland, wenn das Einkommen unter 892 Euro/Monat fällt, was ein statistischer Wert ist und die Reichen mit einberechnet (je reicher, desto höher die Grenze). Wer also eine Wohnung, zu essen und Kleidung hat, ist reicher als 75 % der Weltbevölkerung – das ist mit 892 Euro/Monat gut zu schaffen. Was hier nicht gelistet ist, ist die soziale, geistige und seelische Verarmung der Gesellschaft, die neuerdings sogar die Reichen mit einschließt; Begriffe, welche tatsächlich die Menschenwürde definieren, aber nicht zwingend mit Geld zusammenhängen.

Berechnungen über Rentenansprüche über 47,5 Jahre hinweg sind sinnlos wie ein Kropf. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass selbst ein Mindestlohn von 15 Euro/Stunde bei voller Arbeitsleistung über ein



Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. Dezember 2015** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax: (030) 49 85 40 50, presse@oedp.de

Arbeitsleben hinweg die Rente wiederum in die Armut führen lässt, weil das Geld, sprich die Rente, in 47,5 Jahren nämlich nichts mehr wert ist. Bei der Taktung, mit der die Politik „Rentenreformen“ durchführt, lässt sich selbst über eine Legislaturperiode nicht überblicken. Was bleibt, sind staatliche Transferleistungen, welche mich (als realer Empfänger) persönlich nicht in meiner Menschenwürde verletzen, da ich diese in diesem Sinne für systemimmanent halte. Der eigentliche Skandal besteht hier in der zum Himmel schreienden Ungerechtigkeit des Steuersystems, das die Reichen privilegiert und aus der Pflicht nimmt.

Was die Wahlverweigerung jedoch mit Mindestlohn und Menschenwürde zu tun haben soll, bleibt mir verschlossen. Sind doch gerade die Zufriedenen diejenigen, die nicht zur Wahl gehen, und das sind die, die sich eben nicht in der Armut befinden.

Michael E. Kalkreuth, 79280 Au

Zum Artikel „Karnismus: Warum wir die einen lieben und die anderen essen“

ÖDP ist Vielfalt der Lebensentwürfe!

Mich hat der Artikel zum sog. Karnismus von Andreas Wagner sehr betroffen gemacht. Und zwar wegen der offensichtlichen Verachtung, die darin gegenüber einer überwiegenden Mehrheit von Menschen (nämlich den Vollköstlern) deutlich zum Ausdruck kommt. Nur weil eine amerikanische Bestseller-Autorin eine perfide neue Ideologie gut vermarktet, heißt das nicht, dass sie damit die Wahrheit für sich allein gepachtet hat. Die platten Formeln „Fleischesser = Karnist = dumpfer Gewaltmensch = böse und Vegetarier/Veganer = ehrliches, selbstbestimmtes Leben = gut“ sind für mich ebenfalls nichts weiter als Ideologie mit dem Ziel, andere Menschen zu diskriminieren.

Ich erinnere daran, dass Adolf Hitler überzeugter Vegetarier war. Nun habe ich deswegen noch nie einem anderen Vegetarier den Vorwurf gemacht, ebenfalls ein potenzieller Massenmörder und Kriegsverbrecher zu sein, nur weil er sich weigert, Fleisch zu essen.

In der ÖDP sollten viele Lebensentwürfe und Weltanschauungen repräsentiert sein, damit wir gemeinsam an der Gestaltung einer besseren Welt arbeiten. Sich moralisch über Menschen zu erheben, deren Auffassung man nicht teilt, ist dabei nicht hilfreich, sondern wäre eher das Kennzeichen einer sektenähnlichen Organisation. Ich bin also sehr dafür, in der ÖDP sowohl Vollköstler als auch Anhänger anderer Ernährungsfor-

men zu tolerieren und zu achten. Wenn wir dann respektvoll unser Wissen miteinander teilen, um gemeinsam Vorbild für eine ökologische und demokratische Welt zu sein, dann machen wir es richtig.

Theo Gassmann

Zur Meldung „Markus Hollemann zieht Kandidatur als Umweltreferent zurück“

Teilung von konservativ und links

Was ist, wenn eine nur passive Mitgliedschaft (Alfa) ein Hinderungsgrund für Rote und Grüne ist für das Amt des Umweltreferenten?

Hier ist zwischen der immer mehr auch im Rechtsbereich stattfindenden Willkür und begründeter Taktik keine ganz deutliche Linie zu ermitteln, da man den Leuten nur vor den Kopf schauen kann und nur sehr langfristig auch in den Kopf hinein. Doch eines ist sicherlich auch der Fall: Würde Herr Hollemann sich aktiv bei der Frühjahrs-Frosch-Aktion oder beim unsittlichen Babysitten in einer Kita beteiligen, so wäre er mit Kusshand genommen worden. Hätte also als Markus ein Küsschen bekommen. Ich polarisiere diesen Sachverhalt in Verbindung mit dem Lebensschutz hier äußerst ungerne. Aber hier teilt sich halt die konservative und linke Linie. Gerade die Linie der Abtreibung passt der linken Seite nicht. Erinnert sei hier nochmals an die langen und vergeblichen Einigungsbemühungen mit den späteren Grünen. Mit den Ungeborenen haben sie halt keinen Frieden, weil ein unter Feminismus, den ich nicht ablehne, getarnter Egoismus in der Aussage „mein Bauch gehört mir“ sich nicht friedlich auswirkt.

Marco Schöler, 57234 Wilnsdorf

Weihnachtsurlaub 2015/2016

Die Bundesgeschäftsstellen haben wie folgt Urlaub:

Büro Berlin:	24. Dez. 2015 bis 3. Jan. 2016
Büro Würzburg:	22. Dez. 2015 bis 7. Jan. 2016
Büro Mainz:	23. Dez. 2015 bis 3. Jan. 2016

Abrechnungen 2015

Alle Abrechnungen für dieses Jahr müssen bis **spätestens 15. Dezember** bei den zuständigen Gliederungen eingereicht sein. Alle nach diesem Termin eingereichten Abrechnungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

VORSCHAU

ÖkologiePolitik

im Februar 2016

Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten

Im März 2016 finden in drei Bundesländern Landtagswahlen statt. Deshalb hat das kommende Heft gleich vier Schwerpunktthemen: Bindung und Bildung, Wohlstand ohne Wachstumszwang, soziale Gerechtigkeit, lebendige Demokratie. Diese spiegeln die vier zentralen Kapitel des ÖDP-Grundsatzprogramms wider. Damit wird deutlich, was die ÖDP von den vielen anderen Kleinparteien unterscheidet: Sie ist nicht auf ein Einzelthema fokussiert, sondern befasst sich intensiv mit allen wichtigen politischen Themen. Sie ist eine Vollprogramm-Partei. Das geht auch nicht anders, denn ihr erklärtes Ziel ist eine zukunftsfähige Politik – eine, in der das Gemeinwohl im Mittelpunkt steht.

TERMINE

Sa. 31.10.2015	Landesparteitag der ÖDP Bremen (in Bremen)
Sa. 31.10.2015	Bezirksmitgliederversammlung der ÖDP Schwaben (in Buchloe)
Fr./Sa. 13. – 14.11.2015	Rhetorikseminar der Stiftung für Ökologie und Demokratie (in Lambrecht)
Sa. 07.11.2015	Landesparteitag der ÖDP Rheinland-Pfalz (in Traben-Trarbach)
Sa. 14.11.2015	Landeshauptausschuss der ÖDP Bayern (in Regensburg)
Sa. 28.11.2015	Bezirksmitgliederversammlung der ÖDP Oberpfalz (in Amberg)
So. 06.03.2016	Kommunalwahlen in Hessen
So. 13.03.2016	Landtagswahl in Baden-Württemberg
So. 13.03.2016	Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
So. 13.03.2016	Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
Sa./So 9. – 10.04.2016	ÖDP-Bundesparteitag in Würzburg
So. 04.09.2016	Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern
So. 11.09.2016	Kommunalwahlen in Niedersachsen
So. 18.09.2016	Abgeordnetenhauswahl in Berlin
Sa./So 19. – 20.11.2016	ÖDP-Bundesparteitag in Bonn

Die ÖkologiePolitik unterm Weihnachtsbaum!

Die ÖkologiePolitik können Sie auch zu Weihnachten verschenken. Damit unterstützen Sie unsere Arbeit und tragen zur Verbreitung unserer Artikel bei. Wenn Sie Interesse an einem Geschenkaboo haben, so schreiben Sie bitte an info@oedp.de oder rufen Sie an: (09 31) 4 04 86-0



Kreativer Protest



„Dies Irea“ – so nennt sich eine Künstlergruppe, die sich auf politische Interventionen im öffentlichen Raum spezialisiert hat. In der sächsischen Stadt Freital z.B. hingen in den Bushaltestellen der Hauptstraße eines Morgens 21 Großplakate mit provokanten Aussagen. Alle Plakatmotive und weitere Aktionen sind auf ihrer Facebook-Seite zu sehen: <http://tinyurl.com/orzzquq>